

**Zeitschrift:** Jahrbuch für Solothurnische Geschichte  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Solothurn  
**Band:** 79 (2006)

**Artikel:** Von einer linken zu einer links-grünen Politik : der Generationenwechsel in der SP des Kantons Solothurn von 1967 bis 1989  
**Autor:** Ulrich, Dieter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-325243>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Von einer linken  
zu einer links-grünen Politik

*Der Generationenwechsel  
in der SP des Kantons Solothurn  
von 1967 bis 1989*

*Dieter Ulrich*



# INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	9
1.	Die SP	13
1.1	Die SPS	13
1.2	Die SP des Kantons Solothurn	17
1.3	SP der Stadt Olten	32
2.	Die SP und die Atomenergie	38
2.1	Die Atomenergie in der Schweiz	38
2.2	Die Energiepolitik des Kantons Solothurn	48
2.3	Atomenergiepolitik der SPSO	67
2.4.	Die Haltung anderer sozialdemokratischer Parteien zur Atomenergie	81
3.	Die Verkehrspolitik der SPSO	91
3.1	Ein lange vernachlässigtes Thema	91
3.2	Der Bau der N5	93
3.3	Das Projekt des zweiten Aareübergangs in Olten	95
4.	Schlussfolgerungen und Fazit	98

## Vorwort

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit<sup>1</sup> steht die Frage, ob sich in der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn (SPSO) ein Führungswechsel von der Aktivdienstgeneration zur 68er Generation nachweisen lässt. Der Zeitraum 1967 bis 1989 ist dadurch begründet, dass 1967 die SPSO im Zusammenhang mit der Interpellation von Walter Kräuchi zum ersten Mal mit der Atomenergie befasste und 1989 Kantonsratswahlen stattfanden, welche die Ergebnisse der Wahlen von 1985 bestätigten. Im Zusammenhang mit diesem Generationenwechsel war zu untersuchen, wer in der Geschäftsleitung (GL), in der Kantonsratsfraktion, in der Redaktion der «Solothurner AZ»<sup>2</sup> sowie der Partei allgemein die bestimmenden Akteure waren und ob, respektive wann, in diesen Gremien ein Elitewechsel<sup>3</sup> stattgefunden hat. Von speziellem Interesse ist dabei, welche Bedeutung Willi Ritschard für die Kantonalpartei hatte.

Die damalige SP-Politik lässt sich am besten am Verhalten der Kantonsratsfraktion ablesen. Während die GL weniger zu politischen Tagesfragen Stellung nimmt, tut dies der Regierungsrat zwar – da es sich dabei jedoch um eine Kollegialbehörde handelt, kommt bei Stellungnahmen eines SP-Regierungsrats nicht immer zwingend die SP-Meinung zum Vorschein. Bei der Kantonsratsfraktion hingegen lässt sich zeigen, wer sich jeweils für eine Kandidatur zur Verfügung stellte, wer durch das Stimmvolk gewählt wurde und welche Politik die Gewählten schliesslich vertraten.

Zur Analyse der Kantonsratsfraktion wurden die Kantonsratswahlen von 1969 bis 1989 ausgewertet.<sup>4</sup> Dabei wurden alle Kandidierenden sowie nur die Gewählten hinsichtlich ihres Alters und Berufes erfasst. Dies ermöglichte festzustellen, wer bereit war, sich zum jeweiligen Zeitpunkt für die Partei zu engagieren, und wer schliesslich von der Bevölkerung gewählt wurde und die Politik der SP im Kantonsrat vertrat. Um zu untersuchen, welche Rolle die Vertreter der 68er Generation spielten, habe ich die Kandidierenden und Gewählten auch noch bezüglich dieses Kriteriums untersucht. Dabei ergab sich die Schwierigkeit, dass in der von mir konsultierten Literatur zur 68er

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung meiner bei Prof. Christian Pfister eingereichten Lizentiatsarbeit (Bern 2004).

<sup>2</sup> Wenn ich in meiner Arbeit von der «AZ» spreche, meine ich immer die «Solothurner AZ». Falls ich eine andere Zeitung anspreche, ist deren Name jeweils ausgeschrieben (z.B. «Basler AZ»).

<sup>3</sup> Zur Eliteforschung: Pallinger.

<sup>4</sup> Zur Auswertung und grafischen Darstellung der Daten: Gehring/Weins, 77–97 und Wirtz / Nachtigal, 60–70.

Bewegung<sup>5</sup> und zur Sozialisation<sup>6</sup> keine Definition zu finden war, wer zu der 68er Generation gehörte. Dies zu definieren ist wohl auch nicht möglich, da einerseits die Ereignisse von 1968 der Bewegung zwar ihren Namen gaben, diese aber schon früher aktiv wurde und auch später noch wirkte. Andererseits war auch nicht jeder, der damals ein Jugendlicher war, automatisch ein «68er». Um trotzdem eine Untersuchung machen zu können, bezeichne ich all jene, die 1968 zwischen 15 und 25 Jahre alt waren, also die Jahrgänge 1943 bis 1953, als «68er». In diesem Alter finden die verschiedenen Phasen<sup>7</sup> der Adoleszenz und meistens auch die politische Sozialisation<sup>8</sup> statt.

Jean-Maurice Lätt beschreibt in seinem Buch zur Geschichte der SPSO die Kantonsratsfraktion der SP zwischen 1973 und 1985 als ganz auf Konsens ausgerichtet: «Zusammen mit den beiden bürgerlichen Parteien verteidigte sie stets die Politik der Regierung gegen Kritiken von <links>.»<sup>9</sup> Ab 1985 sei die Politik der Fraktion zielstrebig und konsequenter sozialdemokratisch gewesen. Trifft diese Entwicklung tatsächlich zu? Falls ja, ist diese Konsenshaltung und der anschliessende Wandel der Fraktion durch ihre personelle Zusammensetzung erklärbar? Hat sich möglicherweise die 1984 von der Partei beschlossene Doppelvakanz für die Regierungsratswahlen von 1985 auch auf die Fraktion ausgewirkt? Daher ist auch nach den Gründen für den Beschluss dieser Doppelvakanz und den Folgen der damit verbundenen Auseinandersetzungen zu fragen.

Da für die Kantonalpartei keine Mitgliederverzeichnisse für den untersuchten Zeitraum mehr vorhanden sind, untersuchte ich stattdessen die Mitgliederstruktur der Sektion Olten, der grössten Sektion des Kantons, ebenfalls nach den Kriterien Alter und Beruf.

Um feststellen zu können, wie sich der Generationenwechsel in der Partei inhaltlich ausgewirkt hat, untersuchte ich, welche Rolle die umweltpolitischen Themen, speziell die Frage der Atomenergie und der Verkehrspolitik, in der SPSO spielten.

Das Hauptgewicht der Arbeit liegt in der Atomenergiepolitik der SPSO, speziell gegenüber dem Atomkraftwerk (AKW) Gösgen.<sup>10</sup> Diese Gewichtung ist dadurch begründet, dass mit dem Kantonsrat und ehemaligen Parteipräsidenten Walter Kräuchi und vor allem mit Regierungsrat Willi Ritschard zwei Sozialdemokraten massgeblich

<sup>5</sup> Gilcher-Holtey und Schmidtke.

<sup>6</sup> Zimmermann und Joas.

<sup>7</sup> Phasen der Adoleszenz: frühe, mittlere, späte und Post-Adoleszenz.

<sup>8</sup> Zimmermann, 166–173.

<sup>9</sup> Lätt, 306.

<sup>10</sup> Als Begriffe verwende ich «Atomkraftwerk» und «Atomenergie» und nicht «Kernkraftwerk» und «Kernenergie». Der Begriff «Atom» wurde von den AKW-Gegnern verwendet, «Kern» hingegen vorwiegend von den Befürwortern, wobei

an der Realisierung des AKW Gösgen beteiligt waren. Interessant ist dabei auch die Rolle der Atel, an welcher der Kanton Solothurn eine Minderheitsbeteiligung hielt und in deren Verwaltungsrat er auch mit SP-Regierungsräten, Willi Ritschard und später Rudolf Bachmann, vertreten war. Ritschard war nach seiner Wahl in den Bundesrat 1974 für Energiefragen zuständig und war so weiterhin in diesen Bereich involviert. Für Konflikte innerhalb der Partei sorgte auch die Rolle des SP-Regierungsrates Gottfried Wyss, der als Polizeidirektor für die Polizeieinsätze bei den Besetzungsversuchen in Gösgen verantwortlich war.

Die Verkehrspolitik, die hauptsächlich Strassenbaupolitik war, hatte in der SPSO einen eher kleinen Stellenwert. Die Diskussionen im Kanton Solothurn wurden vorwiegend auf regionaler Ebene geführt, vor allem was die Strassenbauprojekte der Autobahn N5 und des zweiten Aareübergangs in Olten betrifft. Deshalb war zu untersuchen, ob die Parolen der Kantonalpartei zu nationalen Abstimmungen möglicherweise von den Parolen der SP Schweiz (SPS) abwichen.

### *Forschungsstand und Quellen*

Jean-Maurice Lätt hat mit «120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn»<sup>11</sup> ein ausführliches Werk über die SP des Kantons Solothurn verfasst. Allerdings beleuchtet er für den Zeitraum 1970 bis 1990 nur ein paar einzelne Ereignisse. Die Tatsache, dass das Aktionskomitee für die Wiederwahl von Gottfried Wyss dem Buch eine Richtigstellung beilegen liess, zeigt, dass Lätts Beurteilung der jüngeren Ereignisse nicht unumstritten war. Einen Überblick über die Entwicklung der SPS liefert die Festschrift zu ihrem 100-jährigen Bestehen.<sup>12</sup> Daneben wurden auch von der Partei selber oder von einzelnen ihrer Mitglieder Publikationen veröffentlicht.<sup>13</sup> Eine grobe Übersicht über die Geschichte der SP Olten in der Nachkriegszeit kann man einem Buch zur Geschichte der Stadt Olten entnehmen.<sup>14</sup>

In ihrer Lizentiatsarbeit vergleicht Leyla Gül die Atomenergiepolitik der Sozialdemokratischen Parteien Aargau und Baselland zwischen 1969 und 1986 miteinander.<sup>15</sup> Zur Solothurner Elektrizitätspolitik von 1945 bis 1973 hat Markus Arn eine Lizentiatsarbeit verfasst.

«Atom» auch bei den Letzteren lange Zeit gebräuchlich war. Mit den beiden unterschiedlichen Begriffen hat sich Matthias Jung beschäftigt: Jung, 227.

<sup>11</sup> Lätt.

<sup>12</sup> 100 Jahre SPS.

<sup>13</sup> Strahm: Vom Wechseln der Räder. Oder: Werder / Meier / Müller (Hrsg.).

<sup>14</sup> Einwohnergemeinde Olten.

<sup>15</sup> Gül.

Er zeigt darin die engen Beziehungen des Kantons zur Atel auf, die eine Voraussetzung für den Bau des AKW Gösgen waren.

Einen kritischen Überblick über die Atomwirtschaft in der Schweiz liefert Susan Boos in ihrem Buch «Strahlende Schweiz».<sup>17</sup> Mit den Anfängen der schweizerischen Atomtechnologie beschäftigen sich die Publikation der Gesellschaft der Kernfachleute<sup>18</sup> und die Dissertation von Tobias Wildi.<sup>19</sup>

Zum Widerstand gegen Atomkraftwerke wurden schon einige Darstellungen verfasst, die meisten befassen sich mit dem AKW Kaiseraugst, etwa die Dissertation von Patrick Kupper<sup>20</sup> oder die Lizentiatsarbeit von Ivo Lüthi, die sich auch mit dem grenzübergreifenden Widerstand gegen Atomkraftwerke beschäftigt.<sup>21</sup> Hanspeter Kriesi befasst sich mit dem Widerstand gegen das AKW Graben.<sup>22</sup>

Als Quellen zur Geschichte der SPSO und der SP Olten standen hauptsächlich die im Archiv der SP des Kantons Solothurn und demjenigen der SP Olten befindlichen Unterlagen, sowie die jeweiligen Ausgaben der «Solothurner AZ» zur Verfügung. Die im Solothurner Kantonsrat geführten Debatten sind in den «Verhandlungen des Solothurner Kantonsrates» aufgezeichnet. Zum Widerstand gegen das AKW Gösgen konsultierte ich die Unterlagen des Dossiers Fernwärmeprojekt Olten-Aarau (Fola) und den Bestand der AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO) des Sozialarchivs in Zürich.<sup>23</sup>

Als Ergänzung zu diesen schriftlichen Quellen habe ich eine Reihe von Oral-History-Interviews<sup>24</sup> mit damals aktiven Personen geführt: Mit den beiden ehemaligen SP-Regierungsräten Rudolf Bachmann und Gottfried Wyss, dem Alt-Ständerat Walter Weber sen., dem früheren kantonalen Arbeitersekretär, Alt-Nationalrat und heutigen Ständerat Ernst Leuenberger, den beiden damaligen «AZ»-Redaktoren Kurt Troxler und Peter Moor, den ehemaligen Kantonsräten und Fraktionspräsidenten Walter Weber jun. und Hans Roth und dem früheren Sekretär der Kantonalpartei Herbert Schäfer.<sup>25</sup>

<sup>16</sup> Arn.

<sup>17</sup> Boos.

<sup>18</sup> Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (SGK) (Hrsg.).

<sup>19</sup> Wildi.

<sup>20</sup> Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft.

<sup>21</sup> Lüthi.

<sup>22</sup> Kriesi, AKW-Gegner.

<sup>23</sup> Die vollständige Auflistung der Quellen und detailliertere Angaben dazu sind im Anhang zu finden.

<sup>24</sup> Die transkribierten Interviews sind Bestandteil meiner Lizentiatsarbeit. Exemplare der Arbeit befinden sich im Historischen Institut der Universität Bern, im Stadtarchiv Olten und in der Zentralbibliothek Solothurn.

<sup>25</sup> Genauere Angaben zu den Personen sind in den Einleitungen der Interviews zu finden.



## 1. Die SP

### 1.1 Die SPS

Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte die einsetzende Hochkonjunktur für einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Arbeiterschaft profitierte in Form von erhöhten Reallöhnen und partizipierte am materiellen Wohlstand. Mit der Hochkonjunktur ging auch ein Ausbau des Sozialstaates einher, die AHV und die IV wurden mit verschiedenen Revisionen ausgebaut. Gleichzeitig mit der Verbesserung der materiellen Lage begann die Entpolitisierung der Arbeiterschaft. Als Folge davon wurde es immer schwieriger, Mitglieder für die Arbeitervereine, die Gewerkschaften und die Partei zu finden. «Die Arbeiterschaft stimmte mit dem Bürgertum überein in den Vorstellungen über die künftige gesellschaftliche Entwicklung: Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt (inklusive Atomtechnologie und Strassenbau), Ausgleich der Bildungsinhalte (Fernsehzeitalter).»<sup>26</sup>

Politisch grenzte sich die SPS in der Zeit des Kalten Kriegs klar gegen links ab und liess sich in den stramm antikommunistischen Kurs der bürgerlichen Mehrheit einbinden. 1959 gab sich die SPS ein neues Parteiprogramm: «Die Partei präsentierte sich jetzt nicht mehr als Alternative im bürgerlichen Staat, sondern als ‹linke Volkspartei›, als die Vertreterin der Interessen der Lohnabhängigen innerhalb der schweizerischen Konsensdemokratie.»<sup>27</sup> Mit diesem Programm wurden «auch noch die letzten Vorstellungen einer Systemüberwindung über Bord geworfen.»<sup>28</sup> Im selben Jahr zog sie mit zwei Sitzen in den Bundesrat ein. Die SPS hob sich nun nicht mehr grundsätzlich von den bürgerlichen Bundesratsparteien ab, weil auch diese soziale Anliegen in ihre Programme aufgenommen hatten.

In den 60er Jahren sah sich die SP mit einem neuen Problem konfrontiert: Die rasche Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte wurde von vielen Schweizer Arbeitern als eine Bedrohung empfunden. Man sprach von «Überfremdung», die Ausländer wurden für verschiedene Probleme wie Wohnungsnot, Überlastung der Infrastruktur oder die Umweltzerstörung verantwortlich gemacht.

Eine andere Reaktion auf diese neuen Probleme war die Bildung der 68er Bewegung. «Sie suchte den Ausweg nicht in rückwärts-gewandter nationaler Isolierung, sondern in der Ausrichtung auf neue, alternative Werte und Ziele.»<sup>29</sup> Ihren Ursprung hatte diese Bewegung

<sup>26</sup> Ebenda, 24.

<sup>27</sup> Lätt, 274.

<sup>28</sup> 100 Jahre SPS, 24.

<sup>29</sup> Ebd., 26.

vor allem in den USA und der BRD und verbreitete sich in ganz Westeuropa. In den USA kämpften die Students for a Democratic Society (SDS) vor allem gegen die Rassensegregation und für die Bürgerrechte. In der BRD galt der Widerstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (ebenfalls SDS) den Notstandsgesetzen der Regierung. Beiden gemeinsam war das Engagement gegen den Vietnamkrieg.<sup>30</sup> In Westdeutschland bildete auch die unaufgearbeitete und nicht bewältigte NS-Vergangenheit einen Kritikpunkt. Die 68er Bewegung setzte sich auch für die Erprobung neuer Geschlechterbeziehungen sowie für alternative Wohn- und Lebensstile ein. Die Ideologiekritik der meist studentischen Bewegung richtete sich gegen die Autorität in Familie, Wirtschaft, Politik, Militär, Schule und Universität. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung im Mai 1968. In der Schweiz wurden vor allem die Globuskrawalle in Zürich bekannt. Der von der 68er Bewegung angestrebte Bruch mit dem bestehenden Gesellschaftssystem gelang jedoch nicht. Ingrid Gilcher-Holtey bezeichnet die 68er Bewegung als die bislang letzte soziale Bewegung, die über einen Gegenentwurf zur bestehenden Wirtschafts-, Gesellschafts- und Herrschaftsordnung verfügte.<sup>31</sup>

Aus der 68er Bewegung heraus entstanden in der Schweiz neben den neuen linken Parteien RML (Revolutionäre-Marxistische Liga) und POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) auch neue soziale Bewegungen wie die Frauen-, Antiatom- oder Umweltbewegung. Ihre Proteste richteten sich aber nicht gegen das System als solches, sondern nur gegen einzelne Erscheinungsformen von Herrschaft und Umweltzerstörung, wie das Patriarchat, den Krieg oder die Atomkraftwerke. Einen starken Auftrieb erhielten diese neuen sozialen Bewegungen durch die Mitte der 70er Jahre einsetzende wirtschaftliche Strukturkrise. Sie führte zu einer sozialen Verunsicherung, die sich zunehmend mit einer Sensibilisierung für ökologische Gefahren verband. Immer deutlicher wurden die umweltzerstörenden Folgen der Wegwerf- und Konsumgesellschaft erkannt. Der Wachstumskonsens der Nachkriegszeit verflüchtigte sich in weiten Teilen der Bevölkerung immer mehr.<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Gilcher-Holtey, 25.

<sup>31</sup> Ebenda, 115.

<sup>32</sup> Gül, 36f.

### *1.1.1 Das Verhältnis der SPS gegenüber den neuen sozialen Bewegungen*

Das Aufkommen dieser neuen linken Parteien und Bewegungen stellte für die SP, die während der Hochkonjunktur und im Kalten Krieg einen grossen Teil ihrer eigenständigen politischen Kultur und ihre Dynamik verloren hatte, eine Herausforderung dar. Viele Vertreter der traditionellen Linken hatten Mühe mit der Kritik am erreichten Wohlstand. Sie erachteten die neuen Ideen als gefährlich für die Partei und hielten an ihren Konzepten fest, die Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit auf der Grundlage einer wachsenden Wirtschaft anstrebten. Andere hingegen sahen die linken Konkurrenzorganisationen ebenso wie die Jungen, die neu in die SP eintraten, als Chance zur Revitalisierung der flügelarm gewordenen Partei. Sie betrachteten die herkömmlichen Fortschrittsmodelle als «Option auf Selbstmord»<sup>33</sup> wie es Oskar Lafontaine ausdrückte. Peter Bichsel bezeichnete 1978 die Wachstumsgesellschaft als «Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern».<sup>34</sup> Beeinflusst durch die neuen sozialen Bewegungen nahm die SP neue Ansichten und Forderungen auf: Debatten um Atomkraftwerke, ökologische Produktion oder Teilzeitarbeit wurden geführt.<sup>35</sup> Ein Beispiel, wie eine Forderung der neuen sozialen Bewegungen durch die SP aufgenommen wurde, ist der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst. Über wichtige SP-Politiker wie Parteipräsident Helmut Hubacher oder die Nationalräte Andreas Gerwig und Alexander Euler wurde der Widerstand gegen das geplante AKW und gegen einen weiteren Ausbau der Atomkraft zu einem SP-Anliegen, das auch im Parteiprogramm verankert wurde. In den 80er Jahren distanzierten sich nur noch sehr wenige gewerkschaftlich orientierte SP-Nationalräte durch Stimmenthaltung halbwegs von diesem Anliegen. Die Verbindung zwischen der SP und der Anti-Kaiseraugst-Bewegung hatte auch einen umgekehrten Effekt: «Führende Anti-Atom-Kämpfer ausserhalb der Parteien, wie etwa Peter Scholer, Präsident der GAK und Mitorganisator der «Menschenkette» anlässlich des Kaiseraugst-Besuchs der Nationalratskommission vom 4. Mai 1984, traten nach dieser engen Kooperation der SP bei.»<sup>36</sup> Mit der Zeit gingen auch SP-Politiker den umgekehrten Weg. Um langwierige Diskussionen innerhalb der Partei zu vermeiden, engagierten sie sich in aussenstehenden Gruppen, um ihre Anliegen zu verfolgen. Das hatte zudem den Vorteil, dass solchen Gruppen

<sup>33</sup> Lafontaine in: 100 Jahre SPS, 361.

<sup>34</sup> Bichsel in: 100 Jahre SPS, 362.

<sup>35</sup> Gül, 37.

<sup>36</sup> Engeler, 232.



ausserhalb der Parteien die Hände in der Wahl der politischen Mittel viel weniger gebunden waren.<sup>37</sup>

Diese Entwicklung, die Abkehr vom «Wachstum um jeden Preis» und die Sensibilisierung in Umweltfragen, schlugen sich im neuen Parteiprogramm von 1982 nieder, welches «bedeutend «grüner» und nicht mehr so kapitalfreundlich war als das alte.»<sup>38</sup> Die von der neuen Linken aufgeworfenen Fragen blieben jedoch in der Partei lange umstritten.

Im Verlauf der 80er Jahre kamen grüne Parteien auf, die eine neue Konkurrenz für die SP darstellten. Sie boten mit ihrem radikalökologisch inspirierten Weltbild eine übersichtlichere Orientierung und eine klarere Ausrichtung an, als dies grösseren Parteien möglich war.<sup>39</sup> Vielfach gingen die Sitzgewinne der Grünen bei Wahlen auf Kosten der SP. Bei den Nationalratswahlen 1987 erlitten die Sozialdemokraten eine grosse Niederlage; ihr Stimmenanteil fiel unter 20%.<sup>40</sup> Vor dem Hintergrund des Erfolgs der Grünen begannen verschiedene SP-Kantonalparteien mit der neuen Partei Kontakte aufzubauen. Sie folgten damit der Ansicht von Rudolf Strahm, der in seinem Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» aufzeigen wollte, «dass die Sozialdemokratie auch in Zukunft ihre Aufgabe und ihre Chance hat. Sie kann sie realisieren, wenn ihr eine Öffnung zu neuen Gruppen, zu den neuen Mittelschichten, gelingt und wenn sie eine moderne Mitgliederpartei zu schaffen vermag.»<sup>41</sup> Ebenfalls wollte er mit seinem Buch, «der latenten programmatischen Identitätskrise und der opportunistischen Anpassung an die tagespolitische Schlagzeilen-Aktualität einen sozialdemokratischen Entwurf für eine moderne, soziale und ökologische Schweiz entgegenstellen.»<sup>42</sup>

Auch wenn sich die SPS von dieser Schwächephase in den 90er Jahren wieder erholen und Wahlerfolge erzielen konnte, wurde dadurch die Auseinandersetzung innerhalb der Partei um den Fortschritt und ihr Verhältnis zur Zukunft keineswegs beendet. Der Konflikt zwischen materiellem Lebensstandard und einer immateriell verstandenen Lebensqualität bestand weiterhin. Während ein Teil der Partei einen Stillstand in der technischen Entwicklung forderte, setzte der andere auf die Chancen, die neue Technologien für den sanften Umgang mit der Natur und für humanere Arbeitsbedingungen brachten.<sup>43</sup>

<sup>37</sup> Ebd., 236.

<sup>38</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A67.

<sup>39</sup> Gül, 39.

<sup>40</sup> Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1999, 426.

<sup>41</sup> Strahm, Vom Wechseln der Räder, 10.

<sup>42</sup> Ebenda, 11.

<sup>43</sup> Gül, 39.

## *1.2 Die SP des Kantons Solothurn*

### *1.2.1 Die SP des Kantons Solothurn in den 50er und 60er Jahren*

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die SP des Kantons Solothurn (SPSO) erstmals zweitstärkste Partei bei den Kantonsratswahlen. Diese Position konnte sie bis 1969 halten. Durch diesen Erfolg beflügelt, startete sie 1952 einen Angriff auf die absolute Mehrheit der Freisinnigen im Regierungsrat.<sup>44</sup> Ihr Kandidat Werner Vogt wurde auch von den Katholisch-Konservativen unterstützt. Die rot-schwarze Allianz hatte Erfolg, die SP konnte zum ersten Mal zwei Regierungsräte stellen.

Als Regierungs- und Ständerat Gottfried Klaus 1956 das Präsidium der Kantonalpartei abgab, wurde Walter Kräuchi, der Redaktor von «Das Volk», zu seinem Nachfolger gewählt. Kräuchi war seit 1948 bei der Zeitung und blieb ihr bis zu seiner Pensionierung 1973 treu. Schon während seiner Präsidialzeit traten erste Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Partei auf, so bei der 44-Stunden-Woche-Initiative des LdU. Die SPS hatte Stimmfreigabe beschlossen, der Gewerkschaftsbund war dagegen, die SPSO beschloss hingegen die Ja-Parole.<sup>45</sup> Kräuchi bemerkte als einer der Ersten, dass in den 60er Jahren eine gewisse Erstarrung in der Partei stattgefunden hatte und eine Erneuerung nötig war. Einen neuen Weg sollte der von ihm organisierte Diskussionsparteitag im Herbst 1966 weisen. Als Kritiker der SP-Politik hatte er den jungen Universitätsprofessor Urs Jäggi eingeladen. Jäggi warf der SP vor, sie würde nur noch eine halbherzig linke Politik verfolgen. Sie beteilige sich nicht an Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen und trage nichts zur Lösung des Dienstverweigerungsproblems bei. Sie tue sehr wenig, um mit den konservativen Vorurteilen vieler Arbeiter der politischen Gleichberechtigung der Frauen gegenüber aufzuräumen und verhalte sich intolerant gegenüber linken Kritikern in den eigenen Reihen. Die beiden Nationalräte Hermann Berger und Otto Stich sowie Regierungsrat Willi Ritschard, die die offizielle SP-Politik vertraten, zeigten sich von den Argumenten Jäggis wenig berührt. Sie bezogen klar Stellung gegen Dienstverweigerer und Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen. Ritschard meinte: «Da wir nicht die Mehrheit im Staat stellen, müssen wir uns mit einer Politik der kleinen Schritte begnügen. [...] Wer Opposition machen will, muss zuerst beweisen, dass er etwas Besseres bringt.»<sup>46</sup> Bei den Besuchern des Parteitags war allerdings mehr Verständnis für die

<sup>44</sup> Der Solothurner Regierungsrat setzte sich seit 1917 aus drei Freisinnigen, einem Katholisch-Konservativen und einem Sozialdemokraten zusammen.

<sup>45</sup> Lätt, 283.

<sup>46</sup> Ebd., 285.

Kritik von Jäggi vorhanden. Mehrere Votanten verlangten eine oppositionellere Haltung der SP. Eine derartig kontroverse Diskussion war etwas Neues für die SPSO. Lange Zeit war man der Ansicht, man müsse gegen aussen immer Geschlossenheit und Einigkeit demonstrieren, da man sonst der eigenen Position schade. Deshalb wurden häufig Kritiker innerhalb der Partei verketzert.<sup>47</sup>

Einen nächsten Versuch, die parteiinterne Diskussion in Gang zu bringen, startete Kräuchi, indem er am Herbstparteitag 1968 Erwin Müller die Gelegenheit gab, «die Sozialdemokratie aus der Sicht eines Jugendlichen» zu schildern.<sup>48</sup> Dieses Referat erschien in mehreren Teilen auch im «Volk».<sup>49</sup>

Konkrete Folgen hatten diese Reformbemühungen vorerst keine, bis Mitte der 70er Jahre bestimmten die gleichen Männer den Kurs der Partei, die schon in den 60er Jahren in wichtigen Positionen aktiv waren: Neben den oben erwähnten Ritschard und Stich insbesondere auch Ständerat Walter Weber, Nationalrat Edi Rothen, Fraktionspräsident Erwin Grob und der spätere Parteipräsident Gottfried Kaiser.

### *1.2.2 Der Wandel der Partei in den 70er und 80er Jahren*

Anfangs der 70er Jahre traten vermehrt Junge in die Partei ein, welche durch die Ideen und Vorstellungen der 68er Bewegung beeinflusst oder dabei selber aktiv gewesen waren, wie Ernst Leuenberger, Peter Bichsel oder Jean Racine. Sie hatten auch kaum Berührungsängste gegenüber den neuen Parteien POCH und RML, die eine linke Oppositionspolitik betrieben. Die führenden Solothurner Sozialdemokraten waren allgemein antikommunistisch eingestellt und lehnten die Zusammenarbeit mit den neuen linken Parteien ab.<sup>50</sup> Eine Ausnahme bildete Ständerat Walter Weber, der als Derendinger Ammann dafür sorgte, dass auch POCH-Vertreter in zwei Kommissionen der Gemeinde Einsitz nehmen konnten.<sup>51</sup>

Die einsetzende Rezession erschwerte die Situation für die SPSO. Waren in den Jahren zuvor die bürgerlichen Parteien bereit, soziale Reformen und moderne pädagogische Projekte umzusetzen, vollzogen sie mit der Sparpolitik der Rezessionsjahre eine radikale Wende. So sahen sich reformfreudige Mittelschullehrer 1977 starkem

<sup>47</sup> Ebd., 286.

<sup>48</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 1. November 1968.

<sup>49</sup> Das Volk, 4., 5. und 6. Dezember 1968.

<sup>50</sup> Ernst Leuenberger beschreibt vor allem Willi Ritschard als «glühenden Antikommunisten». Interview mit Ernst Leuenberger, A33.

<sup>51</sup> Interview mit Walter Weber sen., A27.

Druck von Seiten des freisinnigen Erziehungsdirektors Alfred Wyser ausgesetzt.<sup>52</sup>

Mit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 sah die Partei ein altes Anliegen endlich verwirklicht. Allerdings dauerte es bis 1977, bis die SPSO ihre erste Kantonsrätin stellen konnte, während bei CVP und FdP schon 1973 mehrere Frauen gewählt wurden. In der Stadt Olten wurden erst 1981 die ersten SP-Kandidatinnen in den Gemeinderat gewählt. Ernst Leuenberger sieht den Grund dafür sowohl bei den Männern als auch den Frauen: «Die Solothurner Partei war ja weitgehend eine Arbeiterpartei, und die Arbeiter haben das ihnen bekannte Rollenverhalten auf ihr Wahlverhalten übertragen. Und die Frauen haben ihre Rolle akzeptiert. Das war ja ein weiteres Drama in dieser Partei. Es gab ja recht starke Frauengruppen, ich erinnere mich an die toll durchorganisierte Frauengruppe Olten. Aber was haben die gemacht? Bei den Wahlen haben sie Couverts eingepackt, wenn ein Basar war, haben sie dafür gehäkelt und gestrickt. Sie haben sich absolut in ihre Rollen geschickt. Sie hatten keinen feministischen Ehrgeiz.»<sup>53</sup>

Diese veränderten Rahmenbedingungen schlugen sich in schlechteren Wahlergebnissen nieder. Zu Beginn der 70er Jahre löste die CVP die SP auf kantonaler Ebene als zweitstärkste Partei ab. Ab 1973 war die POCH mit Eduard Hafner für acht Jahre im Kantonsrat vertreten. Er blieb allerdings der einzige Vertreter der neuen Linken, der den Sprung ins Kantonsparlament schaffte. Die POCH stellte also für die SP bei Wahlen weniger eine Gefahr dar. Zwar konnte die SP 1971 ihren Ständeratssitz und 1974 den zweiten Regierungsratssitz gegen die Kandidaturen der CVP verteidigen, die Wählerverluste setzten sich bei den folgenden Wahlen jedoch fort. Ende 70er und zu Beginn der 80er Jahre musste die Partei grössere Verluste hinnehmen. Von dieser Schwäche der Sozialdemokraten profitierte hauptsächlich die CVP, die sich klar als zweitstärkste Partei etablierte. Andererseits hatte das Auftreten der Grünen bei den Kantonsratswahlen ab 1985 keine negativen Konsequenzen für die SP, da diese die Talsohle bereits erreicht hatte, und die Sitzgewinne der Grünen gingen hauptsächlich zu Lasten der FdP.

<sup>52</sup> Lätt, 302.

<sup>53</sup> Interview mit Ernst Leuenberger, A37.

### *1.2.3 Die Geschäftsleitung*

Die Geschäftsleitung (GL) der SPSO setzte sich neben einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und dem Sekretär aus verschiedenen Vertretern der einzelnen Bezirke, der Kantonsratsfraktion und einer Vertreterin der Frauengruppe zusammen. Dazu kamen von Amtes wegen die Vertreter der Partei in Regierungs-, National- und Ständerat. Diese gemischte Zusammensetzung aus vom Parteitag gewählten Mitgliedern und Vertretungen von Amtes wegen brachte es mit sich, dass die GL ein recht heterogenes Gremium war. Von 1968 bis 1985 wurde die Partei mit Otto Stich, Willi Ritschard, Walter Weber sen. und Gottfried Kaiser von Leuten präsiert, die alle zwischen 1917 und 1927 geboren worden waren.<sup>54</sup> Prägende Figur der Partei war Willi Ritschard. Er hatte sich zu seiner Zeit als Nationalrat (1955–1963) auch über die Partei hinaus eine grosse Popularität erworben, so dass er sich bei der Wahl in den Regierungsrat 1963 problemlos gegen den freisinnigen Gegenkandidaten durchsetzte – ein Umstand, der für den urfreisinnigen Kanton Solothurn bemerkenswert war.<sup>55</sup> Im Verlauf der 70er Jahre wurden immer mehr Junge in die GL gewählt, so Kurt Troxler, Walter Steinmann, Walter Weber jun. oder Rolf Ritschard. 1978 wurde mit Hanspeter Mathys ein Sekretär gewählt, der sich für eine dezidiertere linke Politik verbunden mit ökologischen Anliegen einsetzte. Er versuchte die Gründe für die Rückschläge der Partei zu identifizieren und sah sie vor allem in einem unbefriedigenden Erscheinungsbild und Auftreten der Partei, durch das sie «unentschlossen, uneinheitlich, profillos und lau» wirkte, und darin, dass das Ausbleiben von Flügelkämpfen auch das Fehlen von neuen Ideen und Impulsen mit sich brachte.<sup>56</sup> Seine Bemühungen, die Partei neu auszurichten, blieben vorerst ohne Erfolg.

Obwohl Willi Ritschard mit seiner Wahl zum Bundesrat 1974 aus der GL ausschied, blieb er bis zu seinem Tod 1983 die starke Figur, eine Art Übervater der Solothurner Sozialdemokratie, wie die von mir befragten Personen bestätigen. Auch als Bundesrat hatte er noch viel Einfluss auf die Vorkommnisse in der Partei. Ernst Leuenberger meint dazu: «Die Kantonalpartei machte doch nichts, ohne ihn zu fragen.»<sup>57</sup>

So haben in der Partei, die bis in die 60er Jahre hinein sehr stark durch die Sektion Olten geprägt gewesen war, in den 70er und 80er Jahren Personen aus dem oberen Kantonsteil, vor allem aus dem Bezirk Wasseramt und der Stadt Solothurn, das Ruder übernommen.

<sup>54</sup> Lätt, 319-322.

<sup>55</sup> Lätt, 296.

<sup>56</sup> Lätt, 307.

<sup>57</sup> Interview mit Ernst Leuenberger, A33.



#### *1.2.4 Die Regierungsräte und die eidgenössischen Vertretungen*

Nachdem 1974 Gottfried Wyss als Nachfolger von Willi Ritschard zum Regierungsrat gewählt worden war, blieben die SP-Vertretungen in Regierungs-, National- und Ständerat bis 1983 ohne Veränderung. Der Grenchner Ammann Edi Rothen war 1971, Otto Stich bereits 1963 in den Nationalrat gewählt worden. 1969 hatte Rudolf Bachmann im Regierungsrat Einsitz genommen, und Walter Weber sen. war seit 1971 Ständerat. Durch das Fehlen einer Vakanz wurde einerseits die parteiinterne Mobilisierung bei den Wahlen erschwert, andererseits wurde es schwierig, für die Nationalratsliste genügend Kandidaturen zu finden, da sich die neu Antretenden neben zwei Bisherigen kaum Chancen ausrechnen konnten. Auch war ein Altersproblem festzustellen, waren doch die Mandatsträger 1983 alle zwischen 56 und 66 Jahre alt. In der GL wurde dieses Problem ab 1982 intensiv diskutiert. Sie sprach sich zwar gegen eine Amtszeitbeschränkung aus, war aber der Meinung, dass Otto Stich für die Wahlen von 1983 nicht mehr antreten sollte, um eine Vakanz zu schaffen.<sup>58</sup> In der Folge verzichteten beide Nationalräte auf eine Wiederkandidatur. Beim Ständerat beschloss die GL hingegen, wieder mit Walter Weber sen. anzutreten, da sich keine andere Kandidatur aufdrängte und man befürchtete, den Sitz an die CVP zu verlieren. Neu in den Nationalrat gewählt wurden der kantonale Arbeitersekretär Ernst Leuenberger, der schon 1975 und 1979 erfolglos kandidiert hatte, und der Ammann von Zuchwil, Rudolf Ruch. Mit Leuenberger hatte zum ersten Mal ein Vertreter der 68er Bewegung ein höheres Amt in der SPSO inne.

Um im Regierungsrat die beiden Sitze verteidigen zu können, plante die GL einen gestaffelten Rücktritt der beiden Regierungsräte, die kurz vor der Pensionierung standen. Vorgesehen war ein Rücktritt 1984 und der andere 1985 oder 1986. Dabei wurde offengelassen, wer von den beiden zuerst zurücktreten sollte.<sup>59</sup> Dieses Vorgehen wurde allgemein akzeptiert und auch von Rudolf Bachmann und Gottfried Wyss getragen. Jedoch sorgten die Ereignisse auf nationaler Ebene dafür, dass dieser Plan aufgegeben werden musste. In der Bundesratswahl im Dezember 1983 erreichte die bürgerliche Mehrheit, dass nicht die von der SPS vorgeschlagene Lilian Uchtenhagen, sondern Otto Stich, der eben erst als Nationalrat zurückgetreten war, zum Nachfolger von Willi Ritschard gewählt wurde. Diese bürgerliche Machtdemonstration führte innerhalb der SPS zu einer intensiven Diskussion um ihre Regierungsbeteiligung. Für die SPSO brisant war, dass die GL, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit, Otto Stich

<sup>58</sup> Protokoll der GL der SPSO, 29. April 1982.

<sup>59</sup> Protokoll der GL der SPSO, 19. Dezember 1983.

der SPS als Bundesratskandidat vorgeschlagen hatte.<sup>60</sup> Hanspeter Mathys äusserte zu diesem Entscheid schon vor der Wahl Bedenken: «Mir will noch heute nicht in den Kopf, dass eine Mehrheit an der letzten Sitzung Stich nominiert hat, obschon sie eigentlich, wie ich aufgrund verschiedener Äusserungen annehmen muss, gar nicht für ihn ist.»<sup>61</sup> In der Frage zur Bundesratsbeteiligung sprach sich die GL klar für einen Verbleib aus. Da die Diskussion um die Regierungsbeteiligung auch auf die kantonalen Wahlen hätte Einfluss haben können, verzichtete die GL einstimmig, schon 1984 eine Vakanz im Regierungsrat zu schaffen. Das weitere Vorgehen blieb damit offen.<sup>62</sup>

Nachdem die SPS sich für den Verbleib im Bundesrat entschlossen hatte, nahm die SPSO die Diskussion über die Regierungsratswahlen wieder auf. Die GL teilte den beiden Regierungsräten mit, dass sie bis Ende August 1984 der GL mitteilen sollten, ob sie nochmals kandidieren würden oder nicht. Rudolf Bachmann gab daraufhin am Parteitag vom 29. Juni bekannt, dass er 1985 nicht mehr antreten werde.<sup>63</sup> Auch Gottfried Wyss gab seinen Entscheid nicht zuerst der GL bekannt, sondern informierte am 1. August via Presse über seine erneute Kandidatur.<sup>64</sup> Als Begründung führte Wyss an, die Chancen seien mit seiner Kandidatur höher, die beiden Sitze zu verteidigen. An der GL-Sitzung vom 13. August stellte Ernst Leuenberger den Antrag, Wyss nicht mehr zu nominieren und zwei neue Kandidaten aufzustellen. Er erwartete durch eine Zweiervakanz eine bessere Mobilisierung für die Kantonsratswahlen. Nach einer ausführlichen Diskussion beschloss die GL mit 9 zu 7 Stimmen, Gottfried Wyss nicht mehr als Kandidaten aufzustellen. Der Parteitag vom 21. September bestätigte den Entscheid mit 144 zu 110 Stimmen.<sup>65</sup> Wyss akzeptierte diesen Entscheid nicht. Er kandidierte wild, nachdem er von vielen Genossen Briefe erhalten hatte, die ihn zum Weitermachen ermunterten. Unter der Leitung von Ernst Jordi wurde ein «Aktionskomitee für die Wiederwahl Gottfried Wyss» gegründet. Die SP selber nominierte mit Rolf Ritschard und Jörg Annaheim zwei eigene Kandidaten. Die Regierungsratswahlen 1985 wurden zu einer Niederlage für die SP, im ersten Wahlgang wurde Wyss zusammen mit den drei bisherigen bürgerlichen Kandidaten gewählt. Im zweiten Wahlgang unterlag Annaheim dem CVP-Kandidaten Max Egger. Als Folge dieser Aus-

<sup>60</sup> Der Entscheid erfolgte mit 7 zu 6 Stimmen. Protokoll der GL der SPSO, 10. Oktober 1983.

<sup>61</sup> Protokoll der GL der SPSO, 7. November 1983.

<sup>62</sup> Protokoll der GL der SPSO, 9. Januar 1984.

<sup>63</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 29. Juni 1984.

<sup>64</sup> Solothurner AZ, 1. August 1984.

<sup>65</sup> Lätt, 308.

einandersetzung wurde Wyss aus der GL und der Fraktion ausgeschlossen. Auf einen Parteiausschluss wurde verzichtet, da man keine Parteispaltung riskieren wollte. Wyss selber sah sich weiterhin als SP-Vertreter im Regierungsrat. Nach seiner Demission 1988 wurde Rolf Ritschard zu seinem Nachfolger gewählt.<sup>66</sup>

#### *1.2.5 Die Kantonsratsfraktion*

Bis 1973 gab es in politischen Fragen kaum Differenzen innerhalb der Fraktion.<sup>67</sup> Ab diesem Zeitpunkt kamen immer mehr Jüngere in die Fraktion, die eine neue Art zu Politisieren forderten, was natürlich zu Spannungen führte. Der Oltner Erwin Grob, der die Fraktion von 1969 bis zu seinem Tod 1976 präsidierte, vermochte jedoch in den meisten Fällen ausgleichend zu wirken.<sup>68</sup> Walter Weber jun. schildert seine Zeit als Fraktionspräsident als schwierig. Eine Hauptaufgabe sei gewesen, die Fraktion zusammenzuhalten.<sup>69</sup> Hans Roth bezeichnet den Handelslehrer Ernst Jordi, der 1980 zum Rektor des Lehrerseminars gewählt wurde,<sup>70</sup> als «ein Sprachrohr der <Alten Garde>». <sup>71</sup> Jordi konnte bei strittigen Fragen oft den unentschlossenen Teil der Fraktion von seiner Meinung überzeugen. Erst ab 1985, nachdem ein grosser Wechsel in der Zusammensetzung der Fraktion stattgefunden hatte, wurde die Führung der Fraktion wieder einfacher, wie der damalige Fraktionspräsident Hans Roth bemerkte: «Ich fand, dass alle immer lammfromm waren und um jeden Preis einen neuen Krach vermeiden wollten.»<sup>72</sup> Die Auseinandersetzung um die Zweiervakanz wirkte also auch in der Fraktion nach.

Jean-Maurice Lätt bezeichnet die Kantonalratsfraktion zwischen 1973 und 1985 als ganz auf Konsens ausgerichtet. Ab 1985 habe sie «eine viel zielstrebigere und konsequentere sozialdemokratische Politik» verfolgt.<sup>74</sup>

<sup>66</sup> Lätt, 308 und 325.

<sup>67</sup> Interview mit Gottfried Wyss, A2.

<sup>68</sup> Interview mit Kurt Troxler, A42.

<sup>69</sup> Interview mit Walter Weber jun. A16.

<sup>70</sup> Diese Wahl Jordis löste bei den SP-Lehrern am Lehrerseminar Proteste aus, da sie ihm die notwendigen Reformen im Bildungswesen nicht zutrauten. Protokoll der Fraktionssitzung, 20. Januar 1981.

<sup>71</sup> Interview mit Hans Roth, A54.

<sup>72</sup> Interview mit Hans Roth, A57.

<sup>73</sup> Lätt, 306.

<sup>74</sup> Ebd., 310.



Eine Zusammenstellung der bei den Kantonsratswahlen gewählten und nichtgewählten Kandidaten unter Berücksichtigung von deren Alter und den Beruf kann die Veränderungen in der Fraktion aufzeigen.

1969 dominierte noch klar die Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen, 1973 war die Anzahl der 31- bis 40-Jährigen fast gleich hoch wie derjenige der 41- bis 50-Jährigen. Ab 1977 war die Alterskategorie 31- bis 40-Jahre klar die grösste, erst 1989 war die Kategorie 41- bis 50-Jahre wieder fast gleich gross. Der Anteil der 51- bis 60-Jährigen nahm über die Zeit ab und stagnierte in den 80er Jahren bei etwa zehn Kandidierenden pro Wahl. Der Anteil der 30-Jährigen und Jüngeren stieg während den 70er Jahren an, nahm dann aber in den 80er Jahren ab und stagnierte ebenfalls auf bescheidenem Niveau. Die über 60-Jährigen spielten im betrachteten Zeitraum kaum eine Rolle, es kandidierten jeweils nur vereinzelte Vertreter dieser Alterskategorie.

Gesamthaft lässt sich ein deutlicher Wechsel in der Altersstruktur der Kandidierenden im Jahr 1977 feststellen. Die Kategorie der 31- bis 40-Jährigen löste diejenige der 41- bis 50-Jährigen als die grösste ab. Zudem stellten die 20- bis 30-Jährigen so viele Kandidierende wie nie zuvor oder danach.

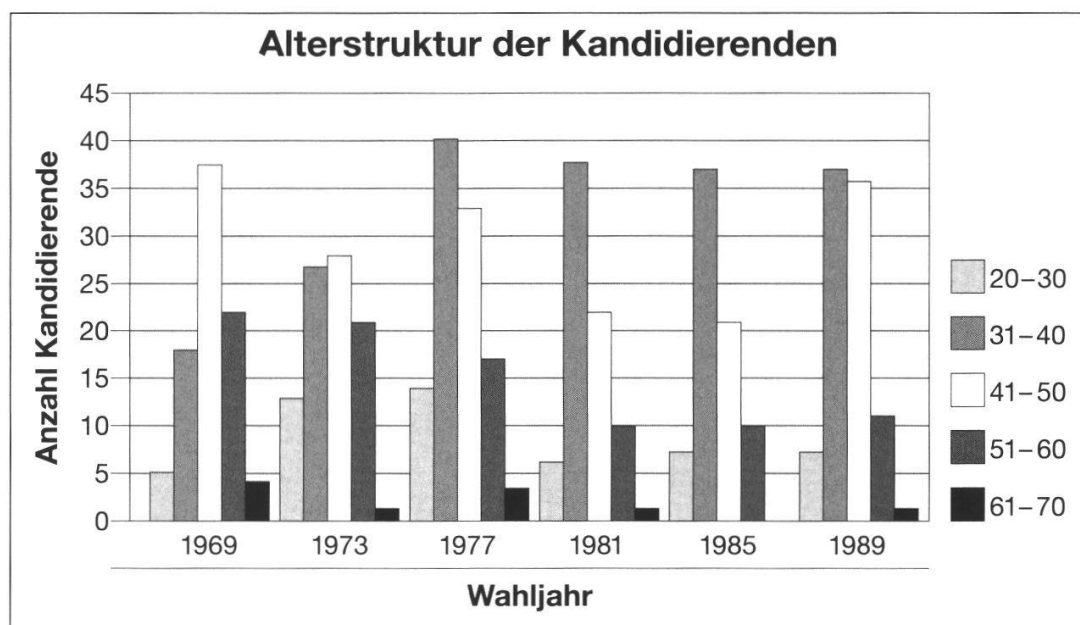


Abbildung 1: Die Alterstruktur der Kandidierenden für den Kantonsrat.  
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Betrachtet man nur die gewählten Kantonsräte, sah das Bild ein wenig anders aus. Hier war die grösste Kategorie bis 1977 diejenige der 41- bis 50-Jährigen, gefolgt von der Kategorie der 51- bis 60-Jährigen. Erst 1981 stellten die 31- bis 40-Jährigen den grössten Anteil, dafür akzentuierte sich dieser Wechsel 1985 sehr deutlich: Über die Hälfte der gewählten Kantonsräte war zwischen 31 und 40 Jahre alt. 1989 präsentierte sich die Altersverteilung wieder ausgeglichener, die Struktur entspricht fast genau derjenigen von 1981. Über 60-Jährige wurden nur vereinzelt in den Kantonsrat gewählt. Die 20- bis 30-Jährigen stellten 1977 vier Kantonsräte, nachdem es 1969 zwei und 1973 drei waren. In den 80er Jahren waren sie jedoch nur noch 1981 und 1989 mit einem Kantonsrat vertreten. In der Kantonsratsfraktion fand erst 1985 ein deutlicher Wechsel in der Alterstruktur statt, indem die 31- bis 40-Jährigen über die Hälfte der Kantonsräte stellten. Verglichen mit den Kandidierenden fand der Wechsel von den 41- bis 50-Jährigen zu den 31- bis 40-Jährigen als grösste Gruppe der Fraktion später, aber dafür auch einiges ausgeprägter statt.

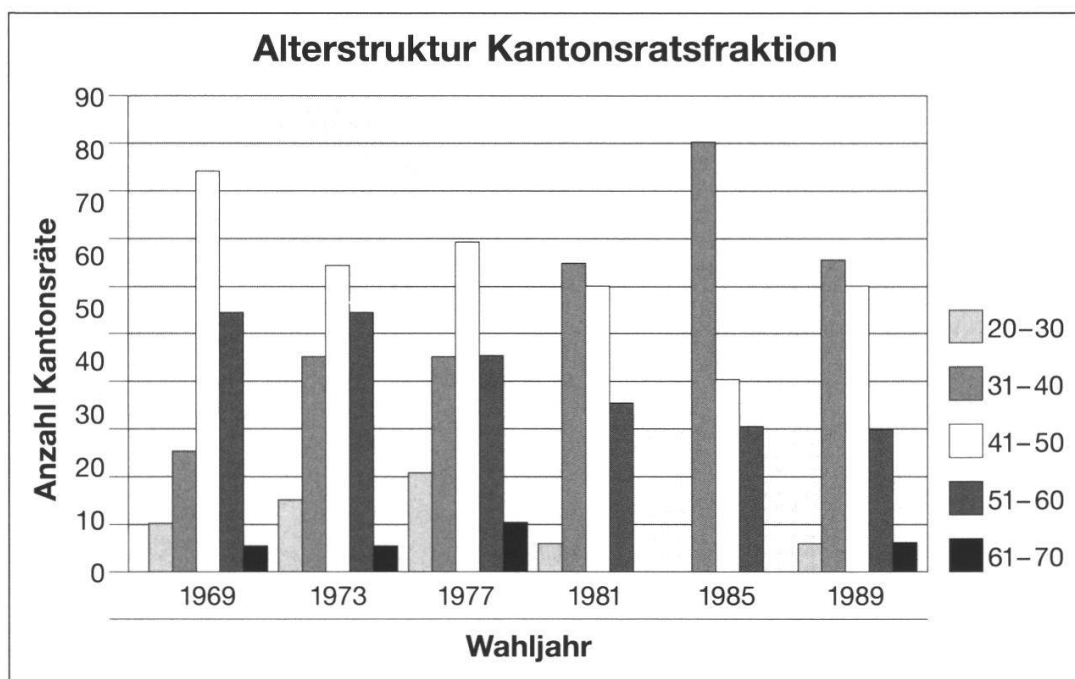


Abbildung 2: Die Altersstruktur der Kantonalratsfraktion.  
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

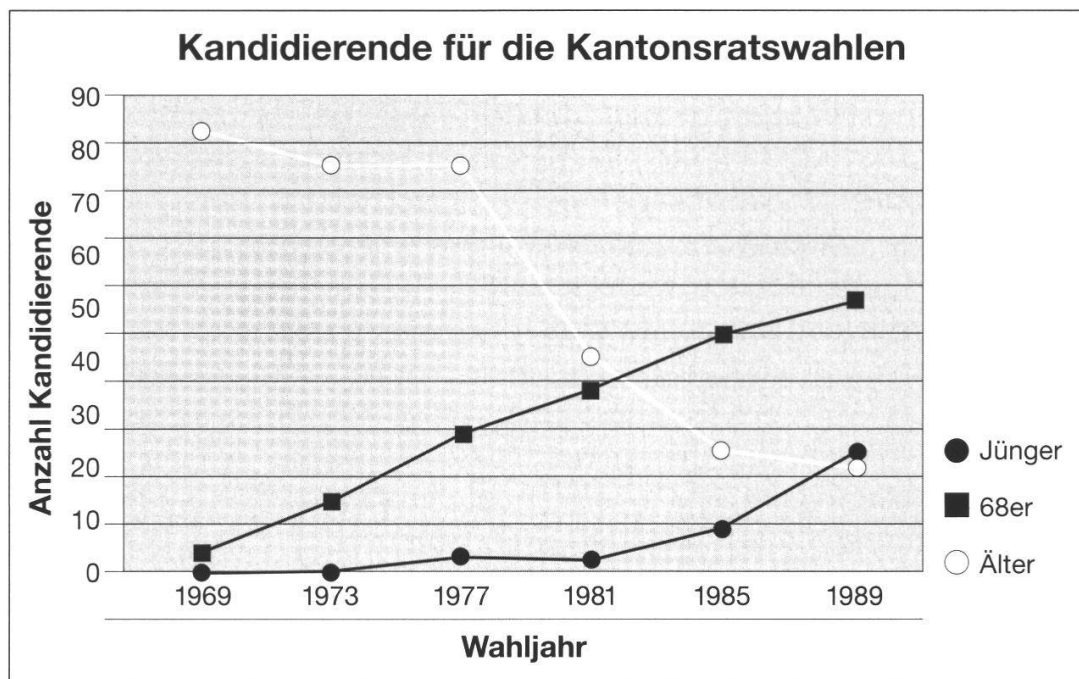


Abbildung 3: Die Anzahl der «68er» unter den Kantonsratskandidaten.  
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Bis 1977 dominierten die Leute, die älter als die «68er» waren, bei den Kandidierenden deutlich. Jedoch brach 1981 die Zahl dieser Kandidierenden stark ein und war nur noch geringfügig grösser als diejenige der «68er». Die Zahl der kandidierenden «68er» stieg über die Zeit konstant an und machte ab 1981 jeweils die Hälfte aller Kandidaturen aus. Leute, die jünger waren als die «68er», spielten erst ab 1985 eine Rolle als Kandidierende. Bis 1973 konnten sie nicht kandidieren, da sie zu jung waren, und 1977 und 1981 kandidierten nur vereinzelt dieser Kategorie. Erst 1989 lösten sie die Gruppe der Älteren als zweitgrösste ab.

Auch bei den Kantonsräten lässt sich eine Abnahme bei denjenigen feststellen, die älter als die «68er» waren, allerdings verlief die Entwicklung eher stetig und weist keinen markanten Sprung wie bei den Kandidierenden zwischen 1977 und 1981 auf. Die «68er» nahmen kontinuierlich zu, besonders stark im Jahr 1985. In den Jahren 1985 und 1989 besetzten die «68er» gut zwei Drittel der Sitze der Fraktion. Die jüngere Generation war erst ab 1989 in der Fraktion vertreten. Bei den Kandidaten dominierte bis 1977 die ältere Generation klar, 1981 lag sie mit den «68ern» fast gleichauf. Ab 1985 waren die «68er» die klar grösste Gruppe. Bezogen auf die Kantonsratsfraktion war die ältere Generation bis 1981 am stärksten vertreten und wurde 1985 von den «68ern» abgelöst.

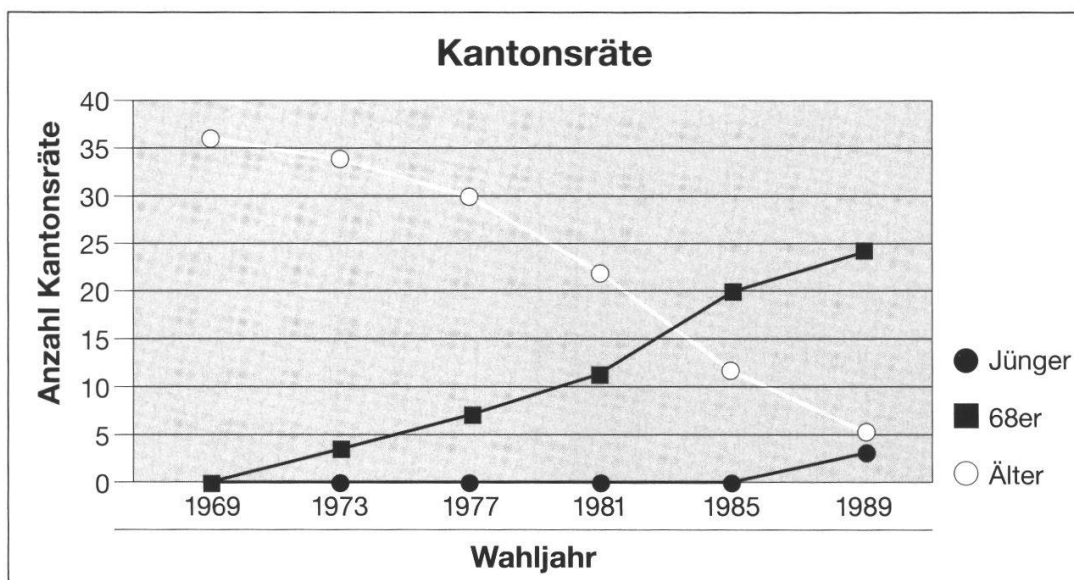


Abbildung 4: Die Anzahl der «68er» in der Kantonsratsfraktion.  
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Vergleicht man die verschiedenen Berufsgruppen, stellt man fest, dass die Kategorie Handwerker und Ungelernte 1969 deutlich die meisten Kandidaten für den Kantonsrat stellte. Bis 1985 nahm ihr Anteil sehr stark ab, die Handwerker stellten nur noch drei Kandidaten, von denen keiner gewählt wurde. Ebenfalls eine starke Abnahme lässt sich bei den technischen Berufen feststellen, welche 1969 die zweitgrösste Anzahl an Kandidaten stellten. 1977 wurde kein einziger Kandidat dieser Kategorie gewählt, jedoch änderte sich dies 1985 wieder. Auch die Anzahl der Kandidierenden, die bei den SBB beschäftigt waren, nahm im betrachteten Zeitraum ab, allerdings sank die Zahl der Kantonsräte lediglich von vier in den Jahren 1969 und 1977 auf drei im Jahr 1985. Die Kategorie der PTT-Angestellten stellte 1969 und 1977 sieben Kandidaten, von denen jeweils vier gewählt wurden, 1985 waren es nur noch drei Kandidaten, von denen zwei gewählt wurden. Eine gegenteilige Entwicklung ist bei den Lehrern festzustellen. 1969 stellten sie mit sechs Kantonsräten die grösste Gruppe innerhalb der Fraktion, allerdings hatten insgesamt nur sieben Lehrer kandidiert. 1985 stellten die Lehrer 16 Kandidaten, von denen sieben gewählt wurden. Eine ähnliche Entwicklung fand auch bei den Akademikern statt. Während diese Kategorie 1969 gerade mal zwei Kandidaten stellte, die allerdings beide gewählt wurden, waren es 1985 16 Kandidaten, von denen sechs gewählt wurden.

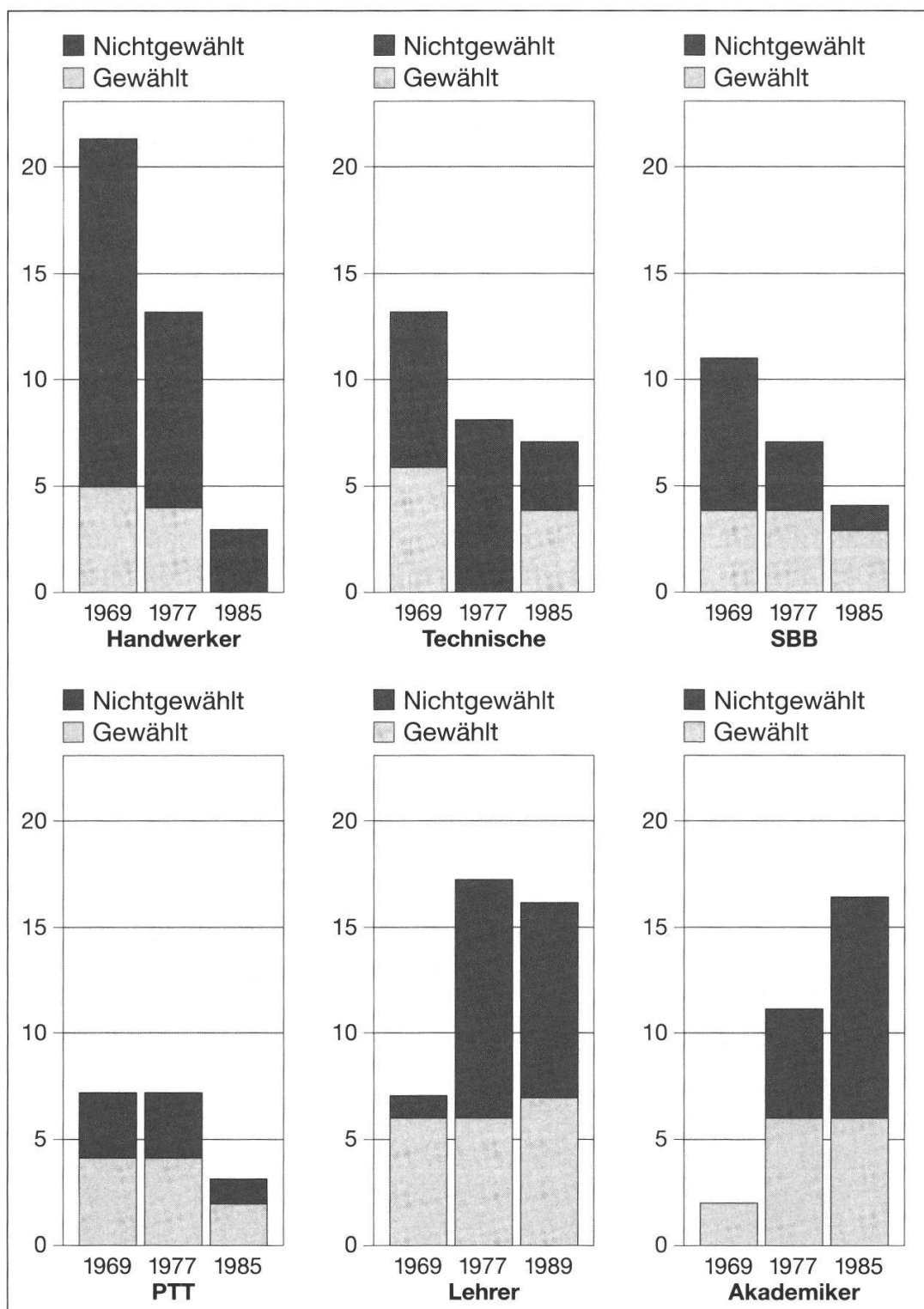


Abbildung 5: Die Berufsstruktur der Kantonsratskandidaten und der Kantonsratsfraktion. Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.

Da die Frauen 1969 das Stimm- und Wahlrecht noch nicht besaßen, gab es in diesem Jahr auch keine Kandidaturen in der Kategorie Hausfrauen. 1977 kandidierten sieben Hausfrauen, von denen eine gewählt wurde. Im Jahr 1985 war diese Kategorie nach Anzahl Kandidaturen bereits die drittgrösste. Weniger eindeutig war die Entwicklung bei den übrigen Kategorien. Die Angestellten von Kanton und Gemeinden stellten 1977 mehr Kandidaturen als 1969 und waren mit sechs Kantonsräten zusammen mit den Lehrern und den Akademikern die grösste Gruppe der Fraktion. 1985 nahm die Anzahl der Kandidaturen ab, und es wurde nur noch ein Vertreter dieser Kategorie gewählt. Bezüglich der Anzahl Kandidaturen verhält sich die Kategorie der kaufmännischen Berufen ähnlich, jedoch blieb ihre Zahl der Kantonsräte mit vier über die Jahre konstant. Auch bei der Kategorie Sonstige lässt sich eine Zunahme der Kandidaturen im Jahr 1977 und eine Abnahme 1985 feststellen. Allerdings wurde 1985 keiner ihrer Vertreter mehr gewählt. Bei den beiden Kategorien Presse/Druck und Gewerkschaften, die mit der SP in einer speziellen Beziehung standen, entwickelte sich bei der Kategorie Presse/Druck die Anzahl der Kandidierenden ähnlich wie bei den Sonstigen beschrieben. Allerdings wurde nur 1969 einer ihrer Vertreter in den Kantonsrat gewählt. Umgekehrt verlief es bei den Gewerkschaftern; es kandidierten zwar immer weniger für den Kantonsrat, aber 1985 wurden zwei Gewerkschafter gewählt, nachdem zuvor die Kandidierenden dieser Kategorie erfolglos geblieben waren.

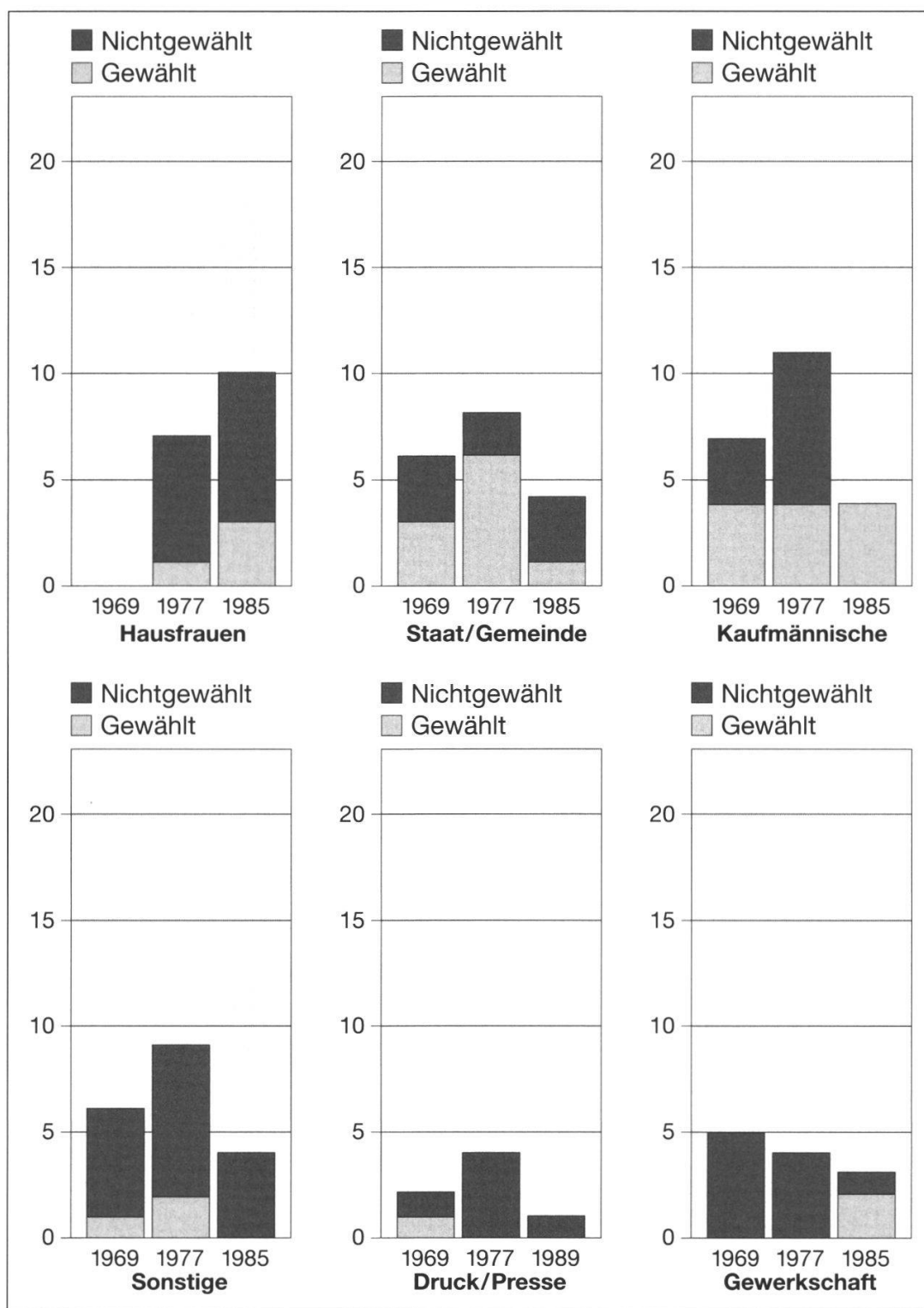


Abbildung 6: Die Berufsstruktur der Kantonsratskandidaten und der Kantonsratsfraktion.  
Daten: Amtsblatt des Kantons Solothurn.



### 1.2.6 Die AZ-Redaktion

Die Tageszeitung «Das Volk» wurde 1970 in «Solothurner AZ» («AZ») umbenannt. 1973 verliess Walter Kräuchi nach 25 Jahren Tätigkeit die Zeitung. Neuer Chefredaktor wurde Kurt Troxler, der damals 25 Jahre alt war und schon seit 1970 für die AZ arbeitete. Er wurde im gleichen Jahr auch in den Kantonsrat gewählt. Nach diesem Wechsel arbeiteten nur noch Redaktoren bei der AZ, die jünger als 35 Jahre, meistens sogar jünger als 30 Jahre, waren. Während den 70er Jahren waren das vor allem Kurt Troxler, Bruno Schäfer und Fritz H. Dinkelmann. Während es früher selbstverständlich war, dass die Redaktoren der Zeitung auch Mitglied der SP waren, arbeiteten nach 1970 auch immer wieder Leute für die «AZ», die sich links positionierten, aber nicht Parteimitglieder waren. Die «AZ» verstand sich immer mehr als ein Forum für alle links-grünen Anliegen und nicht mehr nur als Parteiorgan, obwohl die SP immer noch ihren festen Platz im Blatt hatte. Nachdem Kurt Troxler die Redaktion 1982 verlassen hatte, wechselten die verschiedenen Redaktoren immer schneller. Der Ton der Zeitung wurde auch den SP-Politikern gegenüber schärfer. So wurde der neugewählte Bundesrat Otto Stich stark kritisiert.<sup>75</sup> Trotz dieser Wandlung bezeichnen die von mir befragten damals aktiven Politiker die Beziehung zwischen der Zeitung und der Partei meist als positiv. Anders sehen es die Personen, die bei der AZ arbeiteten oder mit ihr verbunden waren. Sie beschreiben das Verhältnis zur SP als «wechselhaft»<sup>76</sup> und «spannungsgeladen».<sup>77</sup> 1983 sorgte ein kritischer Kommentar von Peter Moor zur gemeinsamen Ständeratsliste mit der FdP für Unmut in der GL, worauf eine gemeinsame Aussprache stattfand. Moor meint dazu: «Wir haben uns klar auf den Standpunkt gestellt, dass wir uns gesamthaft gesehen auf der Parteilinie befanden. Wenn man das breite Spektrum der Meinungen in der Partei damals anschaut, dann wich das, was wir in aller Regel schrieben, nicht von der Parteimeinung ab. Ausser in speziellen Fällen. Wir haben z. B. nicht für den Austritt der SP aus dem Bundesrat geschrieben, sondern gegen Otto Stich, weil wir Lilian Uchtenhagen wollten. Ich glaube, dass der wirtschaftliche Druck grösser war, als der politische. Jeder Abonnement, der aus einem solchen Grund gekündigt hat, wurde uns vorgeworfen, aber nicht aus politischen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen.»<sup>78</sup> Auf die wirtschaftlichen Probleme, die der Kurs der «AZ» zur Folge hatte, weist auch Ernst Leuenberger als damaliger Präsident der Genossenschaftsdruckerei

<sup>75</sup> Solothurner AZ, 8. Dezember 1983 und 2. Juli 1984.

<sup>76</sup> Interview mit Kurt Troxler, A45.

<sup>77</sup> Interview mit Peter Moor, A50.

<sup>78</sup> Interview mit Peter Moor, A50.



Olten (GDO), der Herausgeberin der «AZ», hin: «Die «AZ» hat sich ja damit hervorgetan, dass die Redaktion immer einen strammen Anti-Atomkraft-Kurs gesteuert hat. Das hatte für mich als Präsident der Genossenschaftsdruckerei Olten (GDO) die Auswirkung, dass praktisch alljährlich von der Atel und der KKG ein Inseratenboykott ausgesprochen wurde. Das Beste war ja, dass in der Druckerei die Atel und die KKG die grössten Kunden waren.»<sup>79</sup> Er habe sich dann jeweils bei Alfred Trümpy, dem Direktionspräsidenten der Atel, einsetzen müssen, damit der Boykott aufgehoben wurde.

Ernst Leuenberger meinte, als wieder einmal Kritik in der GL an der «AZ» laut wurde: «Es wird langsam Mode, für alle Missetaten die «AZ» zu beschuldigen. All jene, die nicht müde werden, die «AZ» zu attackieren, sind eingeladen, für Fr. 2500.– bei der «AZ» als Redaktor zu arbeiten.»<sup>80</sup> Der niedrige Lohn und die langen und unregelmässigen Arbeitszeiten waren sicher ein Grund dafür, dass sich nur noch Junge mit einer sehr linken und grünen Einstellung für eine Redaktorenstelle bei der «AZ» interessierten. Peter Moor weist jedoch noch auf einen andern Aspekt hin: «Es war aber auch eine Frage der allgemeinen Medienlandschaft. Zu dieser Zeit gab es an vielen Orten kritische Journalisten. Der «Tagesanzeiger» stand damals sicher sehr viel weiter links als heute, und das Radio war fest in SP-Hand. Daher hatten Journalisten, die Mitte-Links standen, verschiedene Betätigungsfelder zur Verfügung. Diejenigen, die ganz links standen, gingen zur «AZ».»<sup>81</sup>

### *1.3 Die SP der Stadt Olten*

#### *1.3.1 Die grösste Sektion des Kantons*

Die Sektion Olten der SP wurde 1902 gegründet, nachdem Vorgängerorganisationen seit ca. 50 Jahren in der Stadt aktiv gewesen waren. Die SP wurde hinter den Freisinnigen schnell zur zweitstärksten Kraft im Gemeinderat und bald auch zur grössten Sektion im Kanton Solothurn, wo sie ca. 10% der Mitglieder der Kantonalpartei stellte. In der Folge wurden viele SP-Vertreter im Regierungsrat und dem eidgenössischen Parlament von den Oltnern gestellt: Jacques Schmid (Nationalrat 1917–1955, Regierungsrat 1931–1949), Gottfried Klaus (Ständerat 1944–1963, Regierungsrat 1949–1963), Rudolf Bachmann (Regierungsrat 1969–1985). Auch stellten die Oltner von 1912–1968 mit Jacques Schmid, Gottfried Klaus und

<sup>79</sup> Interview mit Ernst Leuenberger, A38.

<sup>80</sup> Protokoll der GL der SPSO, 19. Dezember 1983.

<sup>81</sup> Interview mit Peter Moor, A50.

Walter Kräuchi ununterbrochen den Präsidenten der Kantonalpartei, wodurch die Sektion Olten die sozialdemokratische Politik im ganzen Kanton stark beeinflusste.<sup>82</sup>

Wie im Kanton sah sich die SP auch in der Stadt Olten einem starken und zeitweise mit absoluter Mehrheit regierenden Freisinn gegenüber. Dies führte dazu, dass sie häufig die Zusammenarbeit mit der konservativen Volkspartei<sup>83</sup> suchte. Nachdem die absolute Mehrheit der FdP gebrochen war, schlossen sich die drei Parteien je nach Situation in unterschiedlichen Bündnissen zusammen. Eine Annäherung der weltanschaulichen Positionen fand indessen nicht statt. Erst das starke wirtschaftliche Wachstum der 50er Jahre und die damit verbundenen neuen Aufgaben und Herausforderungen für die Stadt führten zu einer Versachlichung der Politik. Die Parteien versuchten öfter gemeinsam Lösungen zu finden. Die wachsende Angleichung der Lebensweise der verschiedenen Bevölkerungsschichten und die Machtverteilung in den städtischen Behörden verlangten von allen drei Parteien eine Orientierung hin zur Mitte. Unabhängig der Ideologie wurde von jeder Partei Fortschritt und das damit verbundene Wachstum mit Wohlfahrt gleichgesetzt.

Mitte der 70er Jahre kam die SP durch das Entstehen der Parteien der Neuen Linken in die Situation, dass sie sich nun sowohl gegen rechts wie auch gegen links abgrenzen musste. Die jüngere Generation in der SP wollte diese neuen Parteien nicht ausgrenzen. So entstanden je nach Sachfrage wieder unterschiedliche Koalitionen. Gerade in Fragen der Tarifpolitik für Gas, Wasser und Strom, der Jugendpolitik oder der Verkehrspolitik brachen Gräben zwischen den bürgerlichen Parteien und der SP auf. Andererseits bestanden nach wie vor Gemeinsamkeiten über Infrastrukturprojekte wie den Bau der Mehrzweckhalle oder eines Alters- und Pflegeheims. Auch blieb vorderhand der freiwillige Proporz zwischen FdP, CVP und SP bei der Verteilung von Ämtern bestehen.<sup>84</sup>

### *1.3.2 Eine neue Generation prägt die SP*

Die SP Olten war von Beginn weg sehr stark durch die Eisenbahn geprägt. Viele SP-Mitglieder arbeiteten bei der Bahn oder in den Werkstätten der SBB. Die zweite einflussreiche, wenn auch zahlenmässig viel kleinere, Gruppe waren die Lehrer. Ebenfalls von Bedeutung waren die Metallarbeiter. Durch die Eisenbahner und Metallarbeiter wurde die Politik der Partei traditionell stark gewerkschaftlich

<sup>82</sup> Lätt, 233.

<sup>83</sup> Die heutige CVP.

<sup>84</sup> Olten 1798–1991, 349–352.

geprägt.<sup>85</sup> 1972 wurde «AZ»-Redaktor Kurt Troxler SP-Präsident. Er war damals zusammen mit seiner Frau Ursula einer der Jüngsten in der Partei. Als Troxler das Amt des Präsidenten übernahm, war Hermann Berger die starke Figur der Partei: «Er regelte die Parteiangelegenheiten relativ autokratisch. Er besetzte relativ selbständig die städtischen Kommissionen. Die Fraktionssitzungen fanden in der Regel eine halbe Stunde vor den Gemeinderatssitzungen statt. Er gab dann jeweils den Kurs vor.»<sup>86</sup> Für Troxler war es deshalb zu Beginn schwierig, seine eigene Linie durchzusetzen. Während seiner Amtszeit im Verlauf der 70er Jahre entstand allmählich eine neue Strömung in der Partei. Junge Leute traten bei, die eine linkere und grünere Politik vertraten. Bei ihnen waren auch mehr Berührungspunkte zu den Neuen Linken vorhanden als bei der älteren Generation. Viele dieser Jungen hatten einen Universitätsabschluss oder waren noch im Studium. So entstand ein neuer links-grüner Flügel in der Partei, der durch das grosse Engagement seiner Exponenten rasch an Einfluss gewann. Dieser neue Flügel war auch dafür verantwortlich, dass die Machtverteilung der verschiedenen Parteien, und auch die Zusammenarbeit mit FdP und CVP, stärker als bisher in Frage gestellt wurde. So wurde 1981 mit Stadtrat Willy Eggenschwiler eine Kampfwahl

um das Statthalteramt gegen den bisherigen Amtsinhaber der CVP geführt<sup>87</sup> und 1983 ein Referendum gegen die von den Bürgerlichen beschlossenen Steuersenkungen ergriffen.<sup>88</sup> Beide Unterfangen blieben jedoch ohne Erfolg.

### *1.3.3 Die Mitgliederstruktur der SP Olten*

Für eine Analyse der Mitgliederstruktur der SP Olten stehen im Archiv der Partei zwei Mitgliederlisten aus den Jahren 1977 und 1982 zur Verfügung, ältere Mitgliederverzeichnisse sind leider nicht mehr vorhanden. Damit lässt sich die jeweilige Mitgliederstruktur aufzeigen. Jedoch ist die Aussagekraft, was die Entwicklung anbelangt, durch den geringen zeitlichen Abstand recht beschränkt. Die SP Olten zählte 1977 331 Mitglieder, 1982 noch 299. Der Mitgliederbestand nahm also in diesen fünf Jahren um gut 10% ab. Dieser Umstand muss bei der Betrachtung der Resultate der Auswertung berücksichtigt werden. Bei der Liste von 1982 fehlt bei zwei Mitgliedern die Altersangabe, deshalb umfasst die Auswertung der Altersstruktur für das Jahr 1982 nur 297 Mitglieder.

<sup>85</sup> Interview mit Kurt Troxler, A41.

<sup>86</sup> Interview mit Kurt Troxler, A42.

<sup>87</sup> Protokoll der Parteiversammlung der SP Olten, 5. August 1981.

<sup>88</sup> Protokoll der GL der SP Olten, 28. Februar 1983.

Die Analyse der Altersstruktur nach Kategorien von jeweils zehn Jahren ergibt folgendes Bild: 1977 stellten die Kategorien der 51- bis 60-Jährigen und der 41- bis 50-Jährigen am meisten Mitglieder. Der starke Mitgliederrückgang schlägt sich auch im Vergleich der Alterskategorien nieder. Zwischen 1977 nahmen die Mitgliederzahlen in allen Alterskategorien ab, die einzige Ausnahme bildete diejenige der 60- bis 70-Jährigen. Besonders stark fiel die Abnahme bei den beiden Kategorien aus, die 1977 über die meisten Mitglieder verfügten.

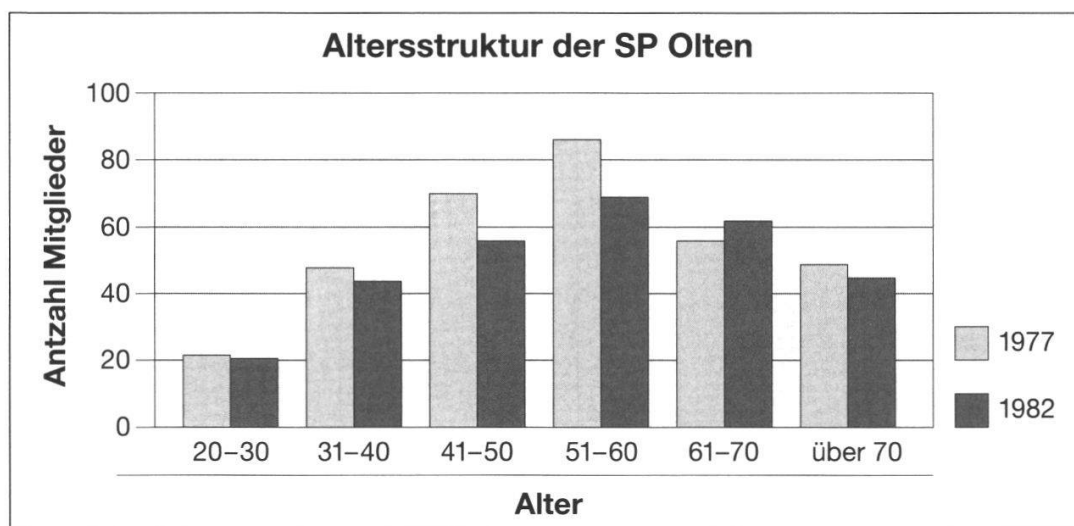


Abbildung 7: Die Alterstruktur der SP Olten 1977 und 1982.  
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung, wenn man nicht die absoluten Mitgliederzahlen betrachtet, sondern den prozentualen Anteil, den die einzelnen Kategorien verglichen mit dem gesamten Mitgliederbestand ausmachten.

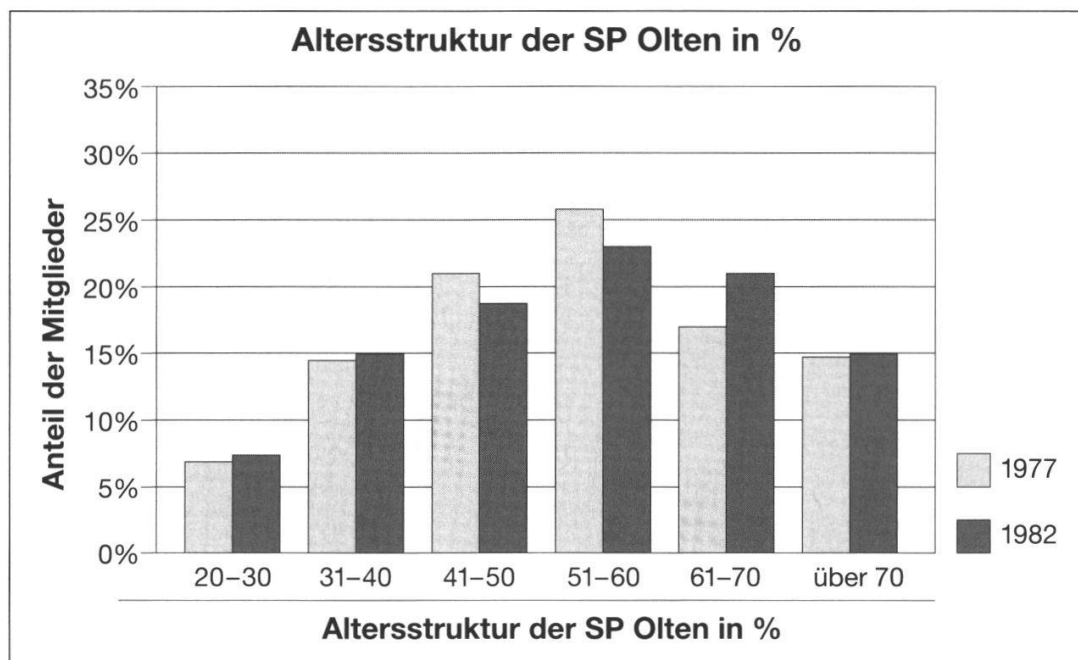


Abbildung 8: Die Alterstruktur der SP Olten 1977 und 1982 in %.  
Daten: Mitgliederverzeichnis 1977 und 1982.

Die Anteile der 41- bis 50-Jährigen und 51- bis 60-Jährigen nahmen in der Partei ab, während jene der 60 bis 70 Jährigen stark zunahmen. Die übrigen Kategorien erhöhten ihren Anteil ganz leicht. Das Durchschnittsalter der Mitglieder stieg in den fünf Jahren nur marginal von 53,4 auf 53,9 Jahre. Der Median blieb unverändert bei 54 Jahren. Dies lässt den Schluss zur, dass in der SP Olten vor allem die über 60-Jährigen sowie die unter 40-Jährigen bezogen auf die Mitgliederzahlen an Gewicht gewannen.

Betrachtet man den Anteil der «68er» in der SP Olten, zeigt sich folgendes Bild: 1977 lag ihr Anteil bei 11,2%, was 37 Mitgliedern entsprach. 1982 steigerte sich der Anteil auf 14,8% bzw. 44 Mitglieder. Dominant war die ältere Generation: 1977 machte ihr Anteil 88,2% aus, 1982 sank er auf 79,8%. Bescheiden hingegen war der Anteil der jüngeren Generation: 1977 waren es gerade mal zwei Mitglieder bzw. 0,6%. 1982 waren es 14 Mitglieder, was einem Anteil von 5,4% entsprach.

Bei der Betrachtung der Berufsstruktur der SP Olten fällt die Dominanz der SBB-Angestellten auf, die fast einen Drittel des gesamten Mitgliederstandes ausmachten. Deutlich abgeschlagen folgten

die Kategorien Handwerker und Ungelernte, Staats- und Gemeindeangestellte und kaufmännische Berufe. Die übrigen Kategorien waren anzahlmässig weniger von Bedeutung.

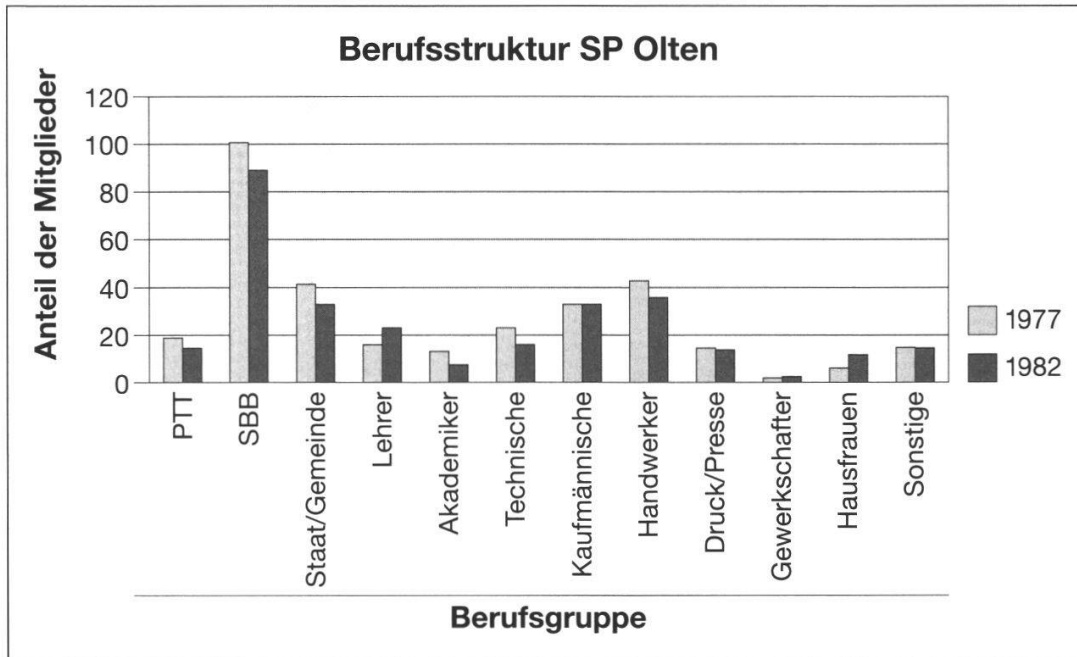


Abbildung 9: Die Berufsstruktur der SP Olten 1977 und 1982.  
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.

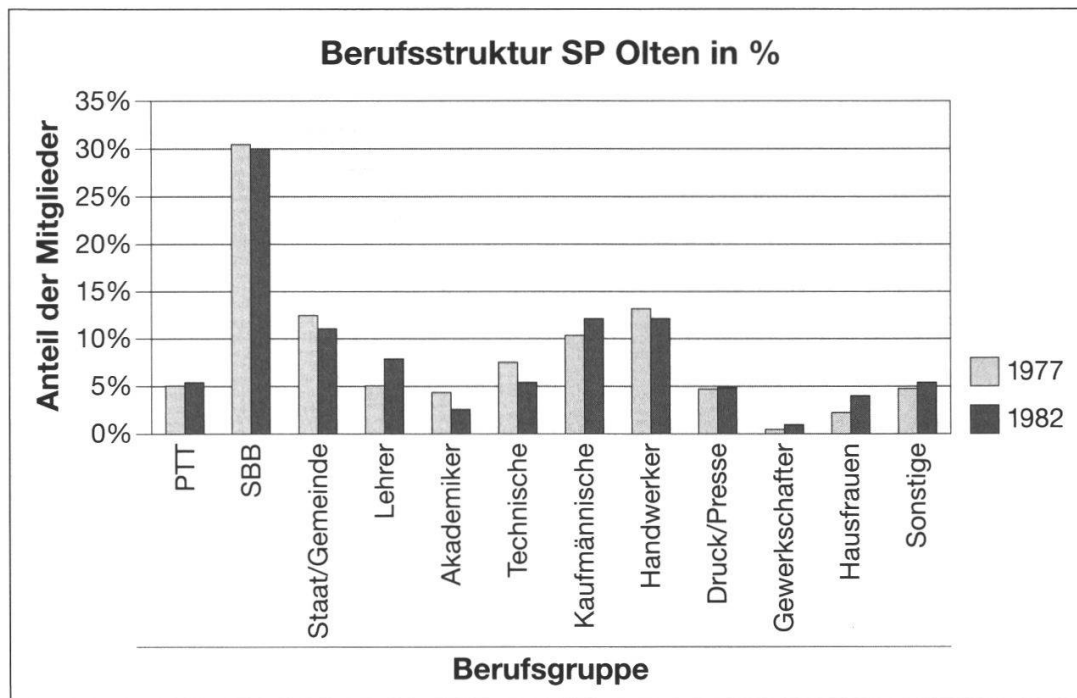


Abbildung 10: Die Berufsstruktur der SP Olten 1977 und 1982 in %.  
Daten: Mitgliederverzeichnisse 1977 und 1982.



Der Vergleich der beiden Jahre zeigt einzig bei den Lehrern, bei den Hausfrauen sowie bei den Gewerkschaftern eine Zunahme der Mitglieder. Die Steigerung bei den Gewerkschaftern fiel jedoch von einem Mitglied auf zwei relativ bescheiden aus. Eine Abnahme der Mitglieder ist neben den Angestellten der SBB sowie des Staates und der Gemeinden bei den Akademikern, den technischen Berufen und bei den Handwerkern und Ungelernten festzustellen.

Vergleicht man die prozentualen Anteile der verschiedenen Berufsgruppen, kann man eine Abnahme bei den Staats- und Gemeindeangestellten, den Akademikern, den technischen Berufen und den Handwerkern und Ungelernten feststellen. Demgegenüber nahm bei den Lehrern, den kaufmännischen Berufen und den Hausfrauen die Anzahl der Mitglieder zu.

## **2. Die SP und die Atomenergie**

### *2.1 Die Atomenergie in der Schweiz*

#### *2.1.1 Die Entwicklung der Atomenergie in der Schweiz*

In der Schweiz wurde schon seit den 20er Jahren an der Entwicklung der Atomtechnologie gearbeitet. Eine führende Rolle unter den Schweizer Instituten nahm dabei das Physikalische Institut der ETH Zürich unter Prof. Paul Scherrer ein. 1945 wurde die Studienkommission für Atomenergie (SKA) ins Leben gerufen, deren Präsident Scherrer wurde. Neben Bundesvertretern nahmen auch Hochschulprofessoren, die auch die Interessen der Elektrizitätswirtschaft wahrnahmen, in der Kommission Einsitz. Die Aufgabe der Kommission war es, die Grundlagenforschung und Projektierung von Versuchsreaktoren zu fördern und zu koordinieren. Dazu gab sie bis zur ihrer Auflösung 1958 etwa 10 Millionen Franken aus. Die Arbeit der SKA hatte auch einen militärischen Aspekt. In geheimen Richtlinien beauftragte das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) die SKA 1946 «die Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie beruhen, anzustreben».<sup>89</sup> Die Verantwortlichen der Elektrizitätswirtschaft zeigten hingegen zu Beginn ein geringes Engagement, weil sie sich von der Atomenergie kaum Nutzen erhofften.

Dagegen hatte die exportorientierte Industrie unter der Führung von Walter Boveri, dem Präsidenten der BBC, grosses Interesse an der Atomenergie. Um den Wissensrückstand der Schweiz gegenüber

<sup>89</sup> Zitiert in: Geschichte der Kerntechnik, 41.

internationalen Konkurrenz wettzumachen, liess sie junge Wissenschaftler gezielt auf dem Gebiet der Atomenergie aus- und weiterbilden.

Um die Finanzierung eines Versuchsreaktors sicherzustellen, suchte Boveri weitere Geldgeber. 1955 schlossen sich 80 Industrieunternehmen, 44 Firmen aus Handel und Finanzwirtschaft sowie 45 Elektrizitätsgesellschaften zu einer gemeinsamen Organisation zusammen und gründeten die Reaktor AG mit Sitz im aargauischen Würenlingen.<sup>90</sup> Nach ihren Statuten bezweckte sie: «a) Bau und Betrieb eines Versuchsreaktors zur Schaffung wissenschaftlicher und technischer Grundlagen für die Konstruktion und den Betrieb industriell verwendbarer Reaktoren, die der Gewinnung von Energie dienen [...]. b) Ermittlung von Vorkehrungen zum Schutz vor radioaktiven Strahlungen. c) Herstellung radioaktiver Substanzen und deren Abgabe an Verbraucher für Zwecke der Medizin, der Chemie, der Landwirtschaft sowie für weitere ähnliche Zwecke [...]»<sup>91</sup> Das Team der Reaktor AG forschte zu Beginn mit dem von den USA durch die Eidgenossenschaft erworbenen Reaktor Saphir. Dieser war an der Genfer Konferenz «Atome für den Frieden» im Sommer 1955 ausgestellt worden. In der Folge wurde auch ein eigener Versuchsreaktor gebaut, der den Namen Diorit erhielt. Da man nicht von den USA und ihrem angereicherten Uran abhängig sein wollte, betrieb man den Reaktor mit Natururan und verwendete als Moderator und Kühlmittel Schwerwasser. Da der Bund immer mehr Geld in die Reaktor AG einschliessen musste, übernahm er sie 1960 ganz. Fortan hiess die Forschungsstätte in Würenlingen Eidgenössisches Institut zur Reaktorforschung (EIR; heute Paul Scherrer Institut, PSI).<sup>92</sup>

Sowohl für die Zahlungen an die SKA als auch für den Versuchsreaktor in Lucens fehlte die entsprechende Verfassungsgrundlage. Insgesamt unterbreitete der Bundesrat dem Parlament 13 Atomvorlagen, bis er dem Volk einen Verfassungsartikel zur Abstimmung vorlegte. Der Artikel 24quinquies lautete: «Die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie ist Bundessache. Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlen.»<sup>93</sup> Die Verfassungsänderung war unumstritten, fast 80% der Stimmbürger stimmten dem Atomartikel zu. Nach der erfolgreichen Abstimmung liess der Bundesrat innerhalb von zwei Jahren ein Atomgesetz ausarbeiten. Ziel dieses Gesetzes war nicht die Beschränkung, sondern, dem damals herrschenden Zeitgeist entsprechend, die Förderung der Atomenergie.

<sup>90</sup> Geschichte der Kerntechnik, 45.

<sup>91</sup> Zitiert in: Geschichte der Kerntechnik, 90.

<sup>92</sup> Boos, 26.

<sup>93</sup> Zitiert in Boos, 170.



Bei der Regelung des Bewilligungsverfahrens wurde ein polizeiliches Aufsichtsrecht gewählt. Dies bedeutete, dass der Bund eine Bewilligung erteilen musste, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt waren. Andere Lösungen wie eine wirtschaftspolitische Bewilligungspflicht, ein Konzessionssystem oder ein Staatsmonopol hatten keine Chancen.<sup>94</sup> Auch bei der Regelung der Haftpflicht zeigte sich der Bund gegenüber der Atomwirtschaft grosszügig. Eine unbeschränkte Haftpflicht wurde abgelehnt, da man dadurch eine Hemmung der Atomwirtschaft befürchtete. Die Haftpflicht wurde deshalb auf 40 Millionen Franken beschränkt, für grössere Schäden sah das Gesetz Deckungsbeiträge durch den Bund vor.<sup>95</sup> Im Parlament wurden diese Regelungen von Vertretern der SP und der PdA kritisiert. Sie forderten ein Konzessionssystem für die Bewilligung und traten für eine unbeschränkte Haftpflicht ein. Generell wurde dem Gesetz vorgeworfen, es privatisiere die Gewinne und sozialisiere die Verluste. Aber die Kritik der Linken war chancenlos. Im Ständerat wurde das Gesetz einstimmig, im Nationalrat mit 92 zu 34 Stimmen angenommen. Das Referendum gegen das Gesetz wurde nicht ergriffen. Als das Atomgesetz am 1. Juli 1960 in Kraft trat, «hatten die Bürger zur weiteren Entwicklung der Kernenergie in der Schweiz nichts mehr zu sagen, denn das Atomgesetz sah keinerlei Beteiligung der Bürger bei der Bewilligung von Atomanlagen vor.»<sup>96</sup>

Ebenfalls 1960 setzte der Bund die erste AKW-Kontrollinstanz ein, die Kommission für die Sicherheit der Atomanlagen (KSA). Ein Grossteil der Mitglieder der KSA stand der Atomwirtschaft nahe, ein Umstand, der Zweifel an der Objektivität der KSA aufkommen liess. Die KSA hat denn auch die definitive Betriebsbewilligung für den Versuchsreaktor von Lucens erteilt, obwohl sie wusste, dass die Brennelemente schon in der Versuchsphase Konstruktionsfehler aufgewiesen hatten.<sup>97</sup> Zu Beginn der 70er Jahre gründete der Bund zudem mit der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK) eine technisch-wissenschaftliche Abteilung, die später in Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) umbenannt wurde. Die HSK übernahm die Kontrollfunktionen der KSA, die von da an als Beratergremium des Bundes wirkte.<sup>98</sup>

Am 21. Januar 1969 ereignete sich im AKW Lucens der bisher schwerste Atomunfall in der Schweiz. Während die Operateure die Leistung des Reaktors erhöhten, begann ein Brennelement zu schmel-

<sup>94</sup> Kriesi, AKW-Gegner, 14.

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Ebd., 15.

<sup>97</sup> Boos, 355f.

<sup>98</sup> Ebd., 358.

zen. Obwohl der Reaktor in einer Felskaverne untergebracht war und sich die Sicherheitsschleusen korrekt schlossen, wurde eine beachtliche Menge Radioaktivität freigesetzt. Dieser Unfall stellte das endgültige Aus für den Plan des Baus eines AKWs «made in Switzerland» dar. Seit Beginn der 60er Jahre arbeiteten Sulzer, BBC und die Energie Nucléaire SA (Enusa, ein Konglomerat von Westschweizer Industriefirmen) mit finanzieller Unterstützung des Bundes daran, einen gemeinsamen Reaktor zu bauen. Die BBC stieg jedoch bald darauf aus dem Projekt aus, so dass nur noch Sulzer und die Enusa verblieben.<sup>99</sup>

Obwohl sich die Anlage von Lucens in eine radioaktiv strahlende Ruine verwandelte und der Unfall mit demjenigen in Harrisburg, der sich zehn Jahre später ereignete und weltweit für Schlagzeilen sorgte, vergleichbar war, löste das Ereignis in der schweizerischen Öffentlichkeit nur ein bescheidenes Echo aus.<sup>100</sup>

Im Dezember 1964 fasste die NOK einen Beschluss, dessen Ziel es war, das erste kommerzielle AKW der Schweiz zu bauen. Im August des folgenden Jahres unterzeichnete sie mit dem Konsortium von Westinghouse und BBC einen Liefervertrag für ein Atomkraftwerk. Die amerikanische Westinghouse lieferte die Primäranlage (den gesamten nuklearen Teil inklusive Reaktor), die BBC war für die Sekundäranlage zuständig (Turbinen und Generatoren). Der Reaktor erzeugte eine Leistung von 350 MW. Es handelte sich dabei um einen Druckwasserreaktor, der mit Flusswasser aus der Aare gekühlt wurde. Gebaut wurde das erste AKW der Schweiz im aargauischen Beznau. Nach vier Jahren Bauzeit wurde 1969 zum ersten Mal kommerziell Strom produziert. Zwei Jahre später nahm ein zweites, identisches AKW, dessen Bau die NOK bereits 1967 beschlossen hatte, den Betrieb auf. Gegen den Bau von Beznau I und Beznau II gab es keinen Widerstand. Man sah allgemein in der Atomkraft etwas Gutes und kannte die damit verbunden Gefahren noch nicht oder machte sich keine Gedanken darüber.

1965 gab auch die BKW bekannt, sie plane den Bau eines AKW. Als Standort hatte sie Mühleberg, zehn Kilometer westlich von Bern gelegen, ausgesucht. Die Sekundäranlage wurde wie bei Beznau I und II von der BBC geliefert. Als Primäranlage wurde bei der amerikanischen Firma General Electric ein Siedewasserreaktor mit einer Leistung von 355 MW bestellt. Mit dem Bau wurde 1967 begonnen, 1972 ging die Anlage ans Netz. Auch gegen dieses AKW regte sich keinerlei Widerstand.

<sup>99</sup> Boos, 13f.

<sup>100</sup> Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

### *2.1.2 Der Widerstandes gegen Atomkraftwerke und die Gesamtenergiekonzeption*

Anders präsentierte sich die Situation bei dem als nächstes geplanten AKW, demjenigen von Kaiseraugst. Bei diesem aargauischen Dorf, das 20 km von der Stadt Basel entfernt liegt, wollte die Firma Motor Columbus zu Beginn der 60er Jahre ein ölthermisches Kraftwerk erstellen. Das Projekt fand jedoch 1963 in der Gemeindeabstimmung keine Zustimmung, weil die Bevölkerung Schwefeldioxid-Immissionen befürchtete. Deshalb präsentierte Motor Columbus zwei Jahre später ein neues Projekt, das ein AKW mit Flusswasserkühlung vorsah. 1969 erfolgte die Publikation der Resultate einer eidgenössischen Expertenkommission unter der Leitung des Direktors des Eidgenössischen Amtes für Gewässerschutz, Fritz Baldinger, die vor einer zu starken Erwärmung der Gewässer durch die Kühlsysteme der Atomkraftwerke warnte. Die zu dieser Zeit projektierten Anlagen sahen nämlich alle eine Kühlung durch eine erhebliche Wasserentnahme aus Seen oder Flüssen vor.<sup>101</sup> Aufgrund dieses Berichts protestierte im März 1969 der Regierungsrat des Kantons Basel-Land in Aarau und Bern gegen die geplante Massierung von Atomkraftwerke am Oberrhein.<sup>102</sup> Zwei Monate später verabschiedete der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt einstimmig eine Resolution, mit der er dagegen protestierte, dass Atomkraftwerke am Oberrhein geplant werden, ohne dem Schutz von Luft und Wasser sowie der Bewahrung vor der Gefährdung durch radioaktive Abfälle genügend Rechnung zu tragen.<sup>103</sup> Am 5. Mai 1970 wurde das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das AKW Kaiseraugst (NAK) gegründet, das in den folgenden Jahren zum Sammelbecken der Opposition wurde. Zu dieser Zeit vermochten die AKW-Befürworter die Gegner noch mit propagandistischen Massnahmen zurückzudrängen. Im Jahr darauf verbot der Bund jedoch die Flusswasserkühlung, sodass Kühltürme für die Atomkraftwerke gebaut werden mussten. Die Türme boten den Atomkraft-Gegnern eine neue Angriffsfläche, die Atomkraftwerke waren keine kleineren Bauwerke mehr, sondern grosse Anlagen, die von weitem sichtbar waren. Dies rief neue Opponenten aus Landschaftsschutzkreisen und der Tourismusbranche auf den Plan. Die Kühltürme boten der Gegnerschaft auch rechtliche Einspruchsmöglichkeiten, da unter anderem die Bewilligung für das AKW Kaiseraugst für eine Anlage mit Flusswasserkühlung vergeben worden war. Nach Patrick Kupper richteten sich die Oppositionsbewegungen in den Jahren um 1970 «explizit nicht gegen den Bau von Atomkraft-

<sup>101</sup> Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

<sup>102</sup> Lüthi, 27.

<sup>103</sup> Kupper, Kein blinder Widerstand, 231.

werken generell, sondern übten nur punktuelle Kritik am zentralistischen Bewilligungsverfahren und an gewissen Umsetzungsformen (Flusserwärmung, Standorte in dichtbesiedelten Gebieten).»<sup>104</sup> Eine Gegnerschaft, welche die Atomtechnologie grundsätzlich ablehnte, habe sich erst ab 1972/73 im Zeichen der ökologischen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung gebildet. Bei den Umweltorganisationen herrschte noch zu Beginn des Jahres 1973 Unklarheit darüber, wie die Atomenergie zu bewerten sei. Das änderte sich jedoch rasch als im April des gleichen Jahres die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) die Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption forderte, bevor weitere Atomkraftwerke gebaut würden. Im Juni verlangte der WWF ein Moratorium. Verschiedene Gründe führten zu der ablehnenden Haltung der Umweltorganisationen: Erstens war die mit den Atomkraftwerken erzeugte Mehrenergie unerwünscht, «da ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum die Umwelt nur noch zusätzlich belaste.»<sup>105</sup> Zweitens war man der Meinung, dass das für die Atomkraftwerke nötige Uran in absehbarer Zeit aufgebraucht sein würde; und drittens hielt man die Umweltbelastung durch die radioaktiven Stoffe für unverantwortbar. Zur Lösung des Energieproblems propagierte der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) in erster Linie das Energiesparen. Nachdem sich der SBN Mitte der 60er Jahre für den Bau von Atomkraftwerken als Alternative zu thermischen Kraftwerken ausgesprochen hatte, vollzog er in dieser Frage innert zehn Jahren eine Wende. Dieser Meinungsumschwung hing damit zusammen, dass Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt nicht mehr als eigenständige Mächte, sondern als gesellschaftlich bestimmbare Grössen verstanden wurden.<sup>106</sup>

1972 wurde das AKW Kaiseraugst in einer Konsultativabstimmung von den Kaiseraugstern abgelehnt. Daraufhin verzichtete der Gemeinderat auf die Erteilung der lokalen Baubewilligung für das Werk. Dies führte zu einem Bundesgerichtsurteil, welches festlegte, dass Bundeskompetenzen höher zu werten seien als Gemeindekompetenzen.

Auch gegen die andern geplanten Atomkraftwerke entstand in dieser Zeit Widerstand. Im Kampf gegen das AKW Gösgen führte die Gruppierung «Pro Niederamt» im April 1973 in Olten die erste schweizerische Demonstration gegen ein AKW durch. An der Veranstaltung nahmen über tausend Leute teil.<sup>107</sup> In Leibstadt, Graben,

<sup>104</sup> Ebd., 233.

<sup>105</sup> Ebd., 234.

<sup>106</sup> Ebd., 233.

<sup>107</sup> Lüthi, 28.



Rüthi, Verbois und Inwil kam es zu Petitionen und Einsprachen gegen den AKW-Bau. Bis 1973 wurde vorwiegend mit dem Ausnutzen der institutionellen Möglichkeiten gegen Atomkraftwerke gekämpft, direkte Aktionen wie Demonstrationen blieben die Ausnahme. Danach änderte sich jedoch die Ausrichtung der Anti-AKW-Bewegung. Sie bekämpfte nicht mehr nur einzelne AKW-Standorte, sondern generell alle Atomkraftwerke. So benannte sich die NAK 1973 auch in Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) um. Im selben Jahr wurde aus den Kreisen der Basler Jungsozialisten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) als Reaktion auf den Bundesgerichtsentscheid zur Baubewilligung von Kaiseraugst gegründet. Hauptinitiator war der Politologiestudent Ruedi Epple, der sich bereits seit einiger Zeit mit der Theorie des gewaltfreien Widerstands befasst hatte.<sup>108</sup> NWA und GAK lancierten gemeinsam Initiativen in den beiden Basler Kantonen, mit denen die Kantonsregierungen zum Kampf gegen Atomkraftwerke verpflichtet werden sollten. Der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst war Teil einer grenzübergreifenden Anti-AKW-Bewegung, die auch gegen die geplanten Werke im elsässischen Fessenheim und südbadischen Wyhl kämpfte.<sup>109</sup> Sie bezeichnete das Gebiet Nordwestschweiz, Baden und Elsass als «Dreyeckland».<sup>110</sup>

In den Jahren 1973 und 1974 stiessen auch die Organisationen der neuen Linken und der neuen Rechten zur AKW-Opposition. Die POCH lancierte in verschiedenen Kantonen politische Initiativen und versuchten, der Debatte eine klassenkämpferische Richtung zu geben. Die Nationale Aktion und die Republikaner engagierten sich in der Überparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA).

Als Ende März 1975 mit den Aushubarbeiten für das AKW Kaiseraugst begonnen wurde, organisierte die GAK eine Besetzung des Baugeländes, nachdem sie schon zwischen Weihnachten und Neujahr 1973/74 einen «Probe-Hock» auf dem Baugelände durchgeführt hatte. Die Besetzung mobilisierte die ganze Region, eine Volksbewegung entstand. In Bern demonstrierten am 26. April 1975 bis zu 15000 Menschen gegen Atomkraftwerke. Ursprünglich war die Besetzung des Geländes bis zum 14. Juni 1975 geplant. Nachdem aber der Bundesrat einen vierwöchigen Baustopp und einen festen Verhandlungstermin zugesichert hatte, beschlossen die Besetzer an ihrer Vollversammlung vom 7. Juni die Räumung des Geländes. Unter den AKW-Gegnern war es während der Besetzung zu Konflikten gekommen, die im Juli 1975 zur Spaltung führten. Die Anhänger der POCH

<sup>108</sup> Kupper, Atomenergie und gesplante Gesellschaft, 145.

<sup>109</sup> Lüthi, 21-25.

<sup>110</sup> Ebd., 21.

und der RML bildeten die Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GAGAK). Durch diese Spaltung ging die einheitliche Stossrichtung der Anti-AKW-Bewegung verloren. Trotzdem war die Besetzung ein Signal für die Politik und die Öffentlichkeit. Der starke Rückhalt, den die Besetzer in der Region fanden, machte klar, «dass es sich bei der AKW-Opposition nicht um marginale Grüppchen von Idealisten und Chaoten handelte, sondern um eine von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragene Bewegung.»<sup>111</sup>

Da die Verhandlungen mit dem Bundesrat für die Atomkraft-Gegner keinen durchschlagenden Erfolg brachten, lancierte im Juli 1975 ein breit abgestütztes Komitee, dem auch die GAK angehörte, eine seit Monaten vorbereitete Initiative «zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» (Atominitiative). Einen ersten Erfolg erzielte die Initiative bereits vor der Abstimmung: Das Parlament revidierte 1978 das Atomgesetz von 1959, welches in der neuen Fassung einen Bedarfs- und Entsorgungsnachweis sowie ein Einwendungsrecht vorsah.

Die GAGAK ihrerseits startete eine Petition für einen vierjährigen AKW-Baustopp. Danach geriet die Anti-Atomkraft-Bewegung in eine Krise. Die Spaltung der Bewegung, das mässige Ergebnis der Verhandlungsgespräche mit dem Bundesrat und die allgemeine Ermüdung nach den anstrengenden Monaten der Besetzung wirkten sich demobilisierend aus. Auch die Diskussion um die Endlagerung der radioaktiven Abfälle, die 1976 einsetzte, bewirkte keine erneute Mobilisierung. Erst das Jahr 1977 brachte mit dem Pfingstmarsch nach Gösgen die Wende. Am 12. Juni wurde die basel-städtische Atomschutzinitiative mit 75% Ja-Stimmen deutlich angenommen. Ende Juni und anfangs Juli folgten die Besetzungsversuche von Gösgen.<sup>112</sup> Nach dem Scheitern der Besetzungsversuche geriet die Bewegung in eine neue Krise, die Inbetriebnahme des AKW Gösgen konnte nicht verhindert werden, viele Leute resignierten.

Schon bald nach seiner Wahl in den Bundesrat im Dezember 1973 kam Willi Ritschard zur Einsicht, dass angesichts der Energieprobleme, die sich durch den Widerstand gegen die Atomkraftwerke oder durch die Ölkrise akzentuierten, nur eine Auslegeordnung und ein Gesamtkonzept Klarheit bringen konnte. Möglicherweise hatte die schon 1972 eingesetzte Eidgenössische Kommission zur Erarbeitung einer Verkehrskonzeption ihn in seinem Plan bestärkt. Eine Gesamtenergiekonzeption war zuvor auch schon von Umweltverbänden gefordert worden. Im Frühling 1974 fragte Ritschard den Verwaltungs-

<sup>111</sup> Kupper, Kein blinder Widerstand, 235.

<sup>112</sup> Vgl. Kapitel 6.5.2.



ratspräsidenten der Atel und der Motor Columbus AG, den durch seine vielfältigen Engagements in der Energiewirtschaft als «Energie-Papst» bekannten Michael Kohn, ob er bereit wäre, an einer Gesamtenergiekonzeption mitzuarbeiten und das Präsidium der dafür einzusetzenden Kommission zu übernehmen. Ritschard kannte ihn aus seiner Zeit als Vizepräsident des Atel-Verwaltungsrates und war mit ihm befreundet. Kohn lehnte zuerst mit dem Hinweis ab, er sei ein Mann der Elektrizitätswirtschaft und kein Allrounder. Ritschard erwiderte ihm, es gebe in der schweizerischen Praxis den Allround-Energiemann gar nicht. Er suche Spezialisten, die sich zu Generalisten entwickeln könnten. Kohn nahm daraufhin das Angebot an.<sup>113</sup> Vizepräsidentin der Kommission wurde die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr. In der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) nahmen neben Politikern auch Vertreter der Energiewirtschaft, der Forschung und Umweltschützer Einsitz. Die Zusammensetzung der Kommission wurde von der Anti-AKW-Bewegung kritisiert. Sie bemängelte die Untervertretung der Ökologie und den Umstand, dass mit Kohn ein Vertreter der Elektrizitäts- und Atomwirtschaft statt einer neutralen Persönlichkeit zum Präsidenten gemacht wurde.

Die Kommission gab im Lauf ihrer Arbeit eine Vielzahl von Studien über wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte, Umweltschutz, Energieproduktion und Energiepolitik in Auftrag.<sup>114</sup> Der Schlussbericht der Kommission wurde Ende 1978 fertig gestellt. Er bekräftigte, dass die Energieversorgung eine lebenswichtige Dienstleistung für Wirtschaft und Gesellschaft sei. Deshalb habe sie ausreichend, wirtschaftlich und umweltschonend zu sein. Um das zu erreichen forderte die Kommission drei Dinge: Energiesparen, Forschen und die Substitution von Erdöl. Dazu stellte sie folgende Thesen auf:<sup>115</sup>

«Energie ist nicht gleich Elektrizität.» Während sie beim Gesamtenergiebedarf ein reduziertes Wachstum von unter 2% pro Jahr veranschlagte, schätzte sie den Zuwachs beim Elektrizitätskonsum auf rund 3%.

«Die Kernenergie ist verwendungswürdig.» Das GEK-Konzept verlangte allerdings nicht soviel Atomenergie wie möglich, sondern sowenig wie nötig.

«Marktkräfte ergänzen, nicht ersetzen.» Der Staat sollte laut GEK-Bericht die Marktkräfte und die Eigeninitiative der Wirtschaft ergänzen und nicht ersetzen.

<sup>113</sup> Kohn, 28.

<sup>114</sup> Gesamtenergiekonzeption, 7.

<sup>115</sup> Kohn, 37–39.

«Diversifikation, nicht Elimination.» Eine moderne Energiepolitik sollte auf Diversifikation und nicht auf Elimination ausgerichtet sein, also sollte auch die Atomenergie ihren Platz in einem marktwirtschaftlichen Versorgungssystem haben.

Daneben erarbeitete die GEK auch vier verschiedene Szenarien, wie sich die Energiepolitik weiterentwickeln könnte.<sup>116</sup>

Das erste Szenario war eine rein marktwirtschaftliche Lösung. Der Staat sollte dabei keine Interventionen vornehmen und den Preismechanismus spielen lassen.

Eine marktwirtschaftlich-föderalistische Lösung sah das zweite Szenario vor. Da nicht alle Probleme über den Preis zu lösen sein würden, rechnete diese Variante auch mit Eingriffen des Staates. Flankierende Massnahmen sollten auf der Ebene der Kantone und Gemeinden ergriffen werden.

Das dritte Szenario war eine interventionistische Lösung. Im Gegensatz zu Szenario II sollte dabei der Bund ins Energiewesen eingreifen, falls den Postulaten Sparen, Forschen und Substituieren nicht genügend nachgelebt würde. Dieses Szenario teilte sich in verschiedene Unterszenarien auf, die sich durch die Ausgestaltung einer Energiesteuer und die Forcierung verschiedener Energieformen unterschieden.

Das vierte und letzte Szenario sah eine dirigistische Lösung vor. Mit dieser Variante sollte mittels weitgehenden staatlichen Interventionen ein Nullwachstum oder sogar eine Senkung des Energieverbrauchs angestrebt werden. Laut Michael Kohn entsprach die Energieinitiative, die 1984 zur Abstimmung kam, weitgehend diesem Szenario.<sup>117</sup>

Die GEK sah die Szenarien I und IV als nicht praktikabel an. Als politisch tragbare Optionen erachtete sie die Szenarien II und III. In diesem Rahmen sollte sich die schweizerische Energiepolitik zukünftig entwickeln.

In der Beurteilung des Erfolgs der Gesamtenergiekonzeption schieden sich die Geister. Michael Kohn bezeichnete sie 1990 als langlebig, da sie im Vergleich zur Medien- und zur Verkehrskonzeption immer noch Gültigkeit hatte. Er lobte ihre Realitätsbezogenheit und ihre Szenarientechnik, mit der auf unterschiedliche Entwicklungen im Energiebereich reagiert werden konnte.<sup>118</sup> Rudolf Strahm hingegen kritisierte, dass die Gesamtenergiekonzeption keine Antworten geliefert habe: «Aber 1986 [...] stellen sich in der Energiepolitik genau die

<sup>116</sup> Gesamtenergiekonzeption, 18–21.

<sup>117</sup> Kohn, 39.

<sup>118</sup> Ebd., 31f.

gleichen Fragen: Soll Kaiseraugst gebaut werden? Sollen Spartarife mit einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz durchgesetzt werden?»<sup>119</sup>

### *2.1.3 Tschernobyl*

Mit den Abstimmungen über die Atominitiative und das Atomgesetz und dem Unfall im amerikanischen AKW Harrisburg wurde die Anti-AKW-Bewegung Ende der 70er Jahre nochmals mobilisiert.<sup>120</sup> Sie verlor jedoch in den frühen 80er Jahren wieder an Bedeutung. Nur der Kampf gegen das AKW Kaiseraugst blieb aktuell.

Aber dann ereignete sich im April 1986 in einem AKW bei Tschernobyl in der Ukraine eine Reaktorkatastrophe, bei welcher radioaktive Stoffe freigesetzt wurden, die - als Wolke durch den Wind verbreitet - in ganz Westeuropa ihre Spuren hinterliessen. Dieses Ereignis führte zu einem erneuten Aufleben der Anti-AKW-Bewegung. Im Juni 1986 fand eine grosse Demonstration vor dem AKW Gösgen statt.<sup>121</sup> Auch wurden zwei neue Initiativen lanciert: Die NWA forderte ein zehnjähriges Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken, die SPS verlangte den Ausstieg aus der Atomenergie. 1988 wurde das Projekt des AKW Kaiseraugst endgültig zu Grabe getragen. Der Bund zahlte der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG für den Verzicht auf den Bau eine Entschädigung von 350 Millionen Franken. 1990 kamen die beiden Initiativen der NWA und der SPS zur Abstimmung. Dabei konnte die Anti-AKW-Bewegung endlich eine nationale Abstimmung gewinnen: Die Moratoriumsinitiative wurde mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Die Ausstiegsinitiative wurde mit 53% Nein-Stimmen knapp verworfen. Schliesslich wurde 1995 mit einer Entschädigungszahlung von 227 Millionen Franken auch noch das letzte AKW-Projekt, das AKW Graben, offiziell beendet.<sup>122</sup>

## *2.2 Die Energiepolitik des Kantons Solothurn*

### *2.2.1 Der Bau von Wasserkraftwerken*

Im Winter 1946/47 führten geringe Niederschläge sowie der wachsende Bedarf an elektrischer Energie zu Engpässen in der Schweizerischen Energieproduktion. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) sah sich deshalb veranlasst, den Verbrauch von elektrischer Energie gesamtschweizerisch einzuschränken. Dies hatte

<sup>119</sup> Strahm, Vom Wechseln der Räder, 50.

<sup>120</sup> Vgl. Kapitel 2.3.2.

<sup>121</sup> Vgl. Kapitel 2.3.5.

<sup>122</sup> Lüthi, 34f.

erhebliche Produktionsausfälle zur Folge. Der Kanton Solothurn war mit seiner energieintensiven Stahlindustrie, aber auch mit der Uhrenindustrie stark davon betroffen. Aus diesem Grund reichte Kantonsrat Emil Fink, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, 1947 ein Postulat ein, in welchem er den Regierungsrat aufforderte, die Nutzbarmachung der Wasserkräfte im Kantonsgebiet zu fördern. In der Begründung des Vorstosses erwähnte er unter anderem auch «das Gespenst der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht wegen Arbeitsmangel, sondern wegen Strommangel»,<sup>123</sup> eine Befürchtung, die in den 70er Jahren auch Energieminister Willi Ritschard wieder hegen sollte. Der zuständige Regierungsrat Otto Stampfli beantwortete den Vorstoss mit der Zusicherung, die Regierung werde die Strategie, sich an bestehenden Elektrizitätswerken zu beteiligen, fortsetzen und dem Kantonsrat neue Projekte unterbreiten. Er führte weiter aus, dass es nicht das Ziel der Solothurner Elektrizitätspolitik sei, eine staatliche Elektrizitätsgesellschaft zu gründen. Zu dieser Zeit hielt der Kanton kleinere Beteiligungen an der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) und der Gesellschaft des Aare- und Emmekanals (AEK). Neben diesen beiden Gesellschaften waren auch noch die Bernische Kraftwerke AG (BKW), die Elektra Birsek, die Aargauischen Elektrizitätswerke (AEW), die Elektrizitätswerke der Stadt Aarau und die Kraftwerke Wynau AG im Kanton operativ tätig. Mit Abstand der grösste Stromlieferant war die Atel. 1960 deckte sie insgesamt 56% des ganzen Elektrizitätsverbrauchs im Kanton Solothurn.<sup>124</sup> Sie betrieb in Ruppoldingen und Niedergösgen auch die beiden grössten Flusskraftwerke im Kanton. In der Nachkriegszeit wurde der grösste Teil der nutzbaren Gefällstrecken auf Solothurner Boden durch die bestehenden Kraftwerke genutzt, jedoch wurde das Potential der Gefällstrecken nicht überall voll ausgeschöpft. Diesen Mangel wollte die Atel mit neuen Kraftwerkprojekten beseitigen.

### *2.2.2 Die Atel*

Da die Atel für die Energiepolitik des Kantons Solothurn von grosser Bedeutung ist, soll in diesem Abschnitt die Geschichte dieser Gesellschaft dargestellt werden. Die Vorläuferin der Atel, die Elektrizitätswerk Olten-Aarburg AG (EWOA) wurde am 31. Oktober 1894 zum Bau und Betrieb des Wasserkraftwerks in Ruppoldingen sowie zur sicheren Stromversorgung gegründet. Nachdem die EWOA in Finanzschwierigkeiten geraten war, übernahm 1912 die Motor Columbus AG die Aktienmehrheit der Gesellschaft. Im Jahre 1936

<sup>123</sup> Motion Fink, Protokoll der Kantonsratsverhandlungen, 1948, 219, zitiert in: Arn, 13.

<sup>124</sup> Arn, 14

fusionierte die EWOA mit der Officine Elettriche Ticinese SA (Ofelti), einer anderen Tochter der Motor Columbus AG, zur Atel. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Firma lag zuerst bei der Stromproduktion. Er verlagerte sich jedoch mit der Zeit immer mehr hin zur Übertragung und dem Handel mit elektrischer Energie. Die Fusion der beiden Gesellschaften markiert aber auch den konsequenten Ausbau der Zusammenarbeit zwischen zwei Kraftwerkstypen, den so genannten Pumpspeicherwerken der Olfeti einerseits und den Laufkraftwerken der EWOA. Die durch die Laufkraftwerke produzierte Bandenergie konnte mit der Spitzenenergie der Pumpspeicherwerke kombiniert werden. Diese Zusammenschaltung war jedoch erst durch den konsequenten Ausbau der Übertragungsanlagen möglich. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute die Atel die Stromübertragungsanlagen, insbesondere der Nord-Süd-Achse über die Alpen, kontinuierlich aus. Mit der Erhöhung der Betriebsspannung der Lukmanier- und Gottshardleitung auf 225 kV, dem internationalen Standard, begann die Atel auch im internationalen Stromhandel eine wichtige Rolle zu spielen.<sup>125</sup> Auch im Geschäft mit der Stromproduktion blieb die Gesellschaft nicht untätig. Sie baute zahlreiche neue Kraftwerke, meist im Verbund mit mehreren Elektrizitätsgesellschaften. Der Vorteil dieser Partnerwerke war, dass sie eine Verteilung der finanziellen, technischen und energiewirtschaftlichen Risiken erlaubten.<sup>126</sup> Trotz eines Rückgangs der Stromexporte während des Zweiten Weltkriegs konnte die Atel ihre führende Rolle als grösster privater Elektrizitätsproduzent und -exporteur wahren. Bald nach dem Ende des Krieges schloss sie wieder Lieferverträge mit dem Ausland. Die staatliche Electricité de France (EdF), die ebenfalls eine massgebliche Beteiligung an der Motor Columbus AG hielt, entwickelte sich dabei zu einem wichtigen Partner.<sup>127</sup>

Das schnelle Wachstum hatte für die Atel zur Folge, dass Kapazitätsprobleme bei ihrem Verwaltungsgebäude in Olten auftraten. Zusammen mit der Stadt Olten und der PTT gründete sie eine Immobiliengesellschaft und baute ein neues Verwaltungs- und Postbetriebsgebäude. Dieses Gebäude verfügte zu Beginn über einige Raumreserven, die während einiger Jahren für Kunstausstellungen und andere kulturelle Zwecke genutzt wurden.<sup>128</sup> Durch dieses und auch spätere kulturelle Engagements verschaffte sich die Atel ein spezielles Ansehen in der Region Olten.

<sup>125</sup> Arn, 31f.

<sup>126</sup> Zehnmals Zehn Jahre Atel, 131.

<sup>127</sup> Arn, 32.

<sup>128</sup> Zehnmals zehn Jahre Atel, 131.



In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurde die Atel auch im Bereich der Atomenergie aktiv, indem sie sich an den geplanten AKW Kaiseraugst und Leibstadt beteiligte und die Führung des Studienkonsortiums für das AKW Gösgen übernahm.<sup>129</sup>

### *2.2.3 Die Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel 1961*

Im Januar 1960 handelte die Solothurner Regierung mit der Atel eine Vereinbarung aus, die es dem Kanton ermöglichte, seine bisher marginale finanzielle Beteiligung<sup>130</sup> an der Atel zu besonderen Konditionen auf 10% des Aktienkapitals zu erhöhen. Zudem sollte der Kanton einen zusätzlichen Sitz im zwölfköpfigen Verwaltungsrat zugesprochen erhalten. Im Gegenzug verpflichtete sich der Kanton unter anderem, die Konzessionen für die Kraftwerke Flumenthal und Boningen zu erteilen sowie diejenige für das Kraftwerk Niedergösgen um 20 Jahre zu verlängern. Markus Arn stellt in seiner Arbeit die Frage, ob die Regierung überhaupt berechtigt gewesen sei, einen solchen Vertrag abzuschliessen. Dies aus dem Grunde, weil nach dem kantonalen Wasserrechtsgesetz der Regierungsrat für die Vergabe von Konzessionen zur Nutzung der Wasserkräfte zuständig ist. Durch die personelle und finanzielle Verflechtung mit der Atel bestand deshalb die Möglichkeit eines Interessenkonfliktes.<sup>131</sup> Diese Frage wurde in den 60er Jahren jedoch nicht gestellt. Als der Vertrag 1961 vom Kantonsrat behandelt wurde, äusserte sich nur der Sozialdemokrat Manfred Fink kritisch: «Der Staat verpflichtet sich also, der Atel im Kanton eine Monopolstellung zu verschaffen. Man könnte hier eher von einer Einflussnahme der Atel auf den Kanton statt umgekehrt sprechen. Sicher ist jedenfalls, dass der Kanton Solothurn mit der Übernahme eines Elfels des Aktienkapitals der Aare-Tessin AG auf diese Gesellschaft einen nur sehr mittelbaren Einfluss erhält, andererseits die AG eine Monopolstellung für die Elektrizitätswirtschaft im Kanton Solothurn mit Hilfe des gleichen Staates erringt.»<sup>132</sup> Die übrigen Sprecher standen dem Geschäft alle positiv gegenüber, wobei Gottfried Kaiser, ein anderer Sozialdemokrat, bemerkte: «Es handelt sich bei der Vorlage um ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Wer allerdings den grösseren Nutzen daraus zieht, kann im Moment nicht gesagt werden, da zu viele Unbekannte darin eine Rolle spielen.»<sup>133</sup> Die Volksabstimmung über dieses Geschäft warf keine grossen

<sup>129</sup> Zehnmale zehn Jahre Atel, 144.

<sup>130</sup> Die Beteiligung des Kantons an der Atel betrug zu dieser Zeit nur 80'000 Franken.

<sup>131</sup> Arn, 47f.

<sup>132</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1961, 102f.

<sup>133</sup> Ebd. 1961, 101.



Wellen, die Vorlage wurde bei einer sehr tiefen Stimmbeteiligung von 29,2% klar angenommen.<sup>134</sup>

Einiges mehr zu diskutieren gab 1968 die Vorlage für eine erneute Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Kantons an der Atel. Vorgesehen war eine Verdoppelung des Aktienkapitals, das der Kanton hielt, von 10 auf 20 Millionen. Inzwischen hatte aber der Friede, der in der kantonalen Energiepolitik geherrscht hatte, eine Störung erfahren. Im Rahmen der zweiten Juragewässerkorrektion wurde 1965 der Bau des Regulier- und Wasserkraftwerkes Flumenthal beschlossen. In der Folge wurde im Kantonsrat von bürgerlicher Seite die Wirtschaftlichkeit dieses Werkes in Frage gestellt. Man erachtete das Werk bei einem Bau eines Atomkraftwerkes als überflüssig. Später wurde auch noch Kritik aus Naturschutzkreisen an dem Werk laut. Der Regierungsrat sah jedoch keinen Grund, die Konzession zurückzuziehen.

Im Kantonsrat äusserten sich alle Fraktionssprecher positiv zur Erhöhung der Beteiligung. Wiederum war es ein Sozialdemokrat, Rudolf Loosli, der sich als einziger kritisch zur Vorlage äusserte: «Wie kann bei einem Verhältnis von 110 Millionen zu 20 Millionen Aktienstimmen von einem vermehrten Mitspracherecht des Staates gesprochen werden?»<sup>135</sup> Bei der SP betrachtete man die Beteiligung als indirekte sozialistische Politik. Walter Kräuchi sah in der Beteiligung des Kantons einen Schritt zu den in den Parteiprogrammen stehenden Forderungen zur Einflussnahme in die private Wirtschaftssphäre. Die Atel sei «von einer freisinnigen Hochburg nicht zuletzt durch unsere Vertreter ein sozial sehr aufgeschlossenes Unternehmen geworden.»<sup>136</sup> Bedenken, die Einflussnahme könnte auch in umgekehrter Richtung verlaufen, kamen bei den Genossen nicht auf. Laut Rudolf Bachmann gab es keine grösseren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanton und der Atel: «Es gab zu meiner Zeit keine heiklen Situationen, in denen die Interessen der Elektrizitätsindustrie gegen diejenigen des Kantons gestanden hätten. Man musste immer schauen, dass sich die Atel und die Gemeinden bei den Strompreisen einig wurden. Die Atel hatte natürlich ein Interesse, möglichst viel Gewinn zu machen, da mussten wir bisweilen dämpfend eingreifen. Aber sonst war man sich im Verwaltungsrat weitgehend einig.»<sup>137</sup>

Trotz der Unterstützung durch die traditionellen Parteien wurde die zweite Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel vom Volk am 23. Juni 1968 deutlich abgelehnt. Im Vorfeld der Abstimmung

<sup>134</sup> Arn, 57.

<sup>135</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1968, 143.

<sup>136</sup> Protokoll der KR-Fraktion, 23. April 1968.

<sup>137</sup> Interview mit Rudolf Bachmann, A63.

hatte sich ein Gegnerkomitee gebildet, und auch der im Kanton Solothurn neu auftretende LdU hatte sich für ein Nein stark gemacht. Neben der Kritik an den Investitionskosten für die Beteiligungserhöhung dürften auch die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung und die Auseinandersetzungen um das Kraftwerk Flumenthal für das deutliche Nein ausschlaggebend gewesen sein.<sup>138</sup>

#### *2.2.4 Die Interpellation Kräuchi:*

##### *Ein moralischer Anspruch auf ein AKW?*

Am 26. April 1967 reichte Walter Kräuchi zusammen mit 22 Mitunterzeichnern der SP-Fraktion eine Interpellation über die Planung und den Bau von Atomkraftwerken mit folgendem Wortlaut ein:

«Die Konzessionserteilung der Regierung zum Bau des Kraftwerks Flumenthal wurde nachträglich in der Öffentlichkeit zum Teil kritisiert. Es wurde darauf hingewiesen, speziell auch aus Kreisen des Naturschutzes, dass beim heutigen Stand der Technik der Bau von Atomkraftwerken zweckmässiger sei.

Der Kanton Aargau und der Kanton Bern haben den Bau von Atomkraftwerken an der Aare beschlossen. Wie aus der Presse zu erfahren war, beabsichtigt die Atel, an welcher der Kanton Solothurn beteiligt ist, am Bau eines Atomkraftwerkes in Kaiseraugst (Aargau) mitzuwirken.

Wäre es unter den gegebenen Verhältnissen nicht zweckmässiger und finanzpolitisch von grosser Bedeutung, den Bau eines Atomkraftwerkes im Kanton Solothurn zu befürworten? Die Regierung wird deshalb um folgende Antworten gebeten:

1. Befürwortet die Solothurner Regierung den Bau eines Atomkraftwerkes im Kanton Solothurn?
2. Hat die Solothurner Regierung ihren Einfluss für eine koordinierte Planung von Atomkraftwerken eingesetzt und die bedeutenden Interessen des Kantons Solothurn in der neuen Phase des Kraftwerkbaues gewahrt?»<sup>139</sup>

In der Begründung seiner Interpellation sprach Kräuchi davon, dass man, nachdem die verantwortbare Nutzung der Wasser weitgehend erreicht sei, eigentlich zu ölbefeuerten thermischen Kraftwerken hätte Zuflucht nehmen müssen. Ein Atomkraftwerk bringe aber mehr Vorteile: «Bei verhältnismässig kleinem Landbedarf erzeugt es riesige Quantitäten Strom zu sehr billigen Preisen und bringt Beschäftigung für qualifizierte Arbeitskräfte. Ein Atomkraft-

<sup>138</sup> Arn, 61–63.

<sup>139</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1967, 232f.

werk erzeugt keinen Lärm, verunreinigt die Luft und das Wasser nicht. Besonders auch aus Kreisen des Naturschutzes wurde der Bau von Atomkraftwerken, im Gegensatz zu Laufwerken, sehr begrüsst. Die Sicherheitsfaktoren sind heute technisch völlig geklärt. Ein Atomkraftwerk könnte nach amerikanischer Auffassung ohne Gefahr inmitten einer Grossstadt erstellt werden. Was zu einem Atomkraftwerk gehört, ist ein wasserreicher Fluss, weil das Werk grosse Mengen von Kühlwasser benötigt. Der Kanton Solothurn wäre mit der Aare als Standort zum Bau eines Atomkraftwerkes äusserst geeignet. Es muss daher verwundern, dass die Atel, an der unser Kanton mit 10% des Aktienkapitals beteiligt ist, Pläne entwickelt, um am Grenzfluss Rhein ein Atomkraftwerk zu erstellen, wenn sie im eigenen Kanton wenigstens gleichwertige, vermutlich jedoch günstigere Voraussetzungen vorfände.»<sup>140</sup> Aus dieser Begründung wird ersichtlich, dass zu dieser Zeit Atomkraftwerke von Naturschutzkreisen noch als positiv beurteilt wurden, da man den Bau von ölthermischen Anlagen verhindern wollte. Dass Kräuchi die Sicherheitsfaktoren als technisch völlig geklärt bezeichnete, zeigt, dass man sich noch nicht grosse Vorstellungen darüber machte, wo mögliche Risiken lagen.

Willi Ritschard bat Kräuchi am 30. Mai in einer ersten Stellungnahme um etwas Geduld, da der Regierungsrat gerade in Verhandlungen mit der Atel sei. Der Interpellant war mit diesem Vorgehen einverstanden. Ritschard beantwortete den Vorstoss am 27. Juni wie folgt: «Als wir vor etwa 2 Jahren zum ersten Male von diesem Projekt hörten, haben wir im Verwaltungsrat sofort den Wunsch ausgesprochen, es möchte geprüft werden, ob nicht im Kanton Solothurn ein Standort für ein solches Werk gefunden werden könnte. Die Gründe für einen solchen Wunsch sind naheliegende. Es handelt sich um eine Investition von einigen hundert Millionen Franken, deren Ausführung an sich zu einer Belebung der kantonalen Volkswirtschaft führen könnte. Dazu wird der Arbeitsmarkt durch den Betrieb eines Atomkraftwerks nicht besonders stark belastet. Die Belegschaft würde 70 bis 80 Mann betragen[...].» Er wies auch darauf hin, dass die zu erwartenden Steuereinnahme Balsam für die Staatsfinanzen wären. In Bezug auf die geplante schrittweise Erhöhung der Beteiligung des Kantons an der Atel auf 30% meinte er: «Diese grosse Beteiligung gibt uns [...] zwar nicht einen Rechts-, aber doch einen moralischen Anspruch darauf, dass der Kanton Solothurn bei der zukünftigen Entwicklung der Atel in erster Linie berücksichtigt wird.»<sup>141</sup> Die Antwort von Willi Ritschard zeigt ganz klar, dass der

<sup>140</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1967, 306–309.

<sup>141</sup> Ebd., 429–432.

Regierungsrat ebenfalls ein Interesse daran hatte, dass die Atel ihr AKW auf Solothurner Gebiet baut, und er sich dementsprechend im Verwaltungsrat der Atel für sein Anliegen einsetzte.

#### *2.2.5 Das AKW Gösgen wird gebaut*

Gegen Ende 1969 erschienen in verschiedenen Zeitungen Notizen über die Absicht der Atel, in absehbarer Zeit in Gösgen ein AKW zu bauen. Dazu wurde ein Studienkonsortium unter der Führung der Atel gebildet. Zuvor war das Projekt im Stillen ausgearbeitet worden. Der Grund dafür war, dass eine Studie der Motor Columbus AG, die die beiden Standorte Kaiseraugst und Gösgen untersuchte, für Gösgen vorteilhaft ausgefallen war. Um nicht Zweifel am Projekt Kaiseraugst aufkommen zu lassen, verzichtete man auf die Publikation dieser Studie. Die Atel wurde dadurch bestärkt, in Gösgen eine Alternative zu Kaiseraugst zu sehen. Dies wiederum störte das Verhältnis der Atel zu ihrer Muttergesellschaft Motor Columbus AG.<sup>142</sup> Im Juli 1970 reichte die Atel das Gesuch für die Standortbewilligung für ein AKW in Gösgen ein. In der Folge wurden die Gemeindevertreter über das Projekt informiert und das Gesuch für die Kühlwasserentnahme aus der Aare wurde publiziert. Für den Bau des AKW Gösgen wurde 1973 die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) gegründet. Hauptaktionärin war die Atel, weitere Beteiligung hielten die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW), die Stadt Zürich, die Einwohnergemeinde der Stadt Bern und die SBB.

#### *Der Widerstand der Gruppe «Pro Niederamt»*

Als einzige Gemeinde des Niederamtes sprach sich Schönenwerd vorbehaltlos gegen den Standort des geplanten Werkes aus. Die anderen Gemeinden stimmten zu, wenn auch mit gewissen Bedenken. Zur gleichen Zeit wurden aber auch Befürchtungen gehegt, die Aare, respektive der Rhein, würden sich durch die bestehenden und geplanten Werke mit Flusswasserkühlung zu stark erwärmen. 1971 erliess deshalb der Bund ein Verbot zur weiteren Entnahme von Kühlwasser aus Flüssen. Im Niederamt glaubte man deshalb, das Projekt Gösgen sei damit gestorben. Jedoch wurde ein Jahr darauf ein Projekt vorgestellt, bei dem die Kühlung durch einen Kühlturm erfolgen sollte. Gerade dieser Kühlturm provozierte Widerstand und weckte Ängste in der Bevölkerung. SP-Fraktionspräsident Erwin Grob reichte deshalb im Juni 1972 im Kantonsrat eine Interpellation mit zwei Fragen ein:

<sup>142</sup> Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, 74f.

1. «Welche Massnahmen können getroffen werden und welche Möglichkeiten bestehen, um die Umwelt vor Schäden durch das Kernkraftwerk und den Ausstoss des Kühlturmes zu schützen?»
2. «In welcher Art und Weise kann der Kühlturm gebaut werden, um die Landschaft in ihrer Natürlichkeit und Unversehrtheit möglichst zu erhalten?»<sup>143</sup>

In seiner Antwort führte Regierungsrat Hans Erzer aus: «Zu Ziffer 1. Massnahmen und Möglichkeiten zur Vermeidung von Schäden und Immissionen: Das Bewilligungsverfahren für ein KKW ist durch Bundesrecht geregelt. Strenge, nach wissenschaftlichen Kriterien (medizinisch, biologisch, radiologisch) aufgestellte Grenzwerte der Strahlung müssen eingehalten werden.»<sup>144</sup> Zur zweiten Fragen meinte er, dass dieses Ziel kaum zu erreichen sei. Man könne bei Gösgen aber auch nicht von einer unversehrten und natürlichen Landschaft sprechen. Weiter habe ein Kühlturm auch etwas Ästhetisches. Grob zeigte sich von der Antwort befriedigt.<sup>145</sup>

Gleichzeitig zum neuen Projekt mit Kühlturm wurden in den Gemeinden Däniken und Gretzenbach, auf deren Boden das Werk zu stehen kommen sollte, Zonenpläne erstellt, in denen das entsprechende Land als Industrie- und Energiezone ausgeschieden wurde. Gegen diese Zonenpläne erhob die Nachbargemeinde Obergösgen Einspruch, der Gemeinderat zog ihn jedoch kurze Zeit später überraschend wieder zurück. Der AKW-kritische Verein «Pro Niederramt» mutmasste, die Atel habe die Gemeinde unter Druck gesetzt. Eine strafrechtliche Untersuchung wegen Nötigung verlief im Sand, obwohl es Anhaltspunkte gab, dass Druck ausgeübt worden war. Josef Kyburz, der Ammann von Obergösgen, meinte, man habe mit der Einsprache die Gemeinde Däniken dazu bewegen wollen, dass sie dem freiwilligen Steuerverteilschlüssel zustimme. Däniken sollte jährlich über drei Millionen Franken Steuereinnahmen von der KKG erhalten, und davon wollte hätte auch Obergösgen profitieren wollen.<sup>146</sup> Ende Oktober 1972 erteilte der Bund die Standortbewilligung für das AKW Gösgen, und im November wurde das Baugesuch aufgelegt. Dagegen wurden verschiedene Einsprachen erhoben. Däniken lehnte sie alle ab und erteilte im Januar 1973 die Baubewilligung. Obwohl die Einsprachen weitergezogen worden und noch hängig waren, begannen im Juni 1973 die Baumaschinen mit ihrer Arbeit. Als Reaktion darauf reichten verschiedene bürgerliche Politiker Vorstösse im Kantonsrat

<sup>143</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1972, 625.

<sup>144</sup> Ebd., 957.

<sup>145</sup> Ebd., 958.

<sup>146</sup> Boos, 89–93.



ein, um Auskunft über die Vorgänge zu erhalten. Regierungsrat Hans Erzer meinte auf den Vorwurf, das Bewilligungsverfahren sei überstürzt gewesen: «Wenn eine Baukommission zur Erledigung von 30 Einsprachen 15 Sitzungen abhält und sich mit den Einwendungen auf mehr als 60 Schreibmaschinenseiten auseinandersetzt, kann man bei korrekter und sachlicher Beurteilung nicht von einem überstürzten Verfahren sprechen.»<sup>147</sup>

Zu Beginn kam der Widerstand gegen das AKW Gösgen von bürgerlichen Politikern. Hans Roth meint dazu: «Danach kam der Kühlturm und damit die Opposition vor allem auch von den Freisinnigen. Die bekamen dann Angst um die Liegenschaftspreise ihrer Häuser, wenn da plötzlich ein Turm davor steht. Die Aktion «Pro Niederamt» wurde vorwiegend durch Freisinnige getragen, weniger durch unsere Kreise. Das hing natürlich auch mit Willi Ritschard zusammen.»<sup>148</sup>

Die «Pro Niederamt» versuchte weiter, auf allen politischen Ebenen zu intervenieren. Jedoch liessen sich weder die Bundesbehörden noch der Kanton Solothurn auf eine Diskussion ein. Deshalb lancierte die «Pro Niederamt» eine Initiative zur Absetzung des Regierungsrats, was nach Solothurner Verfassung möglich war. Das Volksbegehren war vor allem gegen Regierungsrat Willi Ritschard gerichtet, den Vize-Verwaltungsratspräsidenten der Atel. Als Reaktion darauf verabschiedete der Parteitag der SPSO am 17. November 1973 eine Resolution zum Kernkraftwerk Gösgen: «Die Sozialdemokratie ist überzeugt, dass weder vorbehaltlose Wachstumsfeindlichkeit noch vorbehaltloses Wachstumsdenken zum Ziele führen. Die Güterherstellung und der Konsum müssen möglichst zugunsten der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Durchsetzung einer humaneren Arbeitswelt zurücktreten. In diesen Rahmen ist auch die Energieproduktion zu stellen.»<sup>149</sup> Vom Bund wurde eine Gesamtenergiekonzeption gefordert. Zudem wurde die Frage gestellt, «ob anstelle der Errichtung von das Landschaftsbild störenden Kühlvorrichtungen die überschüssige Wärme nicht einer Verwertung zugeführt werden könnte.»<sup>150</sup> Die Initiative der «Pro Niederamt» wurde als untaugliches Mittel abgelehnt.

Mit der Wahl von Willi Ritschard im Dezember 1973 in den Bundesrat verlor die Abberufungsinitiative an politischer Kraft, da ihr nun das Hauptziel fehlte. Die gleichzeitig einsetzende Ölkrise brachte den Widerstand gegen das AKW vorläufig zum Erliegen. Angst um

<sup>147</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1973, 183–203.

<sup>148</sup> Interview mit Hans Roth, A55.

<sup>149</sup> Solothurner AZ, 19. November 1973.

<sup>150</sup> Ebd.



den Arbeitsplatz breitete sich aus, die Bürger scheuten sich, die Abberufungsinitiative zu unterschreiben, weil sie fürchteten, man erfahre, wer unterschrieben habe. Die Initiative kam in der Folge nicht zustande.

### *Die Besetzungsversuche von Gösgen*

1977 wurde die Opposition gegen das AKW Gösgen erneut aktiv. Es wurde die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Solothurn (UeBA) gegründet, um die erste Atominitiative und die Petition für einen vierjährigen Baustopp aller AKWs in der Schweiz zu unterstützen. Ende Mai 1977 fand ein Pfingstmarsch statt, an dem über 10 000 Personen teilnahmen und der auf dem Gelände des AKW endete. An dieser Veranstaltung wurde über die Vorbereitung einer Besetzung diskutiert. Um die Besetzung zu koordinieren, gründete man in der darauf folgenden Woche das Schweizerische Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen (SAG). Der Kopf des SAG war der Basler Lehrer André Froideveaux, ein Mitglied der RML. Der erste Besetzungsversuch fand am Samstag, dem 25. Juni, statt. Die über 2000 AKW-Gegner zogen von Olten aus nach Däniken, wo sie versuchten, die Zufahrtswege zum Baugelände gewaltlos zu blockieren. Zuvor hatten die Solothurner Kantonsschullehrer vom Regierungsrat ein faktisches Demonstrationsverbot erhalten,<sup>151</sup> und einige Schulpräsidenten hatten Lehrern mit der Nicht-Wiederwahl gedroht, falls sie an den Besetzungsversuchen teilnehmen würden.<sup>152</sup> Die Solothurner Regierung wollte die Besetzung unter allen Umständen verhindern, da man keine Situation wie in Kaiseraugst entstehen lassen wollte. Da die Kantonspolizei alleine nicht in der Lage war, die Besetzung zu verhindern, gelangte Polizeidirektor Gottfried Wyss an den Bundesrat, um von den anderen Kantonen Unterstützung zu erhalten.

Als die Besetzer in Däniken angelangt waren, sahen sie sich deshalb etwa 1000 hochgerüsteten Polizisten gegenüber. Nach mehrmaligen Aufforderungen der Polizei an die Demonstranten, sich zurückzuziehen, räumte die Polizei die Zufahrtswege mit Wasserwerfern und zwei Tränengaseinsätzen. Es kam zu Steinwürfen auf die Polizisten von Seiten der Besetzer. Das Kommando der Besetzer distanzierte sich von solchen Aktionen und forderte einen Gewaltverzicht. Auf beiden Seiten gab es einige Leichtverletzte. Zu reden gab die Frage, ob die Polizei Tränengas oder Giftgas eingesetzt hatte. Dies wegen den bei mehreren Besetzern aufgetretenen Hautentzündungen und

<sup>151</sup> Interview mit Hans Roth, A55.

<sup>152</sup> Leserbrief von Arno Oppliger. In: Solothurner AZ, 7. Juli 1977.

-verätzungen. Die Besetzer werteten die Aktion als Erfolg und beschlossen am nächsten Tag, am darauf folgenden Samstag einen erneuten Versuch zu starten. Das SAG nutzte die Woche zwischen den zwei Besetzungsversuchen, um weitere Personen für ihr Anliegen zu mobilisieren. Es verteilte Flugblätter und organisierte in verschiedenen Städten Demonstrationen.<sup>153</sup> Diese Mobilisierung war erfolgreich, am 2. Juli marschierte ein Demonstrationzug von etwa 6000 Besetzern nach Däniken. Dieses Mal versuchten die Besetzer die Zufahrtswege an drei verschiedenen Stellen zu blockieren. Als der Demonstrationzug unterwegs war, forderte Polizeidirektor Gottfried Wyss die Besetzer auf, keine illegalen Aktionen durchzuführen. Er fand damit aber kein Gehör: «Beim <Schäfer> in Dulliken traf ich sie an und sagte ihnen mit dem Megaphon, dass das Demonstrationsrecht gewährleistet sei, wir aber gegen eine Besetzung einschreiten müssten. Darauf wurden Bierflaschen gegen das Auto geworfen.»<sup>154</sup> Die Demonstranten besetzten die Zufahrtswege in Dulliken, beim Postzentrum Däniken und beim Bahnhof Däniken und errichteten dort Barrikaden. Nachdem die Polizei die Besetzer am Nachmittag hatte gewähren lassen, ging sie am Abend zuerst gegen die Besetzung beim Postzentrum und danach gegen diejenige beim Bahnhof Däniken mit Tränengas, Wasserwerfern und erstmals auch Gummigeschossen vor. Auf dem Bahnhof Däniken wäre es dabei fast zu einem schweren Zwischenfall gekommen. Während Leute auf der Flucht vor den Tränengasschwaden die Geleise überquerten, fuhr ein Schnellzug mit kaum gedrosselter Geschwindigkeit durch den Bahnhof. Glücklicherweise ging das Ganze glimpflich aus, niemand wurde verletzt. Die Polizei hatte vorgängig die SBB vergeblich ersucht, die Züge während des Einsatzes zu stoppen.

In Dulliken verzichtete die Polizei auf einen Einsatz. Die Besetzer verbrachten dort die Nacht und zogen am Sonntag gegen Mittag ab.

Auf beiden Seiten hatte es erneut einige Leichtverletzte gegeben. Die Polizei präsentierte an ihrer Pressekonferenz Waffen, die sie bei den Demonstranten beschlagnahmt hatte, darunter einen Revolver (ohne Munition), eine Stahlkette, Stahlkugeln, Stellmesser und einen Molotowcocktail. Nach dem zweiten Besetzungsversuch wurde André Froideveaux für kurze Zeit festgenommen. Im März 1978 wurden fünf Mitglieder des SAG «wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamten» zu geringen Bussen verurteilt, ein Mitglied wurde freigesprochen.<sup>155</sup> Sowohl Gottfried Wyss als auch Rudolf Bachmann wiesen im Gespräch darauf hin, dass sich der Regierungsrat bemühte,

<sup>153</sup> Solothurner AZ, 27. Juni 1977.

<sup>154</sup> Interview mit Gottfried Wyss, A5.

<sup>155</sup> Boos, 96.

alles im gesetzlichen Rahmen abzuwickeln und sich keine Fehler zu Schulden lassen zu kommen. Deshalb habe man André Froideveaux auch erst nach den Besetzungsversuchen festgenommen, da vorher nichts gegen ihn vorlag.<sup>156</sup>

Die Art der Polizeieinsätze bei Gösgen stellten für die Schweiz ein Novum dar. Die Besetzer rechneten nicht damit, Polizisten in Kampfmontur mit Helm, Kampfstiefeln und Schildern gegenüberzustehen. Man empfand die Einsätze als brutal und sie erregten Aufsehen in der gesamten Schweiz. Die AKW-Gegner sahen sich in Gösgen einem «Atomstaat» gegenüber. Diesen Begriff hatte Robert Jungk mit seinem gleichnamigen Buch geprägt.<sup>157</sup> In der Frage, ob bei den Polizeieinsätzen neben Tränengas auch Giftgas eingesetzt worden war, bestätigte ein Experte, dass keine unbekannten Kampfstoffe verwendet worden waren – die verwendeten Stoffe fielen alle unter die Bezeichnung Tränengas.<sup>158</sup> Die Besetzer kamen vielfach von auswärts und waren nicht in erster Linie Ortsansässige. Die einheimische Bevölkerung sympathisierte zwar mit den Besetzern und verurteilte die Polizeieinsätze, engagierte sich aber nicht im aktiven Widerstand. In einer Isopublic-Umfrage sprach sich im August 1977 die Bevölkerung des Niederramtes zu 76% für die Inbetriebnahme des AKW Gösgen aus.<sup>159</sup>

### *Pressereaktionen*

Am Tag vor dem ersten Besetzungsversuch erschien in der «Solothurner AZ» ein grosser Artikel, in dem eine mögliche Konfrontation thematisiert wurde. Im Kommentar zum Artikel schrieb Bruno Schäfer: «Was uns aber Angst macht, sind die Informationen über die Vorbereitungen. Sie könnten ein Pulverfass darstellen, in das morgen Samstag nur noch der Funke springen muss.»<sup>160</sup> Nach erfolgter Auseinandersetzung bezeichnete die «Solothurner AZ» den Polizeieinsatz als brutal. Sie gab jedoch den Besetzern zu bedenken, dass ihr Widerstand den Atomkraftwerken gelte und nicht den Polizisten, und sprach sich für eine friedliche und demokratische Problemlösung aus.<sup>161</sup> Der zweiten Auseinandersetzung widmete die «Solothurner AZ» drei Seiten. In einem Kommentar bezeichnete die Redaktion das Vorgehen der Polizei als «zu energi(e)schen Einsatz».<sup>162</sup> Sie relativierte die Polizei-

<sup>156</sup> Interview mit Gottfried Wyss, A6.

<sup>157</sup> Jungk.

<sup>158</sup> Solothurner AZ, 14. Juli 1977.

<sup>159</sup> Solothurner AZ, 27. August 1977.

<sup>160</sup> Solothurner AZ, 24. Juni 1977.

<sup>161</sup> Solothurner AZ, 27. Juni 1977.

<sup>162</sup> Solothurner AZ, 4. Juli 1977.

berichte über das von der Polizei sichergestellte Waffenarsenal: «Eine (1) Stahlkugel unter 6000 Leuten – ein Beispiel für was? Für eine Rechtfertigung? Wo doch nur das Recht verteidigt wurde?»<sup>163</sup> Gottfried Wyss war nach Ansicht der «Solothurner AZ» nicht zu beneiden, allein in seinem BMW mit Chauffeur habe er es mit Zureden versucht, habe aber bei den Besetzern kein Gehör gefunden.

Das freisinnige «Oltner Tagblatt» (OT) widmete dem ersten Polizeieinsatz sowie dem Demonstrationzug einen ausführlichen Bericht. Auf einen Kommentar zum Geschehen wurde verzichtet.<sup>164</sup> Im Kommentar zum zweiten Besetzungsversuch wurde der Polizeieinsatz als «konsequent aber korrekt»<sup>165</sup> bezeichnet. Den AKW-Gegnern wurde vorgeworfen, die Auseinandersetzungen bewusst in Kauf genommen zu haben, um eine Solidarisierung der betroffenen Bevölkerung mit ihrer Bewegung zu erreichen. Aber auch die Bundesbehörden wurden vom «OT» kritisiert. Zu lange habe Bern das Problem der fehlenden Mitsprache der Niederämter ignoriert. Das Volk solle nun möglichst bald über die Atominitiative und das revidierte Atomgesetz abstimmen können.<sup>166</sup>

Der Berichterstatter der freisinnigen «Solothurner Zeitung» (SZ) bezeichnete die Polizeieinsätze als hart und in ihrer Wirkung teilweise brutal.<sup>167</sup> Kommentator Jörg Kiefer wies auf einzelne Fehler der Polizei hin (Einsatz von Hunden bei der Räumung, Wurf einer Tränengasgranate in eine Gruppe von Journalisten), betonte aber auch, dass sich die Bevölkerung des Niederamtes nicht mit den Besetzern solidarisiert habe, sondern sich vielmehr von solchen Aktionen distanzieren.<sup>168</sup>

Der Berichterstattung über die Auseinandersetzungen räumten die konservativen «Solothurner Nachrichten» (SN) weniger Platz ein als die anderen Solothurner Zeitungen. Auch sie beurteilten das Vorgehen der Polizei als richtig. Weiter forderten sie eine politische Auseinandersetzung um die AKW und dass «eine «Unité de doctrine» über das Wieviel, das Wo, das Wann gefunden werde.»<sup>169</sup>

Der sozialdemokratische «Freie Aargauer» titelte nach dem zweiten Besetzungsversuch «Grosserfolg für A-Werk-Gegner»,<sup>170</sup> weil diesmal über 6000 Personen teilgenommen hatten. Der Polizei wurde

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> OT, 27. Juni 1977.

<sup>165</sup> OT, 4. Juli 1977.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> SZ, 27. Juni 1977.

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> SN, 4. Juli 1977.

<sup>170</sup> Freier Aargauer, 4. Juli 1977.

vorgeworfen, sie sei der Situation nicht gewachsen gewesen und habe es an Fingerspitzengefühl fehlen lassen. Hanspeter Eggenberger beschrieb das Auftreten der fünf Solothurner Regierungsräte an der Pressekonferenz als arrogant und dem «Problem Gösgen» nicht angemessen.<sup>171</sup>

Der Kommentator des freisinnigen «Aargauer Tagblatts» sah im Tränengas und den Wasserwerfern die «einigermassen angemessene Antwort auf die Provokation des Rechtsstaates durch eine anonyme Masse, die sich mit Besetzungsabsichten trägt.»<sup>172</sup>

Das ebenfalls freisinnige «Badener Tagblatt» sah in der «Schlacht von Gösgen» nicht nur eine Niederlage der Besetzer, sondern auch einen «massiven Verlust an Glaubwürdigkeit» der Atomkraftwerkgegner.<sup>173</sup> Gewonnen hätten linksextreme Gruppierungen und ein kleines Grüppchen von Anarchisten.

In den bürgerlichen Blättern wurde den Besetzern die Gewaltlosigkeit meist abgesprochen, da sie aggressiv und ungesetzlich gehandelt hätten.

Die «Basler AZ» hingegen beschrieb den Polizeieinsatz als «Bürgerkrieg, wenn auch nur von einer Seite geführt.»<sup>174</sup>

Ende September 1978 erteilte Willi Ritschard als Vorsteher des EVED die Inbetriebnahmebewilligung für das AKW Gösgen. Nach einem Probetrieb nahm das Werk am 30. Oktober 1979 den kommerziellen Betrieb auf.<sup>175</sup>

### *Die Spanienreise der Solothurner Regierung*

Erst im Frühling 1983 geriet der Kanton Solothurn im Zusammenhang mit dem AKW Gösgen wieder in die Schlagzeilen. «Korrumpierte Solothurner Regierungsräte?» titelte die «Solothurner AZ» am 18. Mai 1983. Was war geschehen? Zu ihrem zehnjährigen Bestehen hatte die KKG eine Studienreise nach Spanien mit der Besichtigung des AKW von Trillo veranstaltet. Eingeladen waren die gesamte Solothurner Regierung, Bundesrat Willi Ritschard und noch weitere Vertreter von anderen Kantonsregierungen, insgesamt etwa 60 Personen. Die Solothurner Regierungsräte wie auch Willi Ritschard leisteten der Einladung zusammen mit ihren Gattinnen Folge. Nach ihrer Rückkehr eröffnete Rudolf Montanari, der solothurnische Staatsanwalt, eine Untersuchung gegen die Regierung wegen unerlaubter Annahme von

<sup>171</sup> Ebd.

<sup>172</sup> Aargauer Tagblatt, 27. Juni 1977.

<sup>173</sup> Badener Tagblatt, 4. Juli 1977.

<sup>174</sup> Basler AZ, 27. Juni 1977.

<sup>175</sup> Boos, 97-98.



Geschenken.<sup>176</sup> Fritz H. Dinkelmann forderte darauf in der «Solothurner AZ» den Rücktritt der Regierung: «Ein Regierungsrat verdient im Jahr rund 130 000 Franken. Das Volk zahlt seine Regierungsräte gut für ihre Arbeit. Wir sollten uns eine andere Regierung leisten, eine anständige, eine, die sich nicht korrumpieren lässt und sich die Ferien vom AKW Gösgen bezahlen lässt.» Er wandte sich auch an den Bundesrat: «Willi Ritschard, Du warst auch dabei. Erklär Dich!»<sup>177</sup> Tags darauf forderten auch die POCH und die UeBA den Rücktritt der Regierung. Verschiedene SP-Vertreter empfanden das Verhalten der Regierung als verwerflich. Ständerat Walter Weber bezeichnete die Spanienreise als «eine unverantwortliche ‹Kalberei› dem Volk gegenüber.»<sup>178</sup> Hingegen nahm Gottfried Kaiser, der Präsident der Kantonalpartei, die Regierungsräte in Schutz.<sup>179</sup> Der Regierungsrat, FDP und CVP, sowie die bürgerliche Presse kritisierten den Staatsanwalt und die Untersuchungsrichter. Sie warfen ihnen vor, unverhältnismässig gehandelt, die Angelegenheit aufgebauscht und unnötigerweise die Öffentlichkeit gesucht zu haben. Landammann Walter Bürgi meinte dazu vor dem Kantonsrat: «Es bestand nach unserem Dafürhalten kein Grund, in diesem Ermittlungsverfahren gegen den Regierungsrat zwei Untersuchungsrichter und die Polizei einzusetzen. Wir hätten den Untersuchungsbehörden, wenn sie uns telefonisch oder schriftlich angefragt hätten, alle Unterlagen zu dieser Reise ohne weiteres geliefert. Die Untersuchungsbehörden haben in diesem Fall den Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht beachtet. Sie haben von Anfang an die Publizität gesucht, obwohl sie zur Diskretion und Verschwiegenheit verpflichtet sind.»<sup>180</sup>

Brisant war in diesem Zusammenhang, dass der Solothurner Staatsanwalt bereits in einer anderen Sache, der so genannten «HWV-Affäre», gegen die Regierung ermittelte. Der Rektor der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) Olten hatte Geld veruntreut, und der Regierungsrat hatte die Angelegenheit in Eigenregie geregelt, indem der Rektor kündigen musste und ihm ein Teil des Lohnes abgezogen wurde. Die Regierung verzichtete dafür auf eine Strafanzeige und verweigerte die Herausgabe der betreffenden Akten an das Untersuchungsrichteramt Olten. Deshalb verklagte der LdU den Solothurner Regierungsrat vor dem Amtsgericht Solothurn-Lebern wegen Begünstigung. Auf den weiteren Verlauf dieses Verfahrens werde ich später noch eingehen.

<sup>176</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1983, 470–474.

<sup>177</sup> Solothurner AZ, 18. Mai 1983.

<sup>178</sup> Solothurner AZ, 18. Oktober 1983.

<sup>179</sup> Solothurner AZ, 20. Mai 1983.

<sup>180</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1983, 473.



Am 26. Mai 1983 befasste sich der Kantonsrat mit der Angelegenheit der Spanienreise. In ihren Fraktionserklärungen äusserten sich die Parteien unterschiedlich. Der Sprecher der FdP sah die Spanienreise im Rahmen der üblichen Wirtschaftskontakte der Regierung und wollte sie nicht verurteilen. Er sorgte sich vielmehr darum, dass alle fünf Regierungsräte zusammen im Ausland waren und auch denselben Flug genommen hatten. Den grössten Teil seiner Fraktionserklärung widmete er den Untersuchungsbehörden, welchen er Unverhältnismässigkeit und Verfahrensfehler unterstellte.<sup>181</sup> Otto Goetschi von der CVP kritisierte den Regierungsrat, meinte aber auch: «Wenn wir den Regierungsrat schon tadeln, dann müssen wir auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter verurteilen. Mit ihren Methoden haben sie jegliches Mass der Unverhältnismässigkeit verloren.»<sup>182</sup> Als «Gedankenlos und ungeschickt» bezeichnete SP-Fraktionspräsident Walter Weber jun. das Verhalten der Regierung. Politisch und psychologisch hätten die Exekutivmitglieder «die Grenze des Vertretbaren überschritten». Weiter meinte er: «Nicht nur Zurückhaltung, sondern klarer Verzicht aufgrund von politischem Fingerspitzengefühl wäre in einem solchen Fall angezeigt. Da gibt die Zuflucht zur Bezeichnung «Informationsreise» und die Tatsache, dass der Staat Atel-Teilhaber ist, für die rechtliche Seite vielleicht eine ausreichende, für die politische aber kaum eine Entschuldigung ab.» Er zog jedoch auch das Verhalten der Untersuchungsbehörden in Zweifel: «Grosse Zweifel hingegen betreffen die Frage der Angemessenheit ihres Einsatzes und die Würde ihres Verhaltens gegenüber den Betroffenen. Wenn sich die Vorfälle, wie sie weitervermittelt wurden, wirklich so abgespielt haben – dann muss auch hier von Unangemessenheit und Fehlverhalten gesprochen werden.»<sup>183</sup> Ein Antrag auf eine Diskussion wurde abgelehnt. Die Mehrheit des Kantonsrats war der Meinung, eine Diskussion würde nichts zur Klärung der Situation beitragen und noch mehr Emotionen erzeugen.<sup>184</sup> Die SP-Fraktion wurde von der «AZ»<sup>185</sup> und später auch von Jean-Maurice Lätt<sup>186</sup> für ihre Haltung in dieser Frage kritisiert. Walter Weber führt diese Kritik darauf zurück, dass eine Passage der Fraktionserklärung von der «AZ» falsch aufgefasst und deshalb falsch wiedergegeben wurde. Die GL machte etwas später die leicht gekürzte Fraktionserklärung zur Parteierklärung, ohne dass jemand dagegen protestierte.<sup>187</sup>

<sup>181</sup> Ebd., 534–535.

<sup>182</sup> Ebd., 537.

<sup>183</sup> Ebd., 537f.

<sup>184</sup> Ebd., 540.

<sup>185</sup> Solothurner AZ, 27. Mai 1983.

<sup>186</sup> Lätt, 306.

<sup>187</sup> Interview mit Walter Weber jun., A16f.

Damit war die politische Auseinandersetzung um die Spanienreise abgeschlossen. In der Gerichtsverhandlung im Januar 1984 stellten sich die Regierungsräte auf den Standpunkt, sie seien skeptisch gegenüber dem Bau von Kaiseraugst und Graben, sowie ablehnend gegenüber Nagra-Bohrungen im Kanton Solothurn. Eine Beeinflussung von Seiten der KKG habe also nicht stattgefunden. Alfred Rötheli erklärte stellvertretend für die gesamte Regierung: «Wir würden die Reise nicht mehr machen, allerdings nicht aus strafrechtlichen, sondern aus politischen Gründen.»<sup>188</sup> Gerichtspräsident Urs Bannwart hielt fest, dass es sich bei der Reise um ein Geschenk gehandelt habe, verbunden auch mit der Absicht, bei den politischen Behörden Goodwill zu schaffen. Er sprach die Regierungsräte jedoch frei, weil ihnen nicht nachzuweisen sei, «dass sie das Geschenk bewusst und willentlich» angenommen hätten, um sich in Zukunft erkenntlich zu zeigen. Er billigte ihnen volle Integrität zu: «Hätten die Beschuldigten eine Beeinflussung erkannt, wären sie ihr nicht erlegen.» Laut Bannwart fehlte somit der für eine Verurteilung notwendige Vorsatz.<sup>189</sup>

Die Ermittlungen in der «HWV-Affäre» zogen sich um einiges länger hin, sodass der Prozess erst im Dezember 1984 stattfand. In diesem Gerichtsverfahren wurden vier der fünf Regierungsräte wegen Begünstigung zu Geldstrafen verurteilt. Einzig Alfred Rötheli wurde freigesprochen, weil er gegen den entsprechenden Beschluss, keine Strafanzeige einzureichen, gestimmt hatte.<sup>190</sup> Erziehungsdirektor Fritz Schneider, der als Hauptverantwortlicher zu einer höheren Geldstrafe verurteilt wurde als die andern drei Regierungsräte, bezeichnete das Urteil als «gelinde gesagt strafrechtlich unverständlich.»<sup>191</sup> Sowohl er als auch die FdP erachteten das Urteil für das Kollegialitätsprinzip als problematisch, da nicht alle Regierungsräte gleich behandelt worden waren und weil es eine geteilte Verantwortung postuliere.<sup>192</sup> Die SP erklärte in einer Stellungnahme zum Urteil, dass dadurch sicher keine Staatskrise entstehe, dass aber auch kein Anlass zur Verharmlosung bestünde. Sie wies im Zusammenhang mit den bevorstehenden Regierungsratswahlen auch darauf hin, dass die SP mit zwei neuen Regierungsräten beitragen möchte, verloren gegangenes Vertrauen in die politischen Institutionen wieder herzustellen.<sup>193</sup>

<sup>188</sup> Solothurner AZ, 6. Januar 1984.

<sup>189</sup> Ebd.

<sup>190</sup> Solothurner AZ, 17. Dezember 1984.

<sup>191</sup> Ebd.

<sup>192</sup> Ebd.

<sup>193</sup> Solothurner AZ, 20. Dezember 1984.

Das Urteil wurde vors Obergericht und später vors Bundesgericht weitergezogen. Beide Gerichte erliessen den vier Regierungsräten die Strafe, da sie sich «begründet im Irrtum» befunden hatten. Dies, weil ihre Auffassung, weitere Zeugenaussagen und die Aktenherausgabe zu verweigern, um ihrem Verzicht auf Strafanzeige eine absolute Wirkung zu verleihen, von verschiedenen verwaltungsinternen Juristen gestützt worden war.<sup>194</sup>

### *Die Initiative «Gösgen stilllegen»*

Als Reaktion auf den Unfall von Tschernobyl begannen junge, parteipolitisch unabhängige Leute Unterschriften zu sammeln für eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut: «Den eidgenössischen Räten wird hiermit beantragt, dem Kernkraftwerk Gösgen die Rahmen- und Betriebsbewilligung zu entziehen, d.h. es sofort stillzulegen.»<sup>195</sup> Die Initiative kam mit 4220 gültigen Unterschriften zustande und wurde am 3. Juni 1987 bei der Staatskanzlei eingereicht. Der Regierungsrat empfahl dem Kantonsrat die Initiative zur Ablehnung, weil für Atomfragen in erster Linie der Bund zuständig sei, zur Kernenergie zur Zeit keine Alternativen bestünden und eine Stilllegung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben würde. Im Kantonsrat stellte Hans König von der SP den Antrag, die Initiative dem Volk ohne Empfehlung vorzulegen, wie dies schon bei der Standesinitiative zur Überprüfung der N5 geschehen war. Er stiess jedoch bei den beiden bürgerlichen Fraktionen auf taube Ohren. Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen-Fraktion für Zustimmung zur Initiative. Eine Minderheit der SP-Fraktion, die für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie war, setzte sich für ein Ja zur Initiative ein. Die Mehrheit hingegen enthielt sich in der Schlussabstimmung der Stimme, da sie der Meinung war, mit der Stilllegung des AKW Gösgen würden die Energieprobleme nicht gelöst, zudem müssten vorher andere AKW abgestellt werden.<sup>196</sup>

Die GL der SPSO lud zwei der Initianten zu einer Sitzung ein, um die grundsätzlichen Fragen bezüglich der Initiative zu klären. Esther Wüthrich vom Initiativkomitee erklärte: «Sie möchten etwas provozieren, quasi eine Strommangel-Krise hervorrufen. Das bringt wirkliche Änderungen.»<sup>197</sup> Ständerat Walter Weber äusserte sich erfreut darüber, dass junge Leute die Initiative ergriffen hätten. Er wies aber

<sup>194</sup> Solothurner AZ, 4. Juni 1986.

<sup>195</sup> Unterlagen AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO), Zeitraum 1986–1988. Signatur Ar 201.109.

<sup>196</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1987, 992–1000.

<sup>197</sup> Protokoll der GL der SPSO, 17. August 1987.

darauf hin, dass die Partei auch eine gewisse Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit habe, und bedauerte, «dass die SP erst jetzt angefragt wird, wenn sie mithelfen oder finanzieren muss.»<sup>198</sup> In der GL setzte sich niemand für eine Ja-Parole ein, man sicherte den Initianten jedoch zu, sie in anderer Form zu unterstützen. An ihrer nächsten Sitzung beschloss die GL, den Initianten einen Auftritt am Parteitag und in den Sektionen zu ermöglichen. Zudem wurden ihnen über die Jungsozialisten 1000 Franken gespendet.<sup>199</sup>

Trotz eines aktiven und mit verschiedenen Aktionen wie Filmvorführungen, Marktständen und Strassentheater geführten Wahlkampfes, wurde die Initiative in der Abstimmung vom 6. Dezember 1987 mit 73% Nein-Stimmen deutlich verworfen.<sup>200</sup>

## *2.3 Atomenergiepolitik der SPSO*

### *2.3.1 Die Haltung der SPSO zum AKW Gösgen*

Wie schon im vorangegangenen Kapitel gezeigt, waren auf politischer Ebene zwei Sozialdemokraten, Walter Kräuchi und vor allem Willi Ritschard, für die Realisierung des AKW Gösgen verantwortlich. Sie erhofften sich zusätzliche Steuereinnahmen durch das Werk und volkswirtschaftliche Impulse durch dessen Bau. Zudem sahen sie im Bau eines AKW einen Beitrag zum Naturschutz, da so auf die Errichtung von ölthermischen Kraftwerke verzichtet werden konnte. Durch den grossen Einfluss, den Ritschard in der Kantonalpartei hatte, deren Präsident er von 1972 bis 1974 war, kamen in der SPSO bis Mitte 70er Jahre kaum kritische Stimmen zur Atomenergie auf. Otto Stich, Vorgänger Ritschards als Präsident der Kantonalpartei, meint: «Unsere Partei war zu dieser Zeit noch ganz klar für die Atomenergie, weil man das Gefühl hatte, dies sei eine saubere Energie. Über die Probleme der Endlagerung usw. machte man sich damals noch keine allzu grossen Sorgen.»<sup>201</sup> Fraktionspräsident Erwin Grob reichte zwar 1972 eine Interpellation ein, in der er Auskunft über die Massnahmen zum Umwelt- und Landschaftsschutz beim Bau des AKW Gösgen verlangte. Er gab sich jedoch mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden, der erklärte, dass diese Massnahmen durch Bundesrecht geregelt seien. Als bürgerliche Vertreter ein Jahr später Vorstösse einreichten, die Fragen zur Bewilligungspraxis für

<sup>198</sup> Ebd.

<sup>199</sup> Protokoll der GL der SPSO, 22. September 1987.

<sup>200</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Olten 1987.

<sup>201</sup> Interview von Markus Arn mit Otto Stich vom 21. August 2001, Arn, 83.

das AKW stellten, meinte die SP-Bezirkspartei Olten, «dass unseres Erachtens der Zug in dieser Angelegenheit abgefahren ist, die Möglichkeit, entscheidend zu intervenieren, ist vorbei.»<sup>202</sup> Sie warf den bürgerlichen Parteien vor, mit diesem Thema Wahlkampf für die bevorstehenden Kantonsratswahlen zu betreiben. «Unsere Auffassung ist, dass der Bau des AKW Gösgen kein politischer Entscheid ist. Es ist eine Entscheidung, die jeder selber mit bestem Wissen und Gewissen fällen muss. Dass unser geschätzter Genosse Willi Ritschard im Verwaltungsrat der Atel vertreten ist, hat keinen Zusammenhang zur SP. Er ist in diesem Gremium als Vertreter des Staates tätig. Dass von gewisser Seite versucht wird, Willi Ritschard als Befürworter des Atomkraftwerkes abzustempeln und dies gleichzeitig auch auf die SP zu übertragen, empfinden wir als eine Provokation.»<sup>203</sup> Dazu ist zu bemerken, dass der Bau des AKW Gösgen sehr wohl ein politischer Entscheid war, da sich sowohl der Kantonsrat wie auch der Regierungsrat für den Bau eingesetzt hatten. Auch hatte die SP ein Interesse daran, mit einem ihrer Regierungsräte im Atel-Verwaltungsrat vertreten zu sein. Nach der Wahl Ritschards in den Bundesrat sprach sich die GL der SPSO klar dafür aus, dass das Verwaltungsratsmandat vom Finanz- zum Volkswirtschaftsdepartement wechseln sollte. So wurde Rudolf Bachmann, der andere SP-Regierungsrat, neuer Vizepräsident des Atel-Verwaltungsrates.<sup>204</sup> Willi Ritschard war ein klarer Befürworter des Baus des AKW Gösgen. In der Partei hegten einzelne Personen möglicherweise Bedenken, es profilierte sich jedoch niemand als Gegner des Werkes.<sup>205</sup>

Ende 1973 reichte AZ-Redaktor Kurt Troxler, der Jüngste der SP-Kantonsratsfraktion, eine Motion ein, in der er verlangte, dass der Kanton eine Standesinitiative zur Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption lanciere. Diese Gesamtenergiekonzeption sollte «der Suche nach andern Produktionsmethoden als mit Kernkraft oder Erdöl Raum einzuräumen» und sowohl den Kantonen als auch der Bevölkerung der vom Standort einer Energieproduktionsanlage betroffenen Region ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht einräumen.<sup>206</sup> Troxler meinte in der Begründung der Motion, er wolle keine offenen Türen einrennen. «Ich weiss, dass auf schweizerischer Ebene verschiedene Bestrebungen zur Schaffung einer Gesamtenergiekonzeption im Gange sind. Es geht vielmehr darum, dass dieses Parlament die Konsequenz aus den Beteuerungen an die Adresse der

<sup>202</sup> Solothurner AZ, 13. April 1973.

<sup>203</sup> Ebd.

<sup>204</sup> Protokoll der GL der SPSO, 26. April 1974.

<sup>205</sup> Interview mit Walter Weber sen., A26 und Interview mit Ernst Leuenberger, A35.

<sup>206</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1973, 1138f.



Opponenten gegen das KKW Gösgen-Däniken aus staatspolitischen Gründen zieht. Wenn man sich darauf bezieht, dass Politik machbar sein muss, dann soll dieses Parlament auch das Machbare machen. Mit andern Worten: Entweder akzeptieren der Solothurner Kantonsrat und die Regierung, dass nach dem Atomenergiegesetz alle Kompetenzen für ein Kernkraftwerk beim Bund liegen und der Kanton nur Erfüllungsgehilfe sein kann, oder sie akzeptieren es eben nicht.»<sup>207</sup>

Regierungsrat Hans Erzer beurteilte das Mitspracherecht als vernünftig und gut. «Aber man kann vom Bundesrat doch nicht verlangen, dass er gleichzeitig mit der Konzeption auch noch das Rezept liefert, um diese Konzeption wieder zu blockieren, dass er gewissermassen mit dem Papier auch noch das Zündhölzchen liefert, um das Papier anzuzünden!»<sup>208</sup>

Bürgerliche Kantonsräte wiesen ebenfalls auf den Widerspruch in der Motion hin, dass gleichzeitig ein Gesamtkonzept und eine Mitbestimmung gefordert würden, und forderten Troxler auf, die Motion zurückzuziehen. Er meinte dazu: «Ich ziehe meine Motion nicht zurück, und zwar nicht etwa deshalb, weil es mir um alles oder nichts geht, sondern weil einmal darüber befunden werden sollte, ob wir überhaupt etwas zu sagen haben wollen oder nicht.»<sup>209</sup> Er war jedoch bereit, das Mitbestimmungsrecht zu streichen. Die Motion hatte trotzdem keinen Erfolg, sie wurde gegen die Stimmen der SP abgelehnt.

In der Folge wurde das Thema Atomenergie in der Partei kaum mehr diskutiert. Es finden sich keine Hinweise in den Protokollen, die ich studiert habe. Dies änderte sich erst im Frühsommer 1977 wieder.

### *Die Besetzungsversuche und ihre Folgen*

Im Vorfeld des Pfingstmarsches wurde die GL von den Organisatoren um eine Mitbeteiligung angegangen. Sie beschloss, die Forderungen, die einen Baustopp von vier Jahren für alle Atomanlagen und einen Verzicht auf das AKW Kaiseraugst vorsahen, zu unterstützen, verzichtete jedoch auf eine aktive Teilnahme.<sup>210</sup>

Nach dem ersten Besetzungsversuch billigte die SP-Kantonalratsfraktion das Vorgehen der Regierung in Gösgen. Kritisiert wurde die Berichterstattung in der «Solothurner AZ». Man fand, sie habe zu stark für die AKW-Gegner Stellung bezogen. Die Fraktion forderte,

<sup>207</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1974, 118.

<sup>208</sup> Ebd., 120.

<sup>209</sup> Ebd., 124.

<sup>210</sup> Protokoll der GL SPSO, 19. April 1977.

dass die GL korrigierend eingreifen sollte.<sup>211</sup> Am gleichen Tag gab Fraktionspräsident Rudolf Ruch in der GL-Sitzung bekannt, dass die Kantonalratsfraktion einen Einbezug der Partei in der AKW-Frage wünsche. Ständerat Walter Weber wies auf die Resolution der SPS hin, die ein vierjähriges Moratorium forderte, und meinte, dass die SPSO keine andere Haltung einnehmen könne. Martin Straumann zeigte sich besorgt über die Art der Auseinandersetzung und verlangte eine Stellungnahme der Partei, in der die Sorge über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Diese Stellungnahme wurde von der GL mehrheitlich beschlossen und lautete wie folgt: «Die Art der Auseinandersetzung in Gösigen/Däniken gibt zu ernster Besorgnis Anlass. Die Machtdemonstrationen lassen die Frage der Verhältnismässigkeit aufkommen. Es ist offensichtlich, dass der eingeschlagene Weg der Konfrontation keine Probleme löst, sondern neue schafft. Die Beteiligten sind aufgerufen, alles zu vermeiden, was Aggressionen schüren könnte. Die SP des Kantons Solothurn setzt sich mit legalen Mitteln nachdrücklich ein, eine Gesetzgebung über Kernkraftwerke zu fördern, die den Schutz des Bürgers gewährleistet.»<sup>212</sup>

Im Vergleich dazu nahm die SP Basel-Stadt eindeutig zu Gunsten der Besetzer Stellung: «Mit Empörung hat die Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt vom massiven Polizeieinsatz gegen die gewaltfreie Aktion von Atomkraftgegnern auf den Zufahrtswegen zum AKW-Gelände Kenntnis genommen.» Insbesondere wurde auch die eigene Regierung kritisiert: «Besonders befremdet hat die SP Basel-Stadt, dass auch die Regierung unseres Kantons ein Polizeikontingent nach Gösigen gesandt hat.» Und weiter: «Nach der deutlichen Verwerfung einer finanziellen Beteiligung am AKW-Projekt Gösigen und nach der massiven Annahme der Atomschutzinitiative versteht die Basler Bevölkerung die Haltung unserer Regierung nicht.»<sup>213</sup>

Die Rolle des Polizeidirektors Gottfried Wyss wurde zu dieser Zeit in der Kantonalpartei noch nicht diskutiert. Auch die «AZ», die in den folgenden Jahren heftige Kritik an den Regierungsräten üben sollte, äusserte sich zu Wyss nicht negativ. Durch sein Auftreten vor den Besetzern und seinen Aufforderungen, auf die Besetzungsversuche zu verzichten, personifizierte jedoch viele Wyss mit den Polizeieinsätzen und machten ihn dafür verantwortlich. Dies, obwohl die operative Verantwortung dafür beim Kommandanten der Kantonspolizei, Jules Huggenberger, lag und der gesamte Regierungsrat sich im Vorgehen einig war.

<sup>211</sup> Protokoll der KR-Fraktion, 28. Juni 1977.

<sup>212</sup> Protokoll der GL SPSO, 28. Juni 1977.

<sup>213</sup> Basler AZ, 30. Juni 1977.

Aufgrund der Ereignisse in Gösgen und der Forderung der Fraktion, die ganze Partei in die AKW-Frage miteinzubeziehen, begann die GL mit der Organisation eines Parteitags zum Thema Energie im kommenden Frühling.<sup>214</sup> Am Parteitag vom 7. September 1977 wurde beschlossen, vor dem Energie-Parteitag die Meinung der Sektionen zu diesem Thema einzuholen. Der Parteitag stellte sich weiter hinter das von der SPS geforderte vierjährige Moratorium. Das AKW Gösgen sollte dabei nur ausgenommen werden, wenn die Sicherheits- und Katastrophenpläne in ausreichendem Masse vorlägen.<sup>215</sup>

Für den Energie-Parteitag vom 2. März 1978 wurden drei Referenten eingeladen: Elmar Ledergerber als Präsident der SPS-Arbeitsgruppe Energie, Dr. Eduard Kiener, Direktor der eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft, und Dr. Benno Hardmeier, Sekretär der Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Ledergerber stellte in seinem Referat das Energiepapier der SPS vor. Das Papier setzte seinen Schwerpunkt nicht auf die Atomenergie, sondern forderte vor allem eine bessere Nutzungstechnik und die Verwendung inländischer, regenerierbarer Energien, insbesondere die Entwicklung einer Erdwärmetechnologie, Wärmeentnahmen aus Wasser und Luft und die Sonnenenergie. Ledergerber vertrat die Auffassung, der Bedarf an Elektrizität sei nach Inbetriebnahme von Gösgen und Leibstadt, nach der Modernisierung der bestehenden Wasserkraftwerke und der zu erwartenden Wärmekoppelungstechniken bis zur Jahrhundertwende gedeckt. Kiener verwies in seinem Votum auf den Zwischenbericht der Gesamtenergiekonzeption. Es gehe einmal darum, den Anteil Erdöl an der Schweizerischen Energieversorgung herabzusetzen und dabei von den Realitäten auszugehen. Er stellte fest, dass verschiedenen Techniken noch zu entwickeln seien. Wie das SPS-Papier setzte auch Kiener auf das Sparen durch bessere Isolationen und auf verbesserte Nutzungstechnik, sah aber Atomkraftwerke als ein wohl notwendiges Übel an. Hardmeier stellte fest, dass der SGB grundsätzlich mit dem Energiepapier der SPS einig gehe. Einige Differenzen bestünden allerdings, die aber zum Teil taktischer Natur seien. Er wies darauf hin, dass das Vollbeschäftigungsproblem von interessierter Seite heraufgespielt werde, gestand aber ein, dass man die gesamte Energiefrage auch in diesem Kontext sehen müsse. Anschliessend wurden in einer ausgedehnten Diskussion verschiedene Fragen diskutiert, die sich einerseits mit möglichen Alternativenergien, andererseits mit den

<sup>214</sup> Protokoll der GL SPSO, 17. August 1977.

<sup>215</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 7. September 1977.

Fragen bezüglich der Atomkraftwerke und der Beseitigung des Atom-  
mülls befassten.<sup>216</sup>

### *2.3.2 Die Atominitiative, der Unfall von Harrisburg und das Atomgesetz*

Am 18. Februar 1979 kam die «Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atom-  
anlagen», allgemein als Atominitiative bekannt, zur Abstimmung. Diese Initiative war 1975 von der Anti-AKW-Bewegung lanciert worden, weil sie nach dem damals geltenden Recht über keine demokratischen Rechte im Kampf gegen AKW verfügte. Sie verlangte für die Bewilligung von neuen AKW ein Konzessionssystem einzuführen. Das Parlament sollte darüber befinden, wem es erlaubt, ein AKW zu betreiben. Auch sollten die jeweiligen Standortkantone sowie deren Nachbarkantone dem Atomprojekt zustimmen müssen. Mit der Annahme der Initiative wäre auch die Haftungsfrage neu geregelt worden, die AKW-Betreiber hätten dann unbeschränkt gehaftet.<sup>217</sup> Bundesrat Willi Ritschard setzte sich vehement gegen die Atominitiative ein und kam so in den Konflikt mit der eigenen Partei, da die SPS die Ja-Parole beschlossen hatte. Zur Kritik diverser Sektionen an seinem grossen Engagement gegen die Initiative meinte er: «Ich bin Energieminister dieses Landes und trage die entsprechende Verantwortung. Ausserdem bin ich Mitglied einer Kollegialbehörde und habe die Beschlüsse des Parlaments zu vertreten. [...] Dazu kommt, dass ich die Atominitiative für ungeeignet, ja sogar für gefährlich halte und somit aus innerster Überzeugung gegen sie kämpfe.»<sup>218</sup> Der letzte Satz verdeutlicht, dass er sich nicht nur wegen seiner Rolle als Bundesrat gegen die Initiative und die eigene Partei stellte, sondern auch aus persönlicher Überzeugung.

Die Atominitiative wurde mit 51,2% Nein-Stimmen abgelehnt. Eine Nachbefragung ergab, dass rund 11% der Nein-Stimmenden meinten, mit ihrem Nein gegen die Atomenergie zu votieren.<sup>219</sup>

Am 28. März 1979 ereignete sich im AKW Harrisburg<sup>220</sup> in den USA der erste schwere Unfall in einem kommerziellen AKW. Nach dem Ausfall einer Pumpe im Sekundärkreislauf kam es durch eine

<sup>216</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 2. März 1978.

<sup>217</sup> Boos, 179.

<sup>218</sup> Brief an die SP Horgen, 8. Februar 1979. BAR J I.179 (-): 05.2 Sozialdemokratische Partei.

<sup>219</sup> Boos, 180.

<sup>220</sup> Das AKW Harrisburg ist nach der Insel, auf der es gebaut wurde, auch als Three Mile Island bekannt.

Verkettung unglücklicher Umstände zu einer Katastrophe, bei der mehr als die Hälfte der Brennstäbe schmolzen. Eine Wolke mit radioaktiven Gasen entwich und verseuchte die Umgebung des Werkes.<sup>221</sup> Dieses Ereignis hatte im Solothurner Kantonsrat ein Nachspiel, es wurden verschiedene Vorstösse zum Thema Atomenergie eingereicht. SP-Kantonsrat René Mollet fragte den Regierungsrat in seiner Interpellation an, ob er bereit sei, seine energiepolitische Position zu überprüfen und seine Vorstellungen betreffend die Sicherheit des Kernkraftwerkes Gösgen zu korrigieren. Weiter stellte er Fragen, die den Informationsstand der Bevölkerung im Niederamt sowie die Evakuierungspläne betrafen. Ähnliche Fragen wurden auch in den Interpellationen der FdP und der CVP gestellt. Der wichtigste Punkt seiner Interpellation war aber die dritte Frage: «Ist der Regierungsrat bereit, beim Bundesrat und der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen den Widerruf der Inbetriebnahmebewilligung nach Artikel 9.2. des Atomgesetzes zu verlangen, bis sämtliche Ursachen und Auswirkungen des schweren Kernkraftwerkunfalles Three Mile Island abgeklärt sind?»<sup>222</sup>

Regierungsrat Hans Erzer stellte sich in seiner Antwort auf den Standpunkt, dass es Sache des Bundes sei, zu überprüfen, ob schwerwiegende Gründe vorhanden seien, die eine Rücknahme der Inbetriebnahmebewilligung erfordern. «Wir sehen nicht, aus welchen Gründen der Kanton einen Widerruf der Bewilligung verlangen soll. Gösgen ist nicht Harrisburg, Harrisburg ist nicht Gösgen!»<sup>223</sup>

Mollet empfand die Antwort des Regierungsrates als einseitig und etwas dürftig. Abschliessend hielt er fest, «dass wir als Bewohner eines Standortkantons in der Kernkraftwerkpolitik nichts mitzubestimmen haben. Das sollte uns zu denken geben.»<sup>224</sup>

Als Reaktion auf die Proteste gegen den Bau von AKWs und aus der Einsicht, dass das bestehende Atomgesetz aus dem Jahre 1959 den Ansprüchen nicht mehr genüge, liess Bundesrat Ritschard eine Revision des Atomgesetzes ausarbeiten. Neu vorgesehen waren im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Bedarfs- und ein Entsorgungsnachweis sowie ein Einwendungsrecht, von dem jede Person Gebrauch machen konnte. Von diesem Einwendungsrecht machten die Gegner der Projekte von Kaiseraugst und Graben in den 80er Jahren regen Gebrauch. Das Parlament verabschiedete das neue Atomgesetz 1978. Da aber linke Gruppierungen die Revision als ungenügend erachteten und deshalb das Referendum dagegen ergriffen, fand drei

<sup>221</sup> Boos, 52.

<sup>222</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1979, 364.

<sup>223</sup> Ebd., 553.

<sup>224</sup> Ebd., 624.



Monate nach der Verwerfung der Atominitiative eine erneute Abstimmung über die Atomenergie statt.<sup>225</sup> Das revidierte Atomgesetz wurde 68,8% Ja-Stimmen deutlich angenommen und trat am 1. Juli 1979 in Kraft.

### 2.3.3 Die Initiative «Demokratie in Atomfragen»

Zu Beginn des Jahres 1980 arbeitete die GL der SPSO eine Initiative mit dem Titel «Demokratie in Atomfragen» aus. Ziel des Begehrens war es, die Regierung zu zwingen, alle Vernehmlassungen aus der Atomgesetzgebung dem Volk zu unterbreiten. Ein weiterer Zweck war nach Walter Steinmann auch, «für jene etwas zu tun, die nicht traditionsgemäss zu uns gehören.»<sup>226</sup> An ihrer nächsten Sitzung beschloss die GL auf Anregung von Benno Straumann, einen Ausschuss «Energiefragen» einzusetzen. Man war der Meinung, dass ein solcher Ausschuss für die Partei sehr wichtig sei.<sup>227</sup> Bemerkenswert dabei ist, dass man diesen Schritt erst machte, als die wesentlichen Weichenstellungen in Sachen Energiepolitik im Kanton schon vollzogen worden waren.

Am 27. August 1980 wurde die Initiative «Demokratie in Atomfragen» mit 4687 gültigen Unterschriften eingereicht. Parteisekretär Hanspeter Mathys bezeichnete im Jahresbericht Initiativen als für die Partei in mehrfacher Hinsicht sehr positive Instrumente: «Abgesehen vom Hauptzweck, eine Verfassungs- bzw. Gesetzesänderung zu erreichen, ist eine Initiative ein gutes Mittel zur parteiinternen Mobilisierung.»<sup>228</sup>

Im Kantonsrat wurde die vorberatende Kommission damit beauftragt, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Fraktionspräsident Rudolf Ruch meinte dazu: «Das Anliegen unserer Initiative ist und bleibt des Volkes Sache. Die bürgerlichen Parteien werden sich angesichts des Widerstandes gegen Kaiseraugst und des wohl noch bevorstehenden Kampfes gegen das Werk Graben genau überlegen müssen, ob sie einen wässrigen Gegenvorschlag ausarbeiten wollen, um alles beim alten zu lassen.»<sup>229</sup>

Ein Jahr später lagen zwei Gegenvorschläge vor. Der eine forderte, dass der Kantonsrat bei der Behandlung der Vernehmlassungen zur Atomgesetzgebung miteinbezogen werde, der andere sah ein fakultatives Referendum vor. Da die SP eine Mitsprache des Volkes verlangte und ein fakultatives Referendum nach der damaligen Solothurner Ver-

<sup>225</sup> Kupper, Kein blinder Widerstand, 236.

<sup>226</sup> Protokoll der GL der SPSO, 24. Januar 1980.

<sup>227</sup> Protokoll der GL der SPSO, 10. März 1980.

<sup>228</sup> Jahresbericht SPSO 1980, 3.

<sup>229</sup> Jahresbericht der KR-Fraktion 1981.

fassung nicht möglich war, lehnte sie beide Gegenvorschläge ab und sprach sich für ein Ja zur Initiative aus. Die CVP lehnte die Initiative im Rat ab, setzte sich aber für einen Gegenvorschlag ein, während die FdP zusammen mit der Regierung beides ablehnte. Daraus resultierte, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen wurde.<sup>230</sup> Das Abstimmungsergebnis wurde zu einem Achtungserfolg für die SP. Die Initiative wurde zwar abgelehnt, mit 45% Ja-Stimmen aber konnte die Partei erheblich mehr Leute mobilisieren als üblicherweise bei Wahlen. Für Hanspeter Mathys zeigte das Resultat jedoch auch, «dass die Mobilisierung nicht mehr ausschliesslich über unsere Parteisektionen erfolgen kann, sondern dass wir dort, wo wir mit anderen Gruppierungen (Bürgerinitiativen) gemeinsame bestimmte Ziele erreichen wollen, unsere Berührungspunkte ablegen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen müssen.»<sup>231</sup>

#### *2.3.4 Die Atominitiative II und die Energieinitiative*

1980 wurde auf eidgenössischer Ebene die «Volksinitiative für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», auch Atominitiative II genannt, lanciert. Sie wandte sich hauptsächlich gegen den Bau neuer AKWs und gegen die Erneuerung bereits bestehender Werke. Gleichzeitig wurde auch die Energieinitiative eingereicht, die eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung forderte. Wie die SPS unterstützte die SPSO die beiden Initiativen. Auf dem Parteitag vom 29. Juni 1984 wurde ohne Diskussion die Ja-Parole beschlossen. In einem Pressecommuniqué führte die SPSO ihren Standpunkt aus: «Bei sparsamer Verwendung der Elektrizität kann auf weitere Atomkraftwerke nach Leibstadt verzichtet werden. Die geplanten Atomkraftwerke Kaiseraugst und Graben sind überflüssig. Ein Ja zur Atominitiative verhindert sie.» Und zur Energieinitiative: «Die Energieinitiative gibt dem Bund die Verfassungsgrundlage, den sparsamen, rationellen Einsatz der Energie zu fördern, die Diversifikation voranzutreiben, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden und zukunftsgerichtete Technologie zu unterstützen.»<sup>232</sup> Vom Volk wurden die beiden Begehren jedoch mit 55%, resp. 54% Nein-Stimmen abgelehnt.<sup>233</sup>

<sup>230</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1982, 78–83.

<sup>231</sup> Jahresbericht SPSO 1982, 2.

<sup>232</sup> Solothurner AZ, 1. Juli 1984.

<sup>233</sup> Boos, 192.

### 2.3.5 Die Reaktion auf Tschernobyl

Der schwere Reaktorunfall, der sich am 26. April 1986 im AKW von Tschernobyl ereignete, verunsicherte auch die Bevölkerung in der Schweiz. Wie schon der Unfall in Harrisburg untergrub dieses Ereignis das Vertrauen in die Sicherheit der Atomanlagen. Obwohl von Expertenseite auf die Unterschiede bezüglich Reaktortyp und Sicherheitsmassnahmen zwischen dem Unfallreaktor und den Schweizer Reaktoren hingewiesen wurde, erhielt die Anti-AKW-Bewegung durch dieses Ereignis starken Auftrieb.<sup>234</sup> Als Reaktion auf den Unfall wurden im Kantonsrat verschiedene Vorstösse eingereicht. Während die FdP in ihrer Interpellation Fragen über die Notfallplanung und die Sicherheitsmassnahmen stellte, forderten die SP und die neu im Kantonsrat vertretenen Grünen, dass der Regierungsrat seine Energiepolitik aufs Sparen und auf eine sinnvolle Verwendung der verfügbaren, erneuerbaren Energieträger aufbaue. Die SP reichte auch eine Motion für eine Standesinitiative ein, um auf den Bau der AKWs von Kaiseraugst und Graben zu verzichten. Das Resultat der Debatte fasste Fraktionspräsident Hans Roth wie folgt zusammen: «Dabei zeigte sich, wie hilflos man in solothurnischen Landen solchen Ereignissen gegenübersteht: die Dringlichkeit der Tschernobylvorstösse wurde abgelehnt, weil die Regierung mehr Zeit zur eingehenden Abklärung der gestellten Fragen braucht! Dabei wäre es doch gerade darum gegangen, die Ängste der Bevölkerung aufzunehmen – auch wenn man keine endgültigen Antworten geben kann. Diese «endgültigen Antworten» und auch die «grundsätzliche Diskussion über Energiepolitik» kamen dann natürlich auch in der nächsten Session nicht. Der einzige konkrete Vorschlag, unsere Motion für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie, wurde massiv abgelehnt.»<sup>235</sup>

Am 21. Juni 1986 veranstalteten die Anti-AKW-Organisationen zusammen eine nationale Demonstration vor dem AKW Gösgen, an welcher über 30'000 Leute teilnahmen. Die SPSO und lokale SP-Sektionen hatten zuvor auch zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen.<sup>236</sup> Die Forderungen der Demonstranten waren die Stilllegung der AKW, der Stopp des gesamten Atomprogramms sowie eine neue, umweltverträgliche Energiepolitik.<sup>237</sup> Die Veranstaltung, an der auch Otto F. Walter, Franz Hohler, Polo Hofer und Vera Kaa auftraten, verlief weitgehend friedlich, jedoch suchte eine kleine Gruppe die Konfrontation mit der Polizei, was zu einer kurzen Auseinander-

<sup>234</sup> Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz, 204f.

<sup>235</sup> Jahresbericht der KR-Fraktion 1986, 2.

<sup>236</sup> Protokoll der GL der SPSO, 18. Juni 1986.

<sup>237</sup> Solothurner AZ, 19. Juni 1986.

setzung führte.<sup>238</sup> Die Organisatoren warfen in ihrem Bericht über die Demonstration dem Regierungsrat vor, mit seinem vor dem Anlass publizierten Pressecommuniqué provoziert zu haben, würdigten aber auch die Mithilfe der Polizei bei der organisatorischen Durchführung.<sup>239</sup> Die Solothurner Regierung hatte sich in einem vorgängigen Pressecommuniqué an die Teilnehmer der Demonstration gewandt und auf verschiedene Richtlinien und Verbote im Zusammenhang mit der Veranstaltung hingewiesen: «Die Beschädigung fremden Eigentums ist zu verhindern. Die Kundgebungsteilnehmer dürfen sich nicht maskieren, verumummen oder anders unkenntlich machen. Das Mitführen von Schlagwerkzeugen, Schusswaffen, Schleudern, Sprengmitteln und anderen ähnlichen Gegenständen ist verboten.»<sup>240</sup> SP-Kantonsrat Hubert Jenni verlangte deshalb nach der Demonstration Auskunft zum Vorgehen der Regierung. Polizeidirektor Gottfried Wyss erklärte, dass das Pressecommuniqué der einzige Weg gewesen sei, um alle potentiellen Demonstrationsteilnehmer über die Auflagen zu informieren. Es sei nicht die Absicht des Regierungsrates gewesen zu provozieren. Der Grossaufmarsch habe ja auch belegt, dass sich die Kundgebungsteilnehmer nicht kriminalisiert fühlten. Man habe festgestellt, dass die Organisatoren überfordert gewesen seien, deshalb habe ihnen die Polizei ihre Hilfe angeboten. Jenni erklärte sich von der Antwort als weitgehend befriedigt. Anders sah es der Grüne-Kantonsrat Stefan Frey. Er forderte im Kantonsrat den Polizeidirektor zum Rücktritt auf, stiess jedoch mit seiner Forderung auf kein Verständnis.<sup>241</sup>

#### *2.3.6 Die SP-Energieinitiative*

Der 1980 eingesetzte Ausschuss für Energiepolitik der SPSO befasste sich ab 1982 mit der Ausarbeitung einer Energieinitiative. Der Anlass dazu war, dass sich die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat weigerte, auf einen ausgearbeiteten Entwurf für ein Energiesgesetz einzutreten. Fraktionspräsident Walter Weber jun. meinte in seinem Jahresbericht: ««Weniger Staat – mehr Freiheit» heisst wohl weiterhin: «Narrenfreiheit» im Energieverschwenden.» Er wies dabei auch darauf hin, «dass für einmal auch die freisinnige Presse auf unserer Seite stand.»<sup>242</sup>

<sup>238</sup> Solothurner AZ, 23. Juni 1986.

<sup>239</sup> AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO), Signatur Ar 201.109.

<sup>240</sup> Solothurner AZ, 20. Juni 1986.

<sup>241</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1986, 1053–1058.

<sup>242</sup> Jahresbericht der KR-Fraktion 1982, 6.

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Energieinitiative kam es auch zu Kontakten mit der UeBA, die ein Interesse daran bekundete, das Begehren gemeinsam mit der SP zu lancieren. Die GL diskutierte diese Frage kontrovers und kam zum Schluss, die Initiative vorerst alleine zu lancieren. Sie war der Meinung, dass wenn sie die Initiative zusammen mit der UeBA lancieren würde, sie auch noch andere Organisationen anfragen müsste. Dies wiederum hätte die Lancierung verzögert. Die Zusammenarbeit mit der UeBA und andern Umweltschutzorganisationen sollte deshalb vor der Abstimmung gesucht werden.<sup>243</sup>

Die ausgearbeitete Energieinitiative war ziemlich umfangreich und komplex. Sie sollte den Kantonsrat daran hindern, bei deren Annahme ein verwässertes Energiegesetz vorzulegen. Die Unterschriftensammlung verlief innerhalb der Partei unterschiedlich, was möglicherweise mit der Komplexität der Initiative zusammenhing. Die Energieinitiative wurde 1984 eingereicht. Sie sah einen verbesserten Wärmeschutz von Gebäuden, Sparanreize bei der Tarifgestaltung für Strom und Gas, die Förderung von kombinierten Heizkraftwerken (Wärme-/Kraft-Kopplung) und eine individuelle Heizkostenabrechnung in Neubauten vor. Es dauerte bis 1987, bis der Kantonsrat die Initiative behandelte. Inzwischen waren die Arbeiten für ein Energiegesetz wieder aufgenommen worden; der Regierungsrat stellte ein solches für das Jahr 1988 in Aussicht. Von den 13 Forderungen der Energieinitiative waren im Kantonsrat nur zwei umstritten, nämlich die progressiven Energietarife und die individuelle Heizkostenabrechnung. Die übrigen Punkte sollten auch ins geplante Energiegesetz aufgenommen werden. Die SP verlangte, ihre Initiative zusammen mit dem Energiegesetz zur Abstimmung zu bringen, damit nur einmal eine Volksabstimmung zu diesem Thema stattfände und der Stimmbürger die beiden Lösungen direkt vergleichen könne. Darauf wollte der Regierungsrat und mit ihm die Mehrheit des Kantonsrates nicht eingehen.<sup>244</sup> Die Abstimmung fand am 28. Juni 1987 statt. Die Initiative wurde mit 70% Nein-Stimmen deutlich abgelehnt, nachdem die Gegner eine grossangelegte Kampagne geführt hatten.

1988 legte der Regierungsrat sein Energiegesetz zur Vernehmlassung vor. Die SP begrüsst den Entwurf, kritisierte aber zugleich die Regierung für ihr Verhalten der Energieinitiative gegenüber: «Der nun vorliegende Entwurf enthält [...] praktisch sämtliche Punkte unseres damaligen Volksbegehrens. Wir kommen deshalb nicht umhin, unserer Verwunderung über die im Vorfeld der Volksabstimmung über unsere SP-Energie-Initiative auch seitens des Regierungsrats in

<sup>243</sup> Protokoll der GL der SPSO, 28. Oktober 1982.

<sup>244</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1987, 398–406.



seiner Botschaft an das Parlament abgegebenen Äusserungen Ausdruck zu geben.»<sup>245</sup>

### *2.3.7 Der Widerstand gegen das Fernwärmeprojekt Fola*

Das zweite Thema, mit dem sich der Energieausschuss der SPSO in den 80er Jahren beschäftigte, war das Fernwärmeprojekt Olten-Aarau (Fola). Dabei war geplant, die Prozesswärme des AKW Gösgen den Gemeinden zwischen Olten und Aarau als Heizenergie zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechendes Projekt war in Beznau seit 1984 als Refuna (Regionale Fernwärme unteres Aaretal) in Betrieb.<sup>246</sup> Das Projekt hätte hohe Investitionen erfordert. Der Ausschuss war dem Projekt gegenüber von Anfang an kritisch eingestellt: «Wir bezweifeln, ob der ökologische Nutzeffekt in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand steht. Wir halten fest, dass gerade auch in der Umweltpolitik mit den knappen Mitteln wirtschaftlich verfahren werden muss.»<sup>247</sup> Zudem wurde befürchtet, dass die Region Olten-Aarau mit dem Projekt auf Jahrzehnte hinaus an das Atomkraftwerk gekettet würde. Die Kantonalpartei selber trat in dieser Frage kaum aktiv auf. Es waren vielmehr die einzelnen Sektionen, respektive einzelne Mitglieder, die in Bürgerinitiativen gegen die Fola kämpften. Der Widerstand hatte Erfolg. 1985 lehnten die Gemeinden von Starrkirch-Wil und Dulliken den Projektierungskredit in Volksabstimmungen deutlich ab, und da sich die Stadt Olten abwartend verhielt, wurde der West-Ast des Projekts aufgegeben. Das Nein von Dulliken war insofern von Bedeutung, dass Gemeindeammann Walter Kummer gleichzeitig einer der Hauptpromotoren der Fola war. Die «AZ» kommentierte die Ablehnung des Projekts durch Starrkirch-Wil und Dulliken wie folgt: «Ein Projekt, das ökologisch so unsinnig und wirtschaftlich riskant ist, können sich die Niederämter Gemeinden gar nicht leisten. Der umweltschonende Effekt der Fola ist gegenüber den hohen Investitionskosten dermassen lächerlich, und das Risiko eines Anschlusszwanges wegen einer drohenden wirtschaftlichen Pleite der Fola so hoch, dass man gar nicht erst Hunderttausende von Franken in Studienprojekte verbuttern muss; ein Projekt, das schon vor der Konzeption her vollkommen falsch und antiquiert ist, wird auch durch ausgiebiges Brüten gelehrter Köpfe nicht vernünftiger.»<sup>248</sup> Die Pläne für den Ost-Ast Richtung Aarau wurden noch bis Ende 80er Jahre weiterverfolgt, jedoch wurde nach dem Verzicht der Stadt Aarau auch diese nicht realisiert.<sup>249</sup>

<sup>245</sup> Stellungnahme der SP zum kantonalen Energiegesetz, Archiv der SPSO.

<sup>246</sup> Boos, 58.

<sup>247</sup> Jahresbericht der SPSO 1984.

<sup>248</sup> Solothurner AZ, 23. September 1985.

<sup>249</sup> OT, 28. Juni 1989.

### 2.3.8 Zusammenfassung

Zu Beginn der Diskussion um das AKW Gösgen und um die Atomenergie allgemein stand die SPSO klar auf der Befürworterseite. Mit Walter Kräuchi und Willi Ritschard verfügte sie über zwei überzeugte Promotoren der Atomenergie, die sich nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch im Kantons- und Regierungsrat für den Bau eines Atomkraftwerks im Kanton Solothurn stark machten. Es gab zwar schon vereinzelte SP-Mitglieder, die sich kritisch zum AKW Gösgen äusserten, wie Kurt Troxler mit seiner Motion 1973, jedoch hatten sie mit ihrer Meinung parteiintern keine Chance.<sup>250</sup> Hans Roth beschreibt die Situation folgendermassen: «Wir wussten, dass Willi Ritschard dieses Atomkraftwerk nach Gösgen geholt hatte, weil er die Steuereinnahmen wollte. Daher war für die SP die Atomkraft gut.»<sup>251</sup>

War der Widerstand der «Pro Niederamt» zu Beginn stark von bürgerlichen Kreisen getragen, waren es später die Parteien links der SP, POCH und RML, die gegen das AKW Gösgen kämpften. Der einzige Kantonsrat der POCH, Eduard Hafner, erhielt bei seinen zahlreichen AKW-kritischen Vorstössen kaum Unterstützung von der SP.

Die «AZ» nahm relativ früh einen AKW-kritischen Standpunkt ein, was immer wieder zu Problemen mit der Atel führte, die eine der wichtigsten Geldquellen der Zeitung und der GDO war.

Sonst war die Atomenergie lange Zeit kein Thema in der Partei. Ein Umstand, der erstaunt, wurde doch das Thema in der SPS sehr kontrovers diskutiert. Zudem war der Kanton Solothurn mit dem AKW Gösgen direkt von der ganzen Auseinandersetzung betroffen. Eine mögliche Erklärung für das Ausbleiben einer Diskussion bietet wiederum die Rolle von Willi Ritschard, der auch als Bundesrat noch einen grossen Einfluss auf die Kantonalpartei hatte. Die SPSO kannte die Meinung Ritschards zum Thema Atomenergie und verzichtete deshalb von sich aus, dieses zu behandeln. Dass Atomenergie in der Kantonalpartei kein Thema war, soll aber nicht heissen, dass es nicht vermehrt Leute in der Partei gab, die dem AKW Gösgen ablehnend gegenüberstanden. Kurt Troxler meint, dass es in der Basis der SPSO schon bei den Besetzungsversuchen eine relativ grosse Opposition gegen das AKW Gösgen gab.<sup>252</sup> Jedoch war diese Opposition kaum in den einflussreichen Positionen der Partei vertreten. Die SPSO beschäftigte sich erst nach den Besetzungsversuchen von Gösgen intensiver mit dem Thema Atomenergie und veranstaltete im Frühjahr 1978 den Energieparteitag. Eine kontroverse Diskussion fand aber auch an diesem Parteitag nicht statt, man stellte sich hinter die Politik der SPS.

<sup>250</sup> Interview mit Kurt Troxler, A42.

<sup>251</sup> Interview mit Hans Roth, A55.

<sup>252</sup> Interview mit Kurt Troxler, A46.

Die Partei wandelte sich von einer Atomenergiebefürworterin über eine Atomenergiekritikerin zu einer Atomenergiegegnerin, und das ohne parteiinterne Auseinandersetzungen. Dies war vermutlich nur möglich, weil die Partei der Atomenergiefrage lange Zeit keine grosse Bedeutung einräumte. Erst zu Beginn der 80er Jahre wurde die SPSO erstmals von sich aus aktiv und lancierte ihre Initiative «Demokratie in Atomfragen». Mit ihr sollten alle Vernehmlassungen aus der Atomgesetzgebung dem Volk unterbreitet werden. Mit diesem Begehren wollte die Partei auch etwas für jene Kreise machen, die nicht traditionell zur SP gehörten. Bei eidgenössischen Abstimmungen zu Atom- und Energiefragen übernahm die SPSO jeweils die von der SPS beschlossenen Parolen.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl schwenkte die Partei endgültig auf einen Anti-AKW-Kurs ein. Sie unterstützte offiziell die Demonstration in Gösgen, die eine Stilllegung der AKW forderte, und reichte im Kantonsrat eine Motion für den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Mit ihrer Initiative für ein Energiegesetz wollte die SPSO mit der Einsparung von Energie die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Atomenergie schaffen. Mit der Initiative blieb die Partei vorerst erfolglos, allerdings nahm der Regierungsrat anschliessend die meisten ihrer Forderungen in sein Energiegesetz auf.

Die SPSO war der Initiative für die Stilllegung des AKW Gösgen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt, obwohl sie an ihrem Parteitag Stimmfreigabe beschlossen hatte. Sie bot den Initianten an ihrem Parteitag und in den Sektionen eine Plattform, damit sie ihre Anliegen vorstellen konnten. Auch unterstützte die SPSO via Jungsozialisten die Initianten finanziell.<sup>253</sup>

## *2.4. Die Haltung anderer sozialdemokratischer Parteien zur Atomenergie*

### *2.4.1 Die SP Aargau*

Ich stütze mich bei meiner Darstellung auf die Lizentiatsarbeit von Leyla Gül, die die Haltungen der SP Kantonalparteien Aargau und Basel-Land zur Atomenergie untersucht hat.<sup>254</sup>

Die SP Aargau schaltete sich erst spät in die Atomenergiedebatte ein, obwohl die Opposition gegen das AKW Kaiseraugst schon 1969 entstanden war. Die sozialdemokratische Fraktion im Grossen Rat setzte sich zwar schon seit den 50er Jahren mit Atomenergiefragen

<sup>253</sup> Vgl. Kapitel 2.2.5.

<sup>254</sup> Gül, 40–72.

auseinander, sie vertrat dabei jedoch eine atomenergiefreundliche Haltung. Bis Anfang der 70er Jahre unterstützte ein Grossteil der Fraktion den Bau von Atomkraftwerken im Sinne der Sicherung des Wohlstandes durch technischen Fortschritt.

Die Gesamtpartei bezog erst mit der Besetzung von Kaiseraugst Stellung zur Atomenergie. Sie teilte einerseits die Sorgen der AKW-Gegner bezüglich der Gefährdung von Mensch und Umwelt und forderte eine Konzeption über die Standorte der Atomkraftwerke. Andererseits betrachtete sie die Besetzung als illegal und eine Gefährdung des Rechtsstaates. Ähnlich nahm die Partei zu den Besetzungsversuchen von Gösigen Stellung: «Sie verurteilte die Besetzung als gesetzeswidrige Handlung, betrachtete die Beweggründe der Atomenergiegegner/innen aber als ernstzunehmend.»<sup>255</sup> Innerhalb der SP Aargau herrschte jedoch keine Einigkeit zum Thema Atomenergie. Die Bezirksparteien des Fricktals meldeten schon früh Bedenken gegenüber dem weiteren Bau von Atomkraftwerken an. Sie standen damit in einem Widerspruch zur Gesamtpartei, was sich lähmend auf die Energiepolitik auswirkte. Die Parteileitung war an einem offenen Diskurs nicht interessiert. «Die Gesamtpartei bezog nur dann Stellung zur Atomenergie, wenn es äussere Ereignisse wie Abstimmungen erforderten.»<sup>256</sup> Überraschenderweise beschloss die SP Aargau 1979 die Ja-Parole zur Atominitiative. Die Gewichte innerhalb der Partei hatten sich also verschoben, die AKW-Gegner hatten die Oberhand gewonnen. Die meisten Inhaber von führenden Positionen in der Partei und die beiden Regierungsräte hatten sich erfolglos für ein Nein zur Initiative eingesetzt. Vor allem zwischen dem Vorsteher des kantonalen Energiedepartements, Louis Lang, der ein überzeugter AKW-Befürworter war, und einzelnen Sektionen kam es zu Disputen. «Die Atomenergie war in der SP Aargau zur Glaubensfrage geworden, zu einem internen Streit, bei welchem die anfangs marginalisierten AKW-Gegner/innen immer mehr an Rückhalt gewannen.»<sup>257</sup>

Mit dem Aufkommen der Grünen Partei im Aargau 1983 bekam die Partei eine links-ökologische Konkurrenz. Diese führte dazu, dass die SP Aargau ökologische und atomenergiekritische Forderungen in ihr Parteiprogramm aufnahm. Dadurch ebnete sich der Graben zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomenergie in der Partei ein. 1984 sprach sich sogar die SP des Bezirks Baden, die lange Zeit atomfreundlich war, für die Annahme der Atominitiative II aus. 1985 versuchte die SP Aargau mit der bekannten Atomenergiegegnerin Ursula Mauch den Sitz des zurücktretenden Louis Lang in der Regierung zu

<sup>255</sup> Gül, 71.

<sup>256</sup> Ebd.

<sup>257</sup> Ebd., 71.



verteidigen. Das Unterfangen gelang jedoch nicht, der zweite Sitz ging an die Freisinnigen verloren. Die Grünen, die im gleichen Jahr ins kantonale Parlament einzogen, gewannen ihre Sitze vor allem auf Kosten der SP. Um ihre Wählerbasis zu behalten, verstärkte die SP ihre Bemühungen in ökologischen Anliegen. Auch beschloss sie im Vorfeld der nationalen Wahlen von 1987, zukünftig eine Listenverbindung mit der Grünen Partei einzugehen, was sie zuvor immer explizit vermieden hatte.

#### *2.4.2 Die SP Basel-Land*

Wie schon im vorhergehenden Abschnitt stütze ich meine Ausführungen zur SP Basel-Land auf die Lizentiatsarbeit von Leyla Gül.<sup>258</sup> Der Atomenergiediskurs in der SP Basel-Land verlief sehr ähnlich demjenigen, der in der AKW-Opposition geführt wurde. Von Anfang an nahm die Partei eine äusserst atomenergiekritische Haltung ein, die sie mit der Zeit noch verstärkte: «Während sich ihr Widerstand zu Beginn der Debatte vor allem gegen ein Atomkraftwerk in Kaiseraugst bezog, weitete sie diese Bedenken im Lauf der 70er Jahre unter dem Vorzeichen eines krankmachenden Wachstums auf eine grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie aus.»<sup>259</sup> Die Haltung der Partei wurde allerdings durch den Umstand erleichtert, dass die Kantonsregierung zu den Träger des ersten Widerstandes gegen das AKW Kaiseraugst gehörte. Im Landrat hegten alle Vertreter ein gewisses Misstrauen gegenüber dem AKW Kaiseraugst. Allerdings gingen die Forderungen der einzelnen Parteien bezüglich der Atomenergie relativ weit auseinander. Die SP Basel-Land beschloss 1973, Atomkraftwerke in der heutigen Form grundsätzlich abzulehnen. Verbunden damit waren auch eine Kritik gegenüber dem herkömmlichen Fortschritts- und Wohlstandsdenken sowie die Forderung nach einem Masshalten im Energieverbrauch. Bei der Besetzung des Baugeländes von Kaiseraugst solidarisierte sich die Partei mit der GAK und beteiligte sich aktiv an der Aktion. Sie stellte dabei insbesondere die Forderung nach mehr Mitspracherecht in den Vordergrund. In der Folge entwickelte die SP Basel-Land eine hohe energiepolitische Eigeninitiative: Die Fraktion war wesentlich an der Ausarbeitung des Energiegesetzes beteiligt und trug dazu bei, dass die kantonale Atomschutzinitiative zu Abstimmung gelangen konnte. Die Partei trug auch immer wieder Anliegen und Forderungen der Anti-AKW-Gruppierungen in die politischen Gremien hinein und wurde so zu einem wichtigen Bindeglied zwischen der ausserparlamentarischen Opposition und

<sup>258</sup> Ebd., 73–105.

<sup>259</sup> Ebd., 104.



den Vertretern im Parlament. Dieses energiepolitische Engagement wurde allerdings dadurch vereinfacht, dass es keine innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Atomenergie gab, die bürgerlichen Parteien zumindest teilweise auch eine atomkritische Haltung einnahmen und die Bevölkerung des Kantons gegenüber dem Atomprogramm des Bundes äusserst kritisch eingestellt war.

Verbunden mit ihrer verhältnismässig radikalen Ansicht gegenüber Atomkraftwerken forderte die SP Basel-Land «eine grundsätzliche Umkehr vom wachstumsorientierten Fortschrittsdenken und von der Beherrschung von Mensch und Umwelt durch die Technologie hin zu immateriellen Werten und Lebensqualität.»<sup>260</sup> Sie gab aber auch ihre traditionellen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen nicht auf, sondern versuchte mit der Verbindung von alten und neuen Anliegen beiden Themenbereichen gerecht zu werden. Diese Politik erwies sich als Wahlschlager: Einen zweiten Sitz im Regierungsrat konnte die Partei zwar nicht erobern, sie erzielte jedoch bei den Wahlen in die kantonalen und nationalen Parlamente Erfolge.

#### *2.4.3 Die SP Schweiz*

Die SPS hatte zwar während der Debatten über das Atomgesetz kritisiert, dass auf eine unbeschränkte Haftpflicht und auf ein Konzessionssystem zur Bewilligung verzichtet wurde, stand aber ansonsten der Atomenergie positiv gegenüber. In ihrem Aktionsprogramm von 1967 befürwortete die SPS die Stromerzeugung in Atomkraftwerken klar als Faktor des Fortschrittes und Wohlstandes. Eine Änderung dieser Haltung erfolgte im Verlauf der 70er Jahre. Am Parteitag der SPS in Montreux 1976 forderten die Delegierten ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken. Dieser Beschluss wurde im 1979 ausgearbeiteten «Konzept für eine neue Energiepolitik» bekräftigt. Das Konzept forderte im Zeichen der Begrenzung des Produktionswachstums zur Vermeidung von Gesundheitsschäden und Umweltzerstörung den Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Elektrizitätsversorgung durch Atomenergie. Stattdessen wurde das Schwergewicht auf Sparmassnahmen und die Förderung von inländischen, regenerierbaren Energiequellen gelegt.<sup>261</sup> Präsident der SPS-Arbeitsgruppe Energie war Elmar Ledergerber, der mit «Wege aus der Energiefalle» oder «Der Ausstieg ist möglich» verschiedene Bücher zur Schweizerischen Energiepolitik veröffentlichte. Obwohl die SPS Ende der 70er Jahre eine atomenergiekritische Haltung einnahm und viele ihrer Mitglieder

<sup>260</sup> Ebd., 105.

<sup>261</sup> Ebd., 38.

zu den führenden AKW-Gegnern gehörten, gab es auch viele Vertreter der Partei, die auf Bundes- und Kantonsebene für die Nutzung der Atomenergie eintraten. Bundesrat Willi Ritschard ist dafür eines der besten Beispiele: Er musste als Energieminister in den 70er Jahren das Atomprogramm verteidigen und setzte sich 1979 stark für die Ablehnung der Atominitiative ein, die von der SPS unterstützt wurde.<sup>262</sup> Die Ablehnung der Atomenergie innerhalb der Partei verstärkte sich im Verlauf der 80er Jahre noch. Als Reaktion auf den Unfall im AKW von Tschernobyl lancierte die SPS eine Initiative, mit der sie den Ausstieg aus der Atomenergie forderte.<sup>263</sup>

#### *2.4.4 Die SP Deutschland*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) stellte seit 1969 den Bundeskanzler. Während die SPD an der Regierung war, kam es zu ersten Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken in Wyhl oder Brokdorf. Die SPD erachtete den Bau von Atomkraftwerken als notwendig, Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte in seiner Regierungserklärung 1976: «Auf den Ausbau auch der Kernenergie kann nicht verzichtet werden. Kernenergie bleibt zur Deckung des vorhersehbaren Strombedarfs notwendig und unerlässlich.»<sup>264</sup>

Mit dem Widerstand gegen Atomkraftwerke wuchs auch parteiintern der Widerstand gegen die Atomenergie. Auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1979 wurde das Thema kontrovers diskutiert. Trotz grossen Widerstands wurde der energiepolitische Antrag, dass auf die Verwendung von Atomenergie nicht verzichtet werden könne, angenommen. Helmut Schmidt hatte wenig Verständnis für die Anhänger der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung, er bezeichnete sie als «Umweltidioten». Er sah sie als eine Gruppe materiell sorgenfreier, unterbeschäftigter Leute, denen nicht klar war, welche Konsequenzen die Erfüllung ihrer Ziele hätte.<sup>265</sup> Mit dem Auftreten der Grünen auf der politischen Bühne kam die Partei in einen Zwiespalt. Einerseits legten die Wahlerfolge der Grünen einer stärkere Ausrichtung der SPD auf grüne Themen und somit eine Absage an die Nutzung der Atomenergie nahe, andererseits hätte sie mit diesem Schritt einen Konflikt mit den Gewerkschaften, die atomfreundlich eingestellt waren, heraufbeschworen. Nachdem die SPD die Regierungsverantwortung 1982 verloren hatte, vollzog sie den Richtungswechsel in der Frage der Atomenergie. Auf dem Parteitag vom Mai 1984 wurde beschlossen, die Nutzung nur mehr für eine Übergangszeit zu

<sup>262</sup> Vgl. Kapitel 2.3.2.

<sup>263</sup> Vgl. Kapitel 2.1.3.

<sup>264</sup> Zitiert in: Rupps, 293.

<sup>265</sup> Ebd., 291f.

akzeptieren. Durch das Reaktorunglück von Tschernobyl im April 1986 verstärkten sich die vorhandenen Vorbehalte gegen die Atomenergie in der Bundesrepublik. In der SPD wurden Rufe laut, den Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben. Der damalige SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in Niedersachsen, Gerhard Schröder, stellte sich an die Spitze dieser Bewegung. Er erzielte damit in den Landtagswahlen einen grossen Stimmengewinn, der jedoch nicht für einen Regierungswechsel ausreichte. Auf dem Parteitag im August 1986 setzten sich die Gegner der Atomenergie in der SPD endgültig durch, der Ausstieg sollte nun innerhalb von zehn Jahren vollzogen werden.<sup>268</sup> Bis die SPD in die Lage kam, diesen Ausstieg in die Wege zu leiten, sollte es allerdings noch eine lange Zeit dauern. Nachdem sie 1998 zusammen mit den Grünen an die Macht gekommen war, dauerte es noch bis 2001, bis die Regelung über die Restlaufzeit von Atomkraftwerken verabschiedet wurde.<sup>269</sup>

#### *2.4.5 Der PS in Frankreich*

Bei meinen Ausführungen zum Parti Socialiste (PS) stütze ich mich auf das Buch «Nuclear Politics» von James Jaspers.<sup>270</sup>

In Frankreich wurde die Anti-AKW-Bewegung 1971 aktiv. Sie protestierte gegen den Bau der Atomkraftwerke von Fessenheim und Bugey. Früher als andere lehnte die französische Umweltbewegung die Atomenergie schon 1971 radikal ab. 1974 nahm die Gewerkschaft Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT) offiziell eine ablehnende Haltung gegenüber der Atomenergie ein. Die CFDT war die Hauptgewerkschaft der Beschäftigten der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague und war deshalb über die Risiken, die mit der Atomenergie verbunden waren, informiert.<sup>271</sup>

Als Reaktion auf die Ölkrise baute Frankreich sein Atomprogramm stark aus. Der so genannte Messmer-Plan<sup>272</sup> sah den Bau von 13 neuen Reaktoren in den Jahren 1974 und 1975 vor. Der PS war in der Frage der Atomenergie gespalten. Die Führung der Partei befürwortete sie eher, während die Basisaktivisten sie ablehnten. Um nicht grundsätzlich zur Frage der Atomenergie Stellung nehmen zu müssen, verlegte sich die Partei darauf, einzelne Punkte des Messmer-Plans zu kritisieren.

<sup>266</sup> Potthoff / Miller, 255f.

<sup>267</sup> Ebd., 302.

<sup>268</sup> Ebd., 306.

<sup>269</sup> Ebd., 441.

<sup>270</sup> Jaspers, 149–177 und 237–255.

<sup>271</sup> Ebd., 152.

<sup>272</sup> Benannt nach dem damaligen Premierminister Pierre Messmer.

Da die öffentlichen Proteste der Anti-AKW-Bewegung keinen Einfluss auf die Regierung hatten, war die einzige Chance der AKW-Gegner, die Sozialisten für ihr Anliegen zu gewinnen und ihnen zum Wahlsieg zu verhelfen. Bis 1976 waren die Sozialisten jedoch nicht bereit, sich gegen die Atomenergie auszusprechen, da viele ihrer Mitglieder und die meisten ihrer Führer dem durch die Atomenergie versprochenen Wirtschaftswachstum den Vorzug gaben. 1977 jedoch kam es zur Wende, der PS stellte sich gegen die Atomenergie. Die Partei unterschrieb eine Petition für ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken.<sup>273</sup> In den folgenden Wahlen 1978 unterstützte die Anti-AKW-Bewegung die Kandidaten des PS, allerdings ohne den gewünschten Erfolg, die politische Rechte verblieb an der Macht. Dieser Misserfolg hatte eine Demobilisierung der Anti-AKW-Bewegung zur Folge.

Der Reaktorunfall von Harrisburg hatte wenig Einfluss auf die französische Atomenergiepolitik. Die politisch Verantwortlichen erklärten, ein solcher Unfall könne in Frankreich nicht passieren. Zudem gebe es keine Alternative zur Atomenergie. Auch war der Handlungsspielraum eingeschränkt, die nach dem Messmer-Plan vorgesehenen Reaktoren waren bereits alle im Bau.<sup>274</sup>

Vor den Wahlen von 1981 erinnerten die AKW-Gegner den PS an die Petition für ein Moratorium, um erneut eine Allianz zu bilden. Die AKW-Gegner wussten zwar, dass nach wie vor viele Führer des PS für die Atomenergie waren und diese Strategie deshalb mit Risiken verbunden war, aber es war die einzige Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen. Bei diesen Wahlen hatte die Allianz Erfolg, François Mitterrand wurde zum Präsidenten gewählt. Nach der Wahl zeigte sich jedoch, dass die Verantwortlichen des PS das Zusammengehen mit der Anti-AKW-Bewegung in erster Linie als Wahlstrategie sahen. Nach innerparteilichen Diskussionen setzte sich eine Energiepolitik durch, die weitgehend jener der vorhergehenden Regierungen folgte. Die Führer konnten die AKW-Gegner in der eigenen Partei ignorieren, weil der Einfluss der Basis auf die Parteiführung relativ gering war. Durch diese erneute Kehrtwendung des PS in der Frage der Atomenergie kam die Anti-AKW-Bewegung zum Erliegen. Die fünf Jahre, während derer der PS regierte, änderten kaum etwas an der Atomenergiepolitik Frankreichs. Es wurden zwar mehr Diskussionen geführt und kleinere Einschnitte beim Reaktorprogramm gemacht, jedoch mehr aus wirtschaftlichen Gründen als aufgrund des politischen Widerstands.

<sup>273</sup> Jaspers, 176.

<sup>274</sup> Ebd., 243.

#### 2.4.6 Die schwedischen Sozialdemokraten

Wie im vorhergehenden Abschnitt stütze ich meine Ausführungen zu den schwedischen Sozialdemokraten auf das Buch von James Jaspers.<sup>275</sup>

In Schweden wurde die Atomenergie in den Jahren 1973 und 1974 ein öffentliches Thema. Zwischen 1973 und 1976 war die Energiepolitik eines der wichtigsten Themen der schwedischen Politik. Die grösste Oppositionspartei, die Zentrumsparterie, legte sich schon 1973 auf einen Anti-Atom-Kurs fest und trug so zu einem Überdenken der schwedischen Atomenergiepolitik bei. Sie war damit die einzige grosse Partei in Westeuropa, die in den 70er Jahren klar gegen die Atomenergie war.<sup>276</sup>

Die Sozialdemokraten regierten Schweden seit 1932 ohne Unterbruch. Sie favorisierten das mit der Atomenergie verbundene Wachstum und vertrauten darauf, dass, wenn die Bevölkerung mehr über die Atomenergie lernte, sie diese auch befürworten würde. Das 1973 vom Reichstag beschlossene zweijährige Atomenergie-Moratorium war für die Sozialdemokraten ein taktisches Mittel, um die Opposition zu beruhigen. Praktisch war es ohne Bedeutung, da die schon geplanten Reaktoren im Moratorium nicht eingeschlossen waren. 1975 verabschiedete der Reichstag ein von den Sozialdemokraten vorgeschlagenes Energieprogramm, das eine Ausweitung des Atomprogramms von elf auf dreizehn Reaktoren und eine starke Reduktion des Zuwachs des Energieverbrauchs vorsah.<sup>277</sup> Bei den Wahlen 1976 war die Atomenergie eines der Hauptthemen im Wahlkampf der Zentrumsparterie. Die Sozialdemokraten verzichteten darauf, dieses Thema aufzugreifen, da sie in dieser Frage gespalten waren und befürchteten, dass die Atomenergiediskussion der Zentrumsparterie helfen würde. Die Haltung der Zentrumsparterie hatte Erfolg. Nach den Wahlen konnte sie zusammen mit den Konservativen und den Liberalen eine Regierungskoalition bilden und mit Thorbjörn Fälldin den Premierminister stellen. Allerdings vertraten ihre beiden Koalitionspartner eine ausgesprochen atomenergiefreundliche Politik. Das führte schon bald nach den Wahlen zu Konflikten in der Koalition. Für seinen geplanten Ausstieg aus der Atomenergie fand Fälldin keine Mehrheit. Einen Kompromissvorschlag, das Atomprogramm auf zehn Reaktoren zu beschränken, lehnte er ab, obwohl damit das Thema erledigt gewesen wäre. Nach zwei Jahren als Premierminister weigerte sich Fälldin, weitere Kompromisse in der Atomenergiefrage zu schliessen, und trat zurück. Mit ihm verliess auch die Zentrumsparterie die Regierung. Die

<sup>275</sup> Jaspers, 129–147 und 218–236.

<sup>276</sup> Ebd., 131.

<sup>277</sup> Ebd., 138–140.



Liberalen bildeten darauf eine Minderheitsregierung, die von den Sozialdemokraten geduldet wurde. Die Regierung legte ein neues Energieprogramm vor, das die Beschränkung auf zwölf Reaktoren, ein Forschungsprogramm für alternative Energien und Sparmassnahmen vorsah.<sup>278</sup>

Als Reaktion auf den Reaktorunfall von Harrisburg forderten die Sozialdemokraten unter Olof Palme 1979 ein Referendum über die Frage der Atomenergie. Sie betrachteten die Diskussion um die Atomenergie als einen Hauptgrund für ihre Abwahl und sahen in einem Referendum die Möglichkeit, die Atomenergiediskussion zu beenden. Über das Referendum wurde 1980 abgestimmt. Die Schweden konnten dabei jedoch nicht einfach Ja oder Nein zur Atomenergie sagen, sie hatten drei verschiedene Vorschläge zur Auswahl. Der erste Vorschlag, der von den Konservativen unterstützt wurde, sah im Wesentlichen nach der Fertigstellung der zwölf geplanten Reaktoren keinen weiteren Ausbau des Atomprogramms vor. Der zweite, von den Sozialdemokraten und Liberalen unterstützte Vorschlag, war mit dem ersten identisch, enthielt jedoch zusätzlich noch strenge Vorschriften bezüglich des Energiesparens. Der letzte Vorschlag forderte einen Ausstieg aus der Atomenergie innert zehn Jahren. Dieser wurde von der Zentrumspartei und den Kommunisten unterstützt. In der Abstimmung setzte sich der zweite Vorschlag knapp vor dem dritten durch.<sup>279</sup> Die Atomenergiediskussion war damit beendet. Alle Parteien waren sich ab 1981 einig, dass der Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2010 erfolgen sollte.

Ab 1982 übernahmen wieder die Sozialdemokraten die Regierung. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, von der Schweden stark betroffen war, verstärkten die Sozialdemokraten ihre Bemühungen, aus der Atomenergie auszusteigen.<sup>280</sup>

#### *2.4.7 Vergleich*

Verglichen mit den Haltungen zur Atomenergie der beiden Kantonalparteien Aargau und Basel-Land befand sich die SPSO in einer Zwischenposition. Die SP Basel-Land vertrat schon sehr früh einen gegen die Atomenergie gerichteten Kurs, den sie mit der Zeit noch radikalisierte. Begünstigt wurde dieser Kurs dadurch, dass die Kantonsregierung und das Parlament sowie ein Grossteil der Bevölkerung gegenüber dem AKW Kaiseraugst und der Atomenergie kritisch eingestellt waren. Die SPSO nahm erst eine kritische Position gegenüber der Atomenergie ein, als die SPS 1976 diesen Wechsel vollzogen hatte

<sup>278</sup> Ebd., 223.

<sup>279</sup> Ebd., 228f.

<sup>280</sup> Ebd., 232.

und ein vierjähriges Moratorium forderte. Gemeinsam war beiden Parteien, dass intern keine Auseinandersetzungen über den Kurs in der Atomenergiefrage stattfanden. In der SP Aargau dauerte es länger als in der SPSO, bis die Partei die Atomenergie ablehnte. Sie beschloss zwar 1979 wie die SPS und die beiden andern Kantonalparteien eine Ja-Parole zur Atominitiative, aber damit war die interne Diskussion über die Atomenergie noch nicht beendet. Es gab danach immer noch Gruppen, vor allem das atomenergiefreundliche Bollwerk der SP Aargau, die SP des Bezirks Baden, die sich für die Atomenergie aussprachen. Die Partei als ganzes änderte ihre Haltung zur Atomenergie erst in der ersten Hälfte der 80er Jahre unter dem Einfluss der neu auftretenden Grünen Partei.

Die SPS hatte für die SPSO in der Frage der Atomenergie eine Art Vorbildfunktion, sie übernahm ab 1977 jeweils ihre Positionen. Ständerat Walter Weber meinte nach dem ersten Besetzungsversuch von Gösgen in der GL «die Kantonalpartei könne keine andere Haltung als die SPS einnehmen.»<sup>281</sup> Folglich unterstützte sie auf ihrem Parteitag 1978 das Energiepapier der SPS und sprach sich im Jahr darauf für die Annahme der Atominitiative aus.

Verglichen mit der SPS und SPSO vollzog die SPD die Wende in der Atomenergiefrage einiges später. Erst nachdem sie die Regierungsverantwortung verloren hatte, beschloss die Partei 1984 die Nutzung der Atomenergie nur noch als Übergangslösung zu akzeptieren und 1986 den Ausstieg innert zehn Jahren anzustreben. Kritiker der Atomenergie kamen in der SPD schon in der zweiten Hälfte der 70er auf, allerdings war Bundeskanzler Helmut Schmidt ein überzeugter Anhänger der Atomenergie. Dies schränkte den Handlungsspielraum der SPD in dieser Frage stark ein.

Anders sieht die Entwicklung des PS in Frankreich aus. Obwohl in der Basis der Partei ein grosser Teil eine atomenergiekritische Haltung einnahm, befürwortete die Parteiführung mehr aus wahltaktischen Gründen ein Atomenergiemoratorium, um mit der Anti-AKW-Bewegung eine Allianz einzugehen. Nachdem der PS in dieser Allianz die Wahlen 1981 gewonnen hatte, führte die neue Regierung weitgehend die atomenergiefreundliche Politik der vorherigen bürgerlichen Regierungen weiter.

Die schwedischen Sozialdemokraten, die seit 1932 an der Regierung waren und die Atomenergie unterstützten, kamen Mitte der 70er Jahre durch die ablehnende Haltung der grössten Oppositionspartei, der Zentrumspartei, gegenüber der Atomenergie unter Druck. Nach ihrer Niederlage bei den Wahlen von 1976 sahen die Sozialdemokra-

<sup>281</sup> Protokoll der GL der SPSO, 28. Juni 1977.

ten in der Atomenergiediskussion eine der Hauptursachen ihres Machtverlustes. Um die Diskussion über das Atomprogramm zu beenden, regten sie nach dem Reaktorunfall von Harrisburg ein Referendum an. In der Abstimmung von 1980 setzten sich die Sozialdemokraten zusammen mit den Liberalen mit ihrem Vorschlag durch, das geplante Atomprogramm mit zwölf Reaktoren umzusetzen und gleichzeitig strenge Vorschriften bezüglich des Energiesparens zu erlassen. Auf einen weiteren Ausbau der Atomenergie sollte verzichtet werden. Die Sozialdemokraten waren wie die anderen Parteien ab 1981 der Meinung, dass der Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahre 2010 erfolgen sollte. Diese Ausstiegsbemühungen intensivierten sie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch.

### **3. Die Verkehrspolitik der SPSO**

#### *3.1 Ein lange vernachlässigtes Thema*

Die Verkehrspolitik, die hauptsächlich aus Strassenbaupolitik bestand, war lange Zeit kein Thema für die SPSO. Den verschiedenen Strassenbauprogrammen wurde im Kantonsrat jeweils ohne grössere Diskussion zugestimmt. Wie in der Atomenergiefrage stand die Partei zu Beginn einem Ausbau der Strassen positiv gegenüber. Sie sah darin einen Fortschritt auch für die Arbeiter, von denen sich immer mehr selber ein Auto leisten konnten. In den 70er Jahren wurden Stimmen in der Partei laut, die dem Strassenbau allgemein kritisch gegenüberstanden. In den 80er Jahren gewannen die Gegner von Strassenbauprojekten die Überhand in der Partei. Allerdings war der Meinungswechsel nicht so deutlich wie in der Frage der Atomenergie, es gab immer auch eine grosse Minderheit, die für einen moderaten Ausbau votierte. So wie in den von Philippe von Escher untersuchten Beispielen der Verkehrspolitik der Städte Zürich und Bern waren es auch in der SPSO vorwiegend jüngere Parteimitglieder, «die sich gegen die wachstumsorientierte Verkehrsplanung auflehnten.»<sup>282</sup> Hans Roth bezeichnet die U-Bahn-Abstimmung von 1973 als Grund für seinen Beitritt zur SP: «Ich lebte damals in Zürich und regte mich darüber auf, dass man diese U-Bahn ohne flankierende Massnahmen bauen wollte. Die SP war in meiner Erinnerung die einzige Partei, die gegen dieses Projekt war.»<sup>283</sup>

Zwei Projekte wurden in der Partei über eine längere Zeit kontrovers diskutiert, der Bau der N5 zwischen Solothurn und Biel und der

<sup>282</sup> Von Escher, 141.

<sup>283</sup> Interview mit Hans Roth, A53.

zweite Aareübergang in Olten. Auf sie werde ich in den folgenden beiden Abschnitte näher eingehen. Zunächst möchte ich ein paar Ereignisse schildern, in denen die Kantonalpartei Strassenbaufragen behandelte.

1977 kam eine Initiative «gegen unverantwortlichen Strassenbau» der POCH zur Abstimmung. Sie richtete sich hauptsächlich gegen Strassenprojekte in Solothurn und Grenchen. Die Parolenfassung zur Initiative wurde am Parteitag der SPSO intensiv diskutiert. Otto Rüfenacht beantragte im Namen der Kantonsratsfraktion, die Initiative abzulehnen. Er erinnerte an die Euphorie vergangener Jahre, «die zu verschiedenen Strassenwünschen geführt habe, die man aus heutiger Sicht als überhissen ansehen müsste.»<sup>284</sup> Er meinte aber auch, dass der Kanton bei der Projektierung des Strassenbaus vorsichtig vorgegangen sei. In der Diskussion wurde der POCH attestiert, mit der Initiative einiges in Gang gebracht zu haben. Schliesslich seien schon einige ihrer Anliegen erfüllt worden. Die Befürworter der Vorlage wollten ein Zeichen gegen den weiteren Ausbau der Strassen und die Zerstörung von schützenswerten Gebieten setzen. Die Gegner hingegen argumentierten, die Wohngebiete müssten vom Verkehr entlastet werden. Walter Weber jun. meinte als Verkehrsplaner, «früher sei im Strassenbau mit allzu grosser Kelle angerichtet worden, heute neige man schon bald dazu, den Fehler auf die andere Seite zu machen.»<sup>285</sup> Die Befürworter der Initiative blieben klar in der Minderheit. Mit grossem Mehr fasste der Parteitag die Nein-Parole. Auch in der Volksabstimmung blieb die Initiative chancenlos, sie wurde mit 70% Nein-Stimmen abgelehnt.<sup>286</sup>

Ein halbes Jahr später behandelte die Partei die so genannte «Burgdorfer Initiative», welche zwölf autofreie Sonntage pro Jahr forderte. Die SPS hatte dazu Stimmfreigabe beschlossen. Die GL schlug dem Parteitag ebenfalls Stimmfreigabe vor. Der Parteitag folgte dem Antrag der GL jedoch nicht und fasste die Ja-Parole. In der Diskussion wurde die Initiative als idealistisch bezeichnet, aber auch die Arbeiterbewegung sei ja schliesslich idealistisch.<sup>287</sup>

Darüber hinaus finden sich in den Protokollen und Jahresberichten keine Hinweise auf parteiinterne Diskussionen, wenn man von den beiden nachfolgend behandelten Projekten absieht. Bei eidgenössischen Abstimmungen zu Verkehrsfragen übernahm die SPSO jeweils die Parole der SPS, wenn man von der oben erwähnten Ausnahme absieht. Die Kantonsratsfraktion reichte zwar ab Mitte der 80er Jahre

<sup>284</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 10. November 1977.

<sup>285</sup> Ebd.

<sup>286</sup> Jahresbericht der SPSO 1977.

<sup>287</sup> Protokoll des Parteitags der SPSO, 3. Mai 1978.

vermehrt Vorstösse zu verkehrs- oder umweltpolitischen Fragen ein, ausser der N5 waren Strassenfragen auf kantonaler Ebene jedoch kaum ein Thema. Die jährlichen Strassenbauprogramme gaben auch in der SP kaum zu reden, da die Beträge recht bescheiden waren und ein steigender Anteil davon für den Strassenunterhalt ausgegeben wurde.<sup>288</sup>

### *3.2 Der Bau der N5*

Die N5 zwischen Solothurn und Biel ist Bestandteil des 1960 beschlossenen Autobahnnetzes. Man versprach sich damals mit dieser Autobahn eine Entlastung der Kantonstrasse und damit weniger Verkehr in der Stadt Solothurn und den umliegenden Gemeinden. Das Projekt war zudem eng mit der Planung einer Westumfahrung der Stadt Solothurn verbunden.<sup>289</sup> Gegen den Bau der N5 entstand jedoch schon bald Widerstand. Zu Beginn der 70er Jahre organisierte die POCH erste Protestaktionen. Ihre Motive waren landschafts- und naturschützerischer Art. Neben der prinzipiellen Opposition gegen die neue Strasse gab es auch Stimmen, die eine andere Linienführung forderten. So reichte SP-Kantonsrat Ernst Jordi 1978 eine Interpellation ein, in der er von der Regierung wissen wollte, ob die geplante Strasse nicht zu nahe am Bürgerspital Solothurn vorbeiführe, ob aus diesem Grund nicht eine Linienführung weiter südlich vorgenommen werden könne und ob der Regierungsrat bereit sei, eine Untertunnelung zu prüfen, um das Naherholungsgebiet südlich der Aare zu erhalten.<sup>290</sup>

In seiner Antwort versprach Baudirektor Hans Erzer, die Tunnelvariante zu prüfen, äusserte sich jedoch skeptisch zu der von Jordi in diesem Zusammenhang geforderten Nutzen-Kosten-Analyse. Er bezeichnete sie als eine Glaubenssache, die abhängig von gewissen «willkürlichen» Annahmen sei. Im Bereich des Bürgerspitals sicherte er geeignete Lärmschutzmassnahmen zu. Die Linienführung weiter südlich erachtete er als unmöglich, da dort verschiedene Bauten im Weg stünden.<sup>291</sup>

Es waren vor allem linke Kreise, die sich gegen die N5 zur Wehr setzten. Die POCH war 1977 mit ihrer Initiative «gegen unverantwortlichen Strassenbau», die auch gegen den Bau der N5 gerichtet war, gescheitert. Walter Weber jun., der als Verkehrsplaner parteiintern immer wieder mit dem Thema N5 konfrontiert wurde, meinte: «Auch

<sup>288</sup> Interview mit Walter Weber jun., A15.

<sup>289</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1982, 133.

<sup>290</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1978, 309.

<sup>291</sup> Ebd., 566–571.



wenn es gegen aussen nicht so aktuell war, es gab Spezialisten in der Partei, die das Thema fast solitär pflegten.»<sup>292</sup>

1981 reichte FdP-Kantonsrat Max Flückiger eine Motion ein, mit der er die Einreichung einer Standesinitiative zwecks Überprüfung der N5 verlangte. Für ihn wog der Nutzen der Autobahn, den er als eher gering erachtete, den Verlust von Kulturland und die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nicht auf.<sup>293</sup> Walter Bürgi lehnte die Motion im Namen des Regierungsrates ab und meinte, «dass das vorliegende Konzept der N5 unter Einbezug der Westtangente von den Gesichtspunkten einer optimalen Entlastung des bestehenden Netzes, der zeitlichen Verwirklichung und nicht zuletzt der finanziellen Auswirkungen für den Kanton richtig und vertretbar ist.»<sup>294</sup> Der Vorstoss wurde von der SP-Fraktion mehrheitlich unterstützt. Bei der bürgerlichen Mehrheit fand er jedoch, mit Ausnahme einiger Parlamentarier aus der Region Solothurn, keine Gnade und wurde mit 71 zu 39 Stimmen deutlich abgelehnt.<sup>295</sup>

1983 kam eine Volksinitiative, die ebenfalls eine Standesinitiative zur Überprüfung der N5 forderte, zur Abstimmung. Regierung und Kantonsrat hatten auf eine Abstimmungsempfehlung verzichtet, die SP fast einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Die Initiative wurde überraschend deutlich, mit über 60% Ja-Stimmen, angenommen. Auf eidgenössischer Ebene fand das Anliegen jedoch kein entsprechendes Gehör, das Parlament lehnte die Standesinitiative 1985 ab. Dies wurde auch vom Regierungsrat bedauert. Jedoch erhielt in diesem Zusammenhang der Kanton Solothurn vom Bundesrat weitgehende Zusagen, was die Ausgestaltung des Detailprojektes anging.<sup>296</sup> Insofern hatte die Initiative einen Teilerfolg erzielt.

Trotz der deutlichen Zustimmung der SPSO zu dieser Standesinitiative blieben die Meinungen in der Partei unterschiedlich. Die «AZ» berichtete über die Stellungnahmen der Kandidaten der SPSO für die Nationalratswahlen 1983 zur N5 wie folgt: «So kontrovers wie gerade die Frage nach mehr oder weniger Autobahnen, nach mehr oder weniger Beton, nach mehr oder weniger Lebensqualität auch vom Volk beantwortet wird, so gegenteilig waren auch die Auffassungen der Gesprächsteilnehmer. Während die einen mehr vom materiellen Wohlstand (es soll kein Arbeiter auf sein Auto verzichten müssen, wenn sein Chef auch eines fahren kann) und von der Erhaltung der

<sup>292</sup> Interview mit Walter Weber jun., A15.

<sup>293</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1981, 801–803.

<sup>294</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1982, 65.

<sup>295</sup> Jahresbericht der KR-Fraktion, 4.

<sup>296</sup> Verhandlungen des Kantonsrates 1987, 818f.

Arbeitsplätze unter anderem durch Strassenbauten ausgingen, stellten die anderen den Umweltgedanken in den Vordergrund.»<sup>297</sup>

Einen letzten Versuch, den Bau der N5 zu verhindern, unternahm der VCS, in dem er vier eidgenössische Initiativen einreichte, die so genannten Kleeblattinitiativen, von denen sich eine «für eine freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil» einsetzte. Die Initiative, über die am 1. April 1990 abgestimmt wurde, wurde mit 66% Nein-Stimmen abgelehnt.<sup>298</sup> Die Bauarbeiten zur N5 begannen 1992. Zehn Jahre später wurde das Teilstück Solothurn-Grenchen eröffnet.<sup>299</sup>

### *3.3 Das Projekt des zweiten Aareübergangs in Olten*

Da die Stadt Olten für den motorisierten Verkehr nur über eine Brücke über die Aare verfügt, steht schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein zweiter Aareübergang zur Diskussion. Es dauerte jedoch bis 1974, bis die Stadt ein konkretes Projekt, das so genannte Basisdreieck, vorlegte. Das Basisdreieck war Teil des Leitbildes Innerstadt, welches neben der zweiten Aarebrücke auch eine neue Verkehrsführung und neue Möglichkeiten zur Stadtentwicklung vorsah. Über dieses Leitbild liess die Stadtregierung eine Konsultativabstimmung durchführen. Im Gemeinderat wurde es von allen Parteien unterstützt. Abgelehnt wurde das Leitbild von POCH und RML, vorwiegend aus umweltschützerischen Gründen, und von rechtsbürgerlichen Kreisen um Dr. Hugo Müller, die mit der Gestaltung der Innenstadt nicht einverstanden waren und die Kosten des Projektes als zu hoch erachteten.<sup>300</sup> Während die SP im Gemeinderat geschlossen für das Basisdreieck gestimmt hatte, wurde es bei der Parolenfassung an der Parteiversammlung rege diskutiert. Parteipräsident Kurt Troxler wies darauf hin, «dass man die Vorlage mit allzu viel Ballast versehen habe.» Weiter wurde bemerkt, «dass es auch mit der neuen Verkehrslösung Schwierigkeiten gebe, die gelöst werden müssen.» Gemeinderat Roland Wälchli verschwieg die Nachteile des Projekts nicht, befürchtete aber, «die Ablehnung würde noch wahrscheinlicher ins Chaos führen.» Schliesslich überwogen die positiven Stimmen, der Antrag auf Stimmfreigabe unterlag gegen die Ja-Parole mit 12 zu 23

<sup>297</sup> Solothurner AZ, 18. Oktober 1983.

<sup>298</sup> Resultate der eidgenössischen Abstimmungen:  
[www.admin.ch/ch/d/pore/va/liste.html](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/liste.html).

<sup>299</sup> Dossier des Bielertagblattes zur A5:  
[www.bielertagblatt.ch/dossier.cfm?serien\\_id=279&kap=dos&job=7008261&dos=aktuell](http://www.bielertagblatt.ch/dossier.cfm?serien_id=279&kap=dos&job=7008261&dos=aktuell).

<sup>300</sup> Solothurner AZ, 13. November 1974.

Stimmen.<sup>301</sup> Kurt Troxler wertet es als nicht zufällig, dass die SP damals dem Projekt zustimmte. Da die Partei zu dieser Zeit den Präsidenten der Baukommission und eine starke Vertretung in der Planungskommission stellte, war sie von Anfang an eingebunden. Zudem engagierten sich die Vertreter dieser Kommissionen innerparteilich stark für diese Lösung. Sowohl auf der Befürworter- wie auch auf der Gegenseite waren die Argumente und Beweggründe unterschiedlich: «Es gab solche, die dagegen waren, sei es aus planerischen oder umweltschützerischen Gründen, ein Teil war unentschieden, ein Teil war aus Überzeugung dafür, und ein Teil war dafür, weil Hugo Müller dagegen war.»<sup>302</sup>

Trotz der geschlossenen Unterstützung durch die traditionellen Parteien fand das Projekt an der Urne keine Gnade. Bei einer Stimmbeteiligung von 51,8% wurde es mit 4492 zu 1834 Stimmen deutlich abgelehnt. Wie schon ein Jahr zuvor mit dem Gewerbe- und Industriezentrum scheiterten die Stadtbehörden erneut mit einem Grossprojekt und mit ihnen die drei etablierten Parteien der Stadt. Nach dieser klaren Ablehnung trat die Idee einer zweiten Aarebrücke in der städtischen Politik vorerst in den Hintergrund. Beim Kanton wurde jedoch weiter an der Planung gearbeitet, um das Oltner Verkehrsproblem zu lösen. Mehrere freisinnige Kantonsräte aus der Region Olten setzten sich mit Vorstössen immer wieder für einen zweiten Aareübergang ein. 1980 stellte der Kanton eine modifizierte Neuauflage des Basisdreiecks verbunden mit einer Südumfahrung Oltens vor. Die SP Olten liess sich an einer Parteiversammlung von Gemeinderat Roland Wälchli und Kantonsrat Walter Weber jun. über die beiden Projekte informieren.<sup>303</sup> Auf eine konkrete Stellungnahme verzichtete die Partei vorerst. Sie setzte jedoch eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen sollte. Die Arbeitsgruppe entwarf eine Stellungnahme, in der die beiden Projekte abgelehnt und stattdessen bessere Bedingungen für den öffentlichen Verkehr, die Velofahrer und die Fussgänger gefordert wurden. Die GL unterstützte dieses Papier, an der Parteiversammlung war es jedoch stark umstritten. Roland Wälchli und Max Baumann, der Mitglied der städtischen Planungskommission war, sprachen sich gegen eine generelle Absage an einen zweiten Aareübergang aus und stellten den Antrag, nicht auf das Arbeitspapier einzutreten. Stefan Frey<sup>304</sup> und Hans Roth setzten

<sup>301</sup> Solothurner AZ, 28. November 1974.

<sup>302</sup> Interview mit Kurt Troxler, A46.

<sup>303</sup> Protokoll der Parteiversammlung der SP Olten, 25. August 1980.

<sup>304</sup> Der damalige «AZ»-Redaktor Stefan Frey war einer der Hauptvertreter des linksgrünen Flügels in der SP Olten. 1983 trat er aus der SP aus und engagierte sich von da an bei den Grünen, für die er auch im Gemeinde- und Kantonsrat Einsitz nahm.

sich für die von ihnen mitausgearbeitete Stellungnahme ein. Schliesslich unterlagen sie jedoch knapp. Angenommen wurde hingegen ein Antrag von Roland Wälchli, der den Zeitpunkt für eine definitive Stellungnahme als verfrüht bezeichnete, aber ebenfalls Konzepte für den Velo- und Fussgängerverkehr sowie die Förderung des öffentlichen Verkehrs verlangte.<sup>305</sup>

Um die Umsetzung des Basisdreiecks und der Südumfahrung zu verhindern, lancierte die POCH 1984 auf der Ebene des Regionalplanungsverbandes Olten-Gösgen-Gäu eine Initiative, die eine Änderung des regionalen Richtplanes verlangte. Die planerische Sicherstellung des Basisdreiecks und der Südumfahrung sollten aus dem Richtplan gestrichen werden. Als Reaktion darauf arbeitete der Regionalplanungsverband einen Gegenvorschlag aus, der den Bau des Basisdreiecks und den Verzicht auf die Südumfahrung vorschlug. Die SP Olten beschloss an ihrer Parteiversammlung, die Initiative zu unterstützen und den Gegenvorschlag abzulehnen. Die beiden Anträge, die ein doppeltes Nein bzw. ein Nein zur Initiative und ein Ja zum Gegenvorschlag forderten, wurden deutlich abgelehnt.<sup>306</sup> Zuvor schon hatte sich die SP-Fraktion im Gemeinderat mit einem Vorstoss gegen die geplanten Strassen eingesetzt.<sup>307</sup> Peter Moor, damals GL-Mitglied der SP Olten, meint dazu: «Das war die Zeit, in der die SP wohl am klarsten gegen den Strassenbau war. Heute hat sie ja wieder eine ambivalentere Haltung.»<sup>308</sup> Wie aus den Schilderungen hervorgeht, gab es aber auch zu dieser Zeit Leute in der Partei, die sich für eine zweite Aarebrücke stark machten. Auch wenn diese Stimmen deutlich in der Minderheit waren, wurde das Thema weiter kontrovers diskutiert. In der Abstimmung vom 28. September 1986 wurden sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag abgelehnt, womit die Verkehrsplanung in der Region Olten völlig blockiert wurde.<sup>309</sup> Erst als der Kanton Mitte der 90er Jahre ein neues Projekt für die Entlastung der Region Olten vom Strassenverkehr vorstellte, wurde diese Blockade überwunden. 1997 nahm die Solothurner Bevölkerung das Projekt, welches auch einen zweiten Aareübergang vorsieht, mit einem Ja-Stimmenanteil von 61,7% an.<sup>310</sup>

<sup>305</sup> Protokoll der Parteiversammlung der SP Olten, 18. Februar 1981.

<sup>306</sup> Protokoll der Parteiversammlung der SP Olten, 8. September 1986.

<sup>307</sup> Protokolle des Gemeinderats Olten 1983, 523–532.

<sup>308</sup> Interview mit Peter Moor, A52.

<sup>309</sup> Olten 1798–1991, 378.

<sup>310</sup> Informationen zur Entlastung der Region Olten: [www.entlastung.info](http://www.entlastung.info).

#### 4. Schlussfolgerungen und Fazit

Die Untersuchung zeigt klar, dass in der SPSO ein Führungswechsel von der Aktivdienstgeneration zur derjenigen der 68er stattfand. Allerdings lief dieser Wechsel innerhalb der Partei ganz unterschiedlich ab: In der Redaktion der «AZ» wurde er schon 1973 mit der Pensionierung von Walter Kräuchi vollzogen. Ab diesem Zeitpunkt arbeiteten nur noch junge Redaktoren für die Zeitung, die eine links-grüne Haltung vertraten. Als Folge davon entstanden immer wieder Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen der Zeitung und der Partei. Die «AZ» definierte sich mit der Zeit «klar als Nicht-Parteizeitung» und wollte «alle linken Bewegungen gleichwertig behandeln.»<sup>311</sup> In der GL verlief der Wechsel eher langsam und kontinuierlich. Bis 1985 war zwar mit Gottfried Kaiser ein Vertreter der Aktivdienstgeneration Präsident der SPSO, aber es nahmen ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre vermehrt Vertreter der jüngeren Generation in der GL Einsitz. Mit Hanspeter Mathys 1978 und Herbert Schäfer 1985 wurden zudem zwei Sekretäre gewählt, die eine links-grüne Ausrichtung der Partei anstrebten. Herbert Schäfer meint, dass der Generationenwechsel in der GL schon vor 1985 vollzogen wurde: «Meiner Meinung nach fand der Wechsel in der Geschäftsleitung schon früher statt. Als ich in die Geschäftsleitung kam, hatte ich das Gefühl, die Bereinigung habe schon stattgefunden. Die Doppelvakanz wurde ja vor 1985, als Gottfried Kaiser noch Präsident war, beschlossen. Ich hatte als Neuling nicht das Gefühl, es gebe grosse Streitigkeiten in der Geschäftsleitung.»<sup>312</sup>

Bei den Regierungsräten und den eidgenössischen Vertretern fand der Generationenwechsel zwischen 1983 und 1988 statt. 1983 traten die beiden Nationalräte Otto Stich und Edi Rothen nach 20 bzw. 12 Jahren im Amt nicht mehr zur Wahl an, nachdem die GL den Wunsch nach einer Vakanz formuliert hatte.<sup>313</sup> Nachdem die SPSO 1984 eine Zweiervakanz für die Regierungsratswahlen beschlossen hatte, wollte sie mit Rolf Ritschard und Jürg Annaheim zwei Vertreter der jüngeren Generation in die Regierung entsenden. Dieses Vorhaben misslang jedoch, da der bisherige Gottfried Wyss als wilder Kandidat gewählt und der zweite SP-Sitz von der CVP erobert wurde. Erst als Wyss 1988 zurücktrat, zog mit Rolf Ritschard ein junger SP-Vertreter in die Solothurner Regierung ein. Walter Weber, den Jean-Maurice Lätt als «letzte grosse ‹Vaterfigur› der Solothurner SP» bezeichnet,<sup>314</sup> trat

<sup>311</sup> Interview mit Peter Moor, A50.

<sup>312</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A69.

<sup>313</sup> Protokoll der GL der SPSO, 29. April 1982.

<sup>314</sup> Lätt, 322.



1987 im Alter von 70 Jahren als Ständerat zurück. Der Versuch, den freiwerdenden Sitz mit Nationalrat Rudolf Ruch zu verteidigen, schlug fehl.

Bei den Kandidierenden für den Kantonsrat und der Kantonsratsfraktion zeigt sich bezüglich des Alters und des Berufes zwischen 1969 und 1989 ein deutlicher Wechsel. Bei den Kandidierenden war ab 1977 die Kategorie der 31- bis 40-Jährigen klar die grösste und löste in dieser Position diejenige der 41- bis 50-Jährigen ab. Die Anzahl der «68er», die kandidierten, stieg im untersuchten Zeitraum kontinuierlich an. Auffallend dabei ist der Einbruch der Anzahl Kandidierender, die älter als die «68er» waren, im Jahr 1981. Diese Veränderungen in der Alterstruktur der Kandidierenden wirkten sich mit zeitlicher Verzögerung auch auf die Kantonsratsfraktion aus: 1981 lösten die 31- bis 40-Jährigen die 41- bis 50-Jährigen als grösste Kategorie ab, 1985 dominierten sie die Kantonsratsfraktion. Die «68er» dominierten die Fraktion ab 1985 anzahlmässig klar, indem sie gut zwei Drittel der Sitze besetzten. Bei der Berufsstruktur der Kandidierenden nahm einerseits die Anzahl der Handwerker und Ungelernten, der Techniker sowie der SBB- und PTT-Angestellten stark ab, andererseits kandidierten mehr Lehrer, Akademiker und Hausfrauen. Das gleiche Bild, wenn auch nicht so ausgeprägt, zeigt sich für die gewählten Kantonsräte. Zumindest auf den Kantonsrat bezogen wurde die SPSO von einer Arbeiter- zu einer Akademikerpartei.

Mit den Wahlen 1985 wurde der Generationenwechsel in der Kantonsratsfraktion endgültig vollzogen. Durch die stark veränderte personelle Zusammensetzung und die damit stark verringerten Meinungsverschiedenheiten konnte die Fraktion viel geeinter auftreten. Daher hat Lätt Recht, wenn er schreibt, dass sie ab 1985 «eine viel zielstrebigere und konsequentere sozialdemokratische Politik» verfolgt habe.<sup>315</sup> Die veränderte personelle Zusammensetzung war aber nicht der einzige Grund für das veränderte Auftreten. Auch die Tatsache, dass sich die SPSO nach den Wahlen 1985 als nicht mehr in der Regierung vertreten erachtete, führte zu einer oppositionelleren Politik: «Es ist klar, dass die Tatsache, keinen offiziellen Regierungsrat zu haben, eine oppositionellere Politik zur Folge hat. Das ist nötig, um sich einerseits bei den Medien genügend Gehör zu verschaffen, und andererseits, weil der Wähler das ja so will.»<sup>316</sup> Damit verbunden war auch eine andere Kommunikation der Öffentlichkeit gegenüber: «Für mich setzte sich in den folgenden Jahren immer mehr durch,

<sup>315</sup> Lätt, 310.

<sup>316</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A70.

dass man neben der konkreten politischen Knochenarbeit auch ‹Schaufensterpolitik› betrieb. Wir machten bewusst Vorstösse, Pressecommuniqués und Pressekonferenzen, um unseren Standpunkt gegen aussen klar zu machen. Wir machten z. B. mit der Kantonsratsfraktion jedes halbe Jahr eine Pressekonferenz, in der wir erklärten, welche Punkte aus unserem Wahlprogramm wir im nächsten Jahr anpacken werden, resp. welche Anliegen wir in der Vergangenheit verfolgt hatten und was daraus geworden war. Viele Anliegen blieben natürlich nur auf dem Papier bestehen, weil es politisch nicht möglich war, sie zu verwirklichen. Aber wichtig war, dass die Bevölkerung wusste, was wir machten und welche Positionen wir vertraten. So gewann die Partei an Profil. Man erkennt die Parteien bei der alltäglichen politischen Knochenarbeit nicht, deshalb war es wichtig, dass wir auch für das ‹Schaufenster› politisierten.»<sup>317</sup>

Unrecht hat Lätt hingegen, wenn er behauptet, dass die Fraktion zwischen 1973 und 1985 stets die Politik der Regierung ‹gegen Kritiken von ‹links›› verteidigt habe.<sup>318</sup> Sicher trugen der Umstand, mit zwei Regierungsräten in der Regierung vertreten zu sein, und die Heterogenität in der Zusammensetzung der Fraktion dazu bei, dass sich die Fraktion weniger oppositionell verhielt als es nach 1985 der Fall war. Es war jedoch nicht so, dass die Fraktion die Regierung nicht kritisierte. Walter Weber jun. meint dazu: ‹Ich weiss nicht, wie viele Male ich der Regierung an den Karren gefahren bin, sowohl als einfacher Kantonsrat, als auch als Fraktionspräsident.»<sup>319</sup> Lätt stützt seine Behauptung vor allem auf die Erklärung der SP-Fraktion zur Spanienreise der Solothurner Regierung, die er jedoch wie die ‹AZ› zum Teil falsch interpretierte.<sup>320</sup>

Die Analyse der Mitgliederstruktur der SP Olten von 1977 und 1982 zeigt, dass die Kategorien der 41- bis 50-Jährigen und der 51- bis 60-Jährigen die grössten waren, aber gleichzeitig auch die einzigen, deren Anteil am gesamten Mitgliederbestand in den fünf Jahren sank. Eine Zunahme hingegen verzeichneten die unter 40-Jährigen und die über 60-Jährigen. Gemessen an den Berufen dominierten die SBB-Angestellten, jedoch war ihr Anteil ebenso wie derjenige der Staats- und Gemeindeangestellten, der Akademiker, der Techniker und der Handwerker abnehmend. Ein Zuwachs ergab sich bei den Lehrern und den Hausfrauen. Um etwas über den Generationenwechsel in der Mitgliederstruktur der SP Olten sowie der SPSO auszusagen, ist der Zeitraum, den ich mit den beiden Mitgliederverzeichnis-

<sup>317</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A69.

<sup>318</sup> Lätt, 306.

<sup>319</sup> Interview mit Walter Weber jun., A20.

<sup>320</sup> Vgl. dazu Interview mit Walter Weber jun., A16f.

sen untersuchen konnte, zu klein. Herbert Schäfer meint, dass sich der Generationenwechsel und der damit verbundene Umbruch «von der SPS zur Kantonalpartei und von dort in die Basis fortpflanzte.»<sup>321</sup> Die Auseinandersetzung um die Zweiervakanz habe eine Klärung innerhalb der Partei gebracht, indem sich die Leute, die für Gottfried Wyss einstanden, noch ein letztes Mal engagierten und sich danach zurückzogen. «Geblichen sind fast nur Leute, die so dachten, wie auch der Parteitag entschieden hatte.»<sup>322</sup> Schäfer förderte als Parteisekretär gezielt Personen in den einzelnen Sektionen, die bereit waren, sich zu engagieren und die schliesslich die alten Sektionspräsidenten ablösten. «Ich wusste damals schon, dass ein Wechsel in der Partei im Gange war und versuchte, ihn zu fördern. Ob das von der Geschäftsleitung akzeptiert wurde oder nicht, interessierte mich damals nicht.»<sup>323</sup>

Für die Kantonalpartei von grosser Bedeutung war der Tod von Willi Ritschard im Herbst 1983. Obwohl sein Name mit seiner Wahl in den Bundesrat 1974 aus den Protokollen der SPSO verschwand, hatte er auch danach noch sehr viel Einfluss auf die Tätigkeit der Kantonalpartei. Für Ernst Leuenberger war es kein Zufall, «dass die «Explosion»<sup>324</sup> erst nach seinem Tod passierte.»<sup>325</sup> Zu seinen Lebzeiten hatte Ritschard als Übervater der Solothurner Sozialdemokratie das Aufbrechen des Generationenkonflikts verhindert.

Willi Ritschard war es auch, der sich zusammen mit «AZ»-Redaktor Walter Kräuchi für den Bau eines AKW im Kanton Solothurn stark machte und so auch die Haltung der SPSO zur Atomenergie prägte. Innerhalb der Partei wurde dieses Thema vor den Besetzungsversuchen in Gösigen kaum diskutiert. Erst als Reaktion auf die Auseinandersetzungen um das AKW Gösigen 1977 wurde ein Parteitag durchgeführt, an dem die Energiefragen behandelt wurden. Aber auch da blieben kontroverse Diskussionen aus. Die ehemals atomfreundliche Haltung hatte sich ohne eine innerparteiliche Auseinandersetzung in eine atomkritische gewandelt. Auch diese Entwicklung hängt mit der Person Willi Ritschard zusammen. In der Partei wusste man, dass er ein Atomenergiebefürworter war, und vermied es deshalb, dieses Thema anzusprechen, obwohl mit der Zeit eine grosse Mehrheit der Atomenergie sehr kritisch gegenüberstand. Erst nachdem sich die SPS 1976 für ein vierjähriges Moratorium ausgesprochen hatte, nahm die SPSO 1978 dieselbe Haltung ein und befürwortete ein Jahr später

<sup>321</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A68.

<sup>322</sup> Ebd.

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Mit «Explosion» meint er die Ereignisse von 1984/85.

<sup>325</sup> Interview mit Ernst Leuenberger, A33.

auch die Atominitiative. In den 80er Jahren forderte die SPSO, gleich wie die SPS, einen Ausstieg aus der Atomenergie. Meinungsverschiedenheiten gab es höchstens über das Vorgehen wie bei der Initiative «Gösgen Stilllegen» von 1987.<sup>326</sup>

Bei der Verkehrspolitik fand eine ähnliche Entwicklung statt. Dem Strassenbau stand die SPSO zu Beginn positiv gegenüber. Die SP Olten sprach sich 1974 für einen zweiten Aareübergang aus, jedoch war eine grosse Minderheit schon damals gegen dieses Projekt. Im Verlauf der 70er Jahre nahmen die Stimmen in der SPSO zu, die neuen Strassen ablehnend gegenüberstanden. Diese Entwicklung setzte sich in den 80er Jahren fort. Laut Peter Moor war das die Zeit, «in der die SP wohl am klarsten gegen den Strassenbau war.»<sup>327</sup> Es gab allerdings auch zu dieser Zeit eine Minderheit in der Partei, die sich für neue Strassen einsetzte. Die Kantonalpartei befasste sich jedoch nur selten mit Strassenbaufragen, es waren mehr einzelne Sektionen, die sich mit den jeweiligen Projekten wie der N5 oder dem zweiten Aareübergang in Olten beschäftigten.

In den 80er Jahren versuchte die SPSO grünen Anliegen in ihrer Politik einen höheren Stellenwert zu geben. Sie lancierte eigene Initiativen wie die Initiative «Demokratie in Atomfragen», machte im Kantonsrat Vorstösse zu umweltpolitischen Themen und stellte Umweltfragen ins Zentrum ihrer Wahlkämpfe.<sup>328</sup> Dies geschah weniger als Reaktion auf das Auftreten der Grünen, sondern vielmehr im Rahmen der thematischen Neuausrichtung der Partei. Hanspeter Mathys schrieb dazu im Jahresbericht 1983: «Nicht aus wahltaktischem Opportunismus, sondern weil es notwendig ist, wird sich unsere Partei zu der rot-grünen Partei im Kanton mausern müssen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Umweltschutzgruppen und anderen Bürgerinitiativen wird unumgänglich sein. Wenn auch, das sei zugegeben, die gegenseitigen Berührungspunkte oft gross sind und eine Zusammenarbeit deshalb nicht immer möglich ist.»<sup>329</sup> Auch Herbert Schäfer äussert sich in diesem Sinne: «Sachlich war unbestritten, dass wir mit unserer Erde so nicht umgehen können. Das Thema musste von uns aufgenommen werden.» Walter Weber jun. unterstützte diese Neuausrichtung ebenfalls, forderte aber gleichzeitig eine Versachlichung der Diskussion: «Ich vertrat damals immer die Meinung, man müsse versuchen, das Thema so zu versachlichen, dass Umwelt im weitesten Sinne eine Domäne der SP werde: «Wir müssen nicht die Zusammenarbeit mit den Grünen suchen, wir müssen schauen, dass

<sup>326</sup> Vgl. Kapitel 6.5.4.

<sup>327</sup> Interview mit Peter Moor, A52.

<sup>328</sup> Wahlbroschüren der Kantonsratswahlen 1985 und der Nationalratswahlen 1987.

<sup>329</sup> Jahresbericht der SPSO 1983.



die Grünen überflüssig werden.»<sup>330</sup> Aber die Voraussetzung dazu war, dass man eine versachlichte Diskussion führte und nicht eine ideologisch zementierte, fundamentalistische Diskussion weiterpflegte.»<sup>331</sup>

Trotz diesen Bestrebungen gingen die Umweltthemen laut Hans Roth im Tagesgeschäft des Kantonsrates meistens unter, da andere Themen wie Finanzen und Schule dominierten.<sup>332</sup> Herbert Schäfer erachtet dies als normal: «Ich denke, die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist das Kerngeschäft. Das muss man im Griff haben, sonst kann man weder rote noch grüne oder sonst irgendeine Politik machen. Daher ist die Bedeutung, die die Ökologie im politischen Tagesgeschäft erlangen kann, von vornherein beschränkt.»<sup>333</sup>

Mit dem Generationenwechsel in der Partei war also auch eine thematische Neuausrichtung verbunden, die der Ökologie ein grösseres Gewicht beimass. Die «AZ» schlug als erste diesen Weg ein, nachdem Kurt Troxler Walter Kräuchi als Chefredaktor abgelöst hatte. Wann sich dieser Wechsel in den übrigen Gremien der Partei vollzog ist schwierig zu bestimmen, da die Umweltthemen kaum kontrovers diskutiert wurden. Man kann aber sagen, dass die SPSO spätestens zu Beginn der 80er Jahre auf diesen neuen Kurs eingeschwenkt war.

Die thematische Neuausrichtung der Partei und die mit der Zweier-vakanz angestrebte personelle Erneuerung zahlten sich für die SPSO vorerst nicht aus. 1987 scheiterte sie mit dem Versuch, mit Rudolf Ruch den Ständeratssitz des zurücktretenden Walter Weber zu verteidigen. Gewählt wurde Rosmarie Simmen, die Kandidatin der CVP. Anstelle von Rudolf Ruch wurde mit Ursula Ulrich-Vögtlin erstmals eine Frau der SPSO in den Nationalrat gewählt. Für die Nationalratswahlen 1991 ging die SPSO zum ersten Mal eine Listenverbindung mit den Grünen ein. Das Ziel war, einen dritten Sitz für das links-grüne Lager zu gewinnen.<sup>334</sup> Die Grünen gewannen tatsächlich einen Sitz auf Kosten der FdP, jedoch verlor die SP gleichzeitig ihren zweiten an die Autopartei.<sup>335</sup> Gegenüber dem schlechten Resultat, das sie in den Wahlen von 1987 erzielt hatte, büsste sie erneut Stimmen ein und erreichte noch einen Wähleranteil von 19%. Ständeratskandidat Schang Hutter, der im Wahlkampf «für eine Sensation» gearbeitet hatte, meinte: «Die Sensation ist tatsächlich eingetreten, aber umgekehrt.»<sup>336</sup>

<sup>330</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A70.

<sup>331</sup> Interview mit Walter Weber jun., A25.

<sup>332</sup> Interview mit Hans Roth, A55.

<sup>333</sup> Interview mit Herbert Schäfer, A71.

<sup>334</sup> Solothurner AZ, 23. Mai 1991.

<sup>335</sup> Ohne die Listenverbindung von SP und Grünen hätte die FdP den Sitz verteidigen können. Solothurner AZ, 23. Oktober 1991.

<sup>336</sup> Solothurner AZ, 23. Oktober 1991.



Erst Mitte der 90er Jahre wendete sich das Blatt für die SPSO wieder. 1995 konnte sie ihr zweites Nationalratsmandat auf Kosten der Grünen zurückgewinnen und wurde gleichzeitig zum ersten Mal stärkste Kraft im Kanton bei Nationalratswahlen. 1997 löste sie die CVP wieder als zweitstärkste Fraktion im Kantonsrat ab. Den verlorenen Ständeratssitz eroberte sie 1999, als Rosemarie Simmen zurücktrat, mit Ernst Leuenberger zurück. Nach mehreren erfolglosen Versuchen eroberte sie 2003 auch den 18 Jahre zuvor an die CVP verlorenen zweiten Sitz im Regierungsrat zurück. Dieser ging jedoch schon 2005 wieder an die CVP verloren.

Bei der Beurteilung der Zweiervakanz gehen die Meinungen der von mir befragten Personen auseinander: Gottfried Wyss und Rudolf Bachmann halten die Entscheidung für falsch: «Wir waren der Meinung, Recht zu haben, und dieser Überzeugung bin ich heute noch. Wenn wir damals Gottfried Wyss zusammen mit Jörg Annaheim als Kandidaten gebracht hätten, wäre es reibungslos über die Bühne gegangen. Aber die Jungen haben aufbegehrt.»<sup>337</sup> Ganz anders sieht es Ernst Leuenberger, der damals den Antrag für die Zweiervakanz stellte: «Wenn ich das im Nachhinein politisch beurteile, dann bin ich der Meinung, dass dieser Prozess für die Solothurner Kantonalpartei nötig war. Wenn wir den Prozess von 1984/85 nicht inszeniert hätten, wäre die Partei heute eine 10%-Partei. Die Partei hätte keine Erneuerungskraft mehr gehabt.»<sup>338</sup> Für Hans Roth, der damals die Zweiervakanz befürwortete, hat sich der Versuch nicht gelohnt, da die SPSO dadurch an Glaubwürdigkeit verloren habe: «Gesamthaft gesehen hat sie sich meiner Meinung nach nicht ausbezahlt. Wenn man die Folgen gekannt hätte, hätte man es vermutlich nicht gemacht. Das Ganze hatte für manche Junge schon eine motivierende Wirkung, aber auf sehr viele auch eine demotivierende. In meiner Erinnerung mussten wir dann vier Jahre unten durch. [...] Es hat unserem Ansehen im Volk und bei den andern Parteien geschadet. Man wurde nicht mehr so ernst genommen wie vorher. Wenn man nicht ernst genommen wird, kann man noch so gute Ideen haben, man hat keinen Erfolg.»<sup>339</sup>

<sup>337</sup> Interview mit Rudolf Bachmann, A62.

<sup>338</sup> Interview mit Ernst Leuenberger, A34.

<sup>339</sup> Interview mit Hans Roth, A58.

## 5. Quellen und Bibliographie; Abkürzungen

### Ungedruckte Quellen

#### *Archiv der SP der Stadt Olten*

- Protokolle der Geschäftsleitung und der Parteiversammlungen
- Jahresberichte
- Korrespondenz
- Mitgliederlisten
- Dossier mit Zeitungsartikeln zu den Besetzungsversuchen von Gösgen

#### *Archiv der SP des Kantons Solothurn*

- Protokolle der Geschäftsleitung, der Parteitage und der Kantonsratsfraktion
- Jahresberichte
- Korrespondenz
- Diverses

#### *Archivlager des Projekts Firmenarchive*

- Dossier Fola

#### *Bundesarchiv*

- J I.179 (-): Ritschard Willi 1941–1983:
  - 02.3 Regierungsrat
  - 04.3 Chef des EVED
  - 05.2 Sozialdemokratische Partei
  - 06.2 Reden
  - 06.3 Artikel, Interviews
  - 07 Korrespondenzen

#### *Schweizerisches Sozialarchiv*

- AKW-GegnerInnen Region Olten (AGRO), Zeitraum 1986–1988
- Signatur Ar 201.109.

#### *Stadtarchiv Olten*

- Nachlass Walter Kräuchi
- Protokolle der Regionalplanungsgruppe Olten-Gösgen-Gäu
- Protokolle des Gemeinderats Olten
- Verwaltungsberichte der Stadt Olten

## **Gedruckte Quellen**

- Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (Hrsg.):  
Behauptungen und Tatsachen. (Ohne Ortsangabe) 1977.
- UeBA SO/AG (Hrsg.): Super-Gau. Solothurn 1978.
- UeBA SO/AG (Hrsg.):  
Chronologie Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Schönenwerd 1978.
- SAG (Hrsg.): Atomkraftwerk Gösgen.  
Neue Argumente. Aarau 1977.
- Verhandlungen des Solothurner Kantonsrats.  
Amtliche Publikation, diverse Jahrgänge.

### *Tageszeitungen:*

- Oltner Tagblatt
- Solothurner AZ
- Solothurner Nachrichten
- Solothurner Zeitung

### *Webseiten:*

- Dossier des Bieler Ttagblatts zur A5:  
[http://www.bielertagblatt.ch/dossier.cfm?serien\\_id=279&kap=dos&job=7008261&dos=aktuell](http://www.bielertagblatt.ch/dossier.cfm?serien_id=279&kap=dos&job=7008261&dos=aktuell)
- Informationen zur Entlastung der Region Olten:  
[www.entlastung.info](http://www.entlastung.info)
- Resultate der eidgenössischen Abstimmungen:  
<http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/liste.html>

## **Literatur**

- *Abelshauser, Werner (Hrsg.): Umweltgeschichte: umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive.* Göttingen 1994.
- *Altermatt, Urs: Die Schweizer Bundesräte.* Zürich 1991.
- *Altermatt, Urs u. a.: Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965-1990.* Basel-Frankfurt am Main 1994.
- *Arn, Markus: Solothurner Elektrizitätspolitik von 1945 bis 1973 und die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel). Politik im Spannungsfeld zwischen öffentlichem und wirtschaftlichen Interesse. Lizentiatsarbeit.* Lausanne 2002.
- *Atel (Hrsg.): Festschrift Zehnmal Zehn Jahre Atel.* Olten 1994.
- *Bäschlin, Daniel Lukas: Der aufhaltsame Zwang. Sinn und Wege des Widerstandes gegen Kernenergie.* Bern 1980.

- *Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hrsg.):* Achtung: die 50er Jahre! Zürich 1994.
- *Boos, Susan:* Strahlende Schweiz. Handbuch zur Atomwirtschaft. Zürich 1999.
- *Boschke, Friedrich:* Kernenergie. Eine Herausforderung unserer Zeit. Basel 1988.
- *Bundesamt für Statistik (Hrsg.):* Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1999. Zürich 1998.
- *Danneberg, Bärbel (Hrsg.):* Die 68er: Generation und ihr Erbe.
- *Degen, Bernhard:* Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Zürich 1993.
- *Dejung, Chistof:* Der Unterschiedliche Stellenwert von Umweltproblemen in der deutschen und in der französischen Schweiz. In: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich 1998, 251–264.
- *Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption:* Das schweizerische Energiekonzept, Zusammenfassung. Bern 1978.
- *Einwohnergemeinde Olten (Hrsg.):* Olten 1798–1991. Vom Untertanenstädtchen zum Wirtschaftspol. Olten 1991.
- *Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse:* Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003.
- *Eisner, Manuel:* Strukturen, Akteure, Deutungsmuster, Prozesse – ein theoretischer Rahmen. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 23–45.
- *Eisner, Manuel:* Der Aufstieg und Niedergang des ökologischen Diskurses. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 46–80.
- *Eisner, Manuel:* «Wenn Fische und Bäche stimmen könnten ...» Die Gewässerschutzdiskussion von 1958 bis 1972. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 92–124.
- *Enderlin Cavigelli, Regula:* Risiko und Konflikt. Fallanalyse in der Kernenergiekontroverse und theoretische Reflexionen. Bern, Stuttgart, Wien 1996.
- *Engeler, Urs Paul:* Personalverbindungen zwischen Altparteien und neuer Politik. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.): SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen. Bern 1986, 225–242.

- *Von Escher, Philippe*: Strassenverkehr in der Stadt Bern 1968–1983. Seminararbeit. Bern 2001.
- *Von Escher, Philippe*: «Die Durchbruchschlacht ist gewonnen!» Verkehrsgestaltung in der Stadt Bern um 1970. Lizentiatsarbeit. Bern 2002.
- *Esser, Hartmut*: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 6: Sinn und Kultur. Frankfurt/Main 2001.
- *Flatt, Karl H.*: 150 Jahre Solothurner Freisinn. Solothurn 1981.
- *Finger, Matthias; Rey, Jean-Noel*: Le parti socialiste suisse face aux nouvelles valeurs et aux nouveaux enjeux politiques de la société industrialisée avancée. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.): SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen. Bern 1986, 257–272.
- *Füglister, Stefan (Hrsg.)*: Darum werden wir Kaiseraugst verhindern. Zürich 1984.
- *Gehring, Uwe W.; Weins, Cornelia*: Grundkurs Statistik für Politologen. Wiesbaden 2000.
- *Gilcher-Holtey, Ingrid*: Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001.
- *Giugni, Marco; Passy, Florence*: Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz. Chur-Zürich 1999.
- *Glaeser, Bernhard*: Umweltpolitik zwischen Reparatur und Vorbeugung. Opladen 1989.
- *Graf, Nicole*: Das Zeitalter der subatomaren Energie? Die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 125–151.
- *Gruner, Erich*: Die Parteien in der Schweiz. Bern 1969.
- *Gschwend, Hanspeter*: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.): SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen. Bern 1986, 243–256.
- *Gül, Leyla*: «Soziale Sicherheit ohne gesicherte Umweltqualität ist eine Pflanze ohne Erde.» Die Atomenergiepolitik der Sozialdemokratischen Parteien Aargau und Baselland zwischen 1969 und 1986. Lizentiatsarbeit. Bern 2002.
- *Hablützel, Peter et al. (Hrsg.)*: Willi Ritschard. Arbeiter, Gewerkschaftler, Sozialdemokrat, Bundesrat. Bern 1983.
- *Häfeli, Ueli*: Der lange Weg zum Umweltschutzgesetz. Die Antworten des politischen Systems auf das neue gesellschaftliche Leit-



- bild «Umweltschutz». In: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hrsg.): *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*. Zürich 1998, 241–249.
- Häusler, Jürgen: *Der Traum wird zum Alptraum – Das Dilemma einer Volkspartei. Die SPD im Atomkonflikt*. West-Berlin 1988.
  - *Oral History. A Handbook*. Phoenix Mill 1998.
  - Jasper, James M.: *Nuclear Politics*. New Jersey, Oxford 1990.
  - Joas, Hans (Hrsg.): *Lehrbuch der Soziologie*. Frankfurt/Main 2001.
  - Jung Matthias: *Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie*. Opladen 1994.
  - Jungk, Robert: *Der Atomstaat*. München 1977.
  - Klingemann, Hans-Dieter; Stöss, Richard; Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung*. Wiesbaden 1991.
  - Kohn, Michael: *Energieszene Schweiz*. Zürich 1990.
  - König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hrsg.): *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*. Zürich 1998.
  - Kraus, Beate (Hrsg.): *An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen*. Konstanz 2001.
  - Kraus, Beate: *Die Spitzen der Gesellschaft. Theoretische Überlegungen*. In: Kraus, Beate (Hrsg.): *An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen*. Konstanz 2001, 7–62.
  - Kraut & Zucker (Hrsg.): *Ungekühlt! Ansichten zur Besetzung von Kaiseraugst*. Zürich 2001.
  - Kriesi, Hanspeter: *AKW-Gegner in der Schweiz*. Diessenhofen 1982.
  - Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *Bewegung in der Schweizer Politik*. Frankfurt-Main, New York 1985.
  - Kriesi, Hanspeter: *Der Widerstand gegen das geplante AKW in Graben*. In: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *Bewegung in der Schweizer Politik*. Frankfurt-Main, New York 1985, 238–250.
  - Kriesi, Hanspeter: *Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen*. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.): *SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen*. Bern 1986, 333–350.
  - Kummer, Lorenz: *Erfolgschancen der Umweltbewegung*. Bern, Stuttgart-Wien 1997.
  - Kupper, Patrick: «Kein blinder Widerstand gegen den Fortschritt, aber Widerstand gegen einen blinden Fortschritt!» *Die Auseinandersetzungen um die zivile Nutzung der Atomenergie*. In: König, Mario; Kreis, Georg; Meister, Franziska; Romano,

- Gaetano (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren. Zürich 1998, 227–239.
- *Kupper, Patrick*: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft: Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003.
  - *Lätt, Jean-Maurice*: 120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn. Zürich 1990.
  - *Ledergerber, Elmar*: Wege aus der Energiefalle. Diessenhofen 1979.
  - *Ledergerber, Elmar; Schleicher, Ruggero*: Ist Kaiseraugst wirklich nötig? Von den Schwierigkeiten der Elektrizitätswirtschaft, einen glaubhaften Bedarfsnachweis zu erbringen. Zürich 1981.
  - *Ledergerber, Elmar; Ott, Walter; Wolfart, Frieder*: Der Ausstieg ist möglich. Entwurf einer schweizerischen Energiewirtschaft ohne Atomstrom. Grösch 1986.
  - *Levy, René; Duvanel, Laurent*: Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz. Basel 1984.
  - *Lüthi, Ivo*: Der Grossraum Basel als Zentrum eines länderübergreifenden Widerstandes: Die Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz am Beispiel des AKW-Projekts Kaiseraugst. Lizentiatsarbeit. Bern 2002.
  - *Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter*: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek 1973.
  - *Mohr, Markus*: Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt. Münster 2001.
  - *Moser, Peter*: «Der Wald stirbt!» – «Der Wald stirbt nicht. Das steht heute fest.» Aufstieg und Niedergang des Waldsterbens 1983 bis 1990. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 152–182.
  - *Moser, Peter*: «Tschernobyl ist überall» – Die schweizerische Kernkraftdiskussion nach der Katastrophe. In: Eisner, Manuel; Graf, Nicole; Moser, Peter: Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 183–211.
  - *Nützi, Ruedi*: Ein Drittel der Macht. Sozialdemokratische Politik in einer Kleinstadt (Olten 1930–1940). Zürich 1991.
  - *Pallinger, Zoltan Tibor*: Eliteforschung: Ein Überblick. St. Gallen 1997.
  - *Potthoff, Heinrich; Miller, Susanne*: Kleine Geschichte der SPD: 1848–2002. Bonn 2002.
  - *Radkau, Joachim*: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirt-

- schaft 1945–1975. Reinbek 1983.
- *Radkau, Joachim*: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt. München 2000.
  - *Rupps, Martin*: Helmut Schmidt. Eine politische Biographie. Stuttgart, Leipzig 2002.
  - *Rebeaud, Laurent*: Die Grünen in der Schweiz. Bern 1987.
  - *Schmid, Gerhard*: Demokratisch-soziale Partei (DSP) Basel-Stadt - Ablauf und Bedeutung einer Parteispaltung. In: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.): SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen. Bern 1986, 89–105.
  - *Schmidtke, Michael*: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt/Main 2003.
  - *Schroeren, Michael*: z. B. Kaiseraugst. Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam. Zürich 1977.
  - *Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (Hrsg.)*: Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz. Die ersten 30 Jahre 1939–1969. Zürich 1992.
  - *Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.)*: SVPW-Jahrbuch. Politische Parteien und neue Bewegungen. Bern 1986.
  - *Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) (Hrsg.)*: SVPW-Jahrbuch. Abstimmungen und Wahlen. Bern 1987.
  - *Skenderovic, Damir*: Die Umweltschutzbewegung im Zeichen des Wertewandels. In: Altermatt, Urs et al.: Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990. Basel-Frankfurt am Main 1994, 33–61.
  - *Snow, David A.; Soule, Sarah A.; Kriesi, Hanspeter (Hrsg.)*: The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford 2004.
  - *SPS (Hrsg.)*: Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich 1988.
  - *Stöckle, Frieder*: Zum praktischen Umgang mit Oral History. In: Vorländer, Herwart (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Göttingen 1990, 131–158.
  - *Strahm, Rudolf*: Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in der Gemeinde. Bern 1986.
  - *Strahm, Rudolf*: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug. Zürich 1986.
  - *Treibel, Annette*: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. Opladen 2000.
  - *Trepl, Ludwig*: Geschichte der Ökologie. Frankfurt am Main 1987.

- *VCS (Hrsg.): Umwelt – Verkehr – Umkehr.*  
Herzogenbuchsee 1983.
- *Von Gunten, Hansueli; Vögeli, Hans:* Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu andern Linksparteien in der Schweiz (1912–1977). Bern 1978.
- *Vorländer, Herwart (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte.* Göttingen 1990.
- *Vorländer, Herwart:* Mündliches Erfragen von Geschichte.  
In: Vorländer, Herwart (Hrsg.): *History. Mündlich erfragte Geschichte.* Göttingen 1990, 7–28.
- *Werder, Hans; Meier, Ruedi; Müller, Peter (Hrsg.):*  
Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert.  
Basel 1988.
- *Wildi, Tobias:* Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945–1969. Zürich 2003.
- *Wirtz, Markus; Nachtigall, Christof:* Deskriptive Statistik.  
Weinheim, München 1998.
- *Zimmermann, Peter:* Grundwissen Sozialisation. Opladen 2003.
- *Zwicky, Heinrich:* Umwelt als Aktivierungsgrund.  
Politische Aktivierungsereignisse zu Umwelt-, Verkehrs- und Wohnfragen in der Schweiz, 1945–1989. Zürich 1993.

## Abkürzungsverzeichnis

AEK	Gesellschaft des Aare- und Emmekanals
AEW	Aargauische Elektrizitätswerke
AGRO	AKW-GegnerInnen Region Olten
AHV	Alters- und Hinterbliebenenversicherung
AKW	Atomkraftwerk
ASK	Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen
BBC	Brown Boveri Concern
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BKW	Bernische Kraftwerke AG
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CKW	Centralschweizerischen Kraftwerke
CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei
EIR	Eidgenössisches Institut zur Reaktorforschung
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiedepartement
EWOA	Elektrizitätswerk Olten-Aarburg AG
FdP	Freisinnig-demokratische Partei (des Kantons Solothurn)
FDP	Freisinnig-demokratische Partei (der Schweiz)
Fola	Fernwärmeprojekt Olten-Aarau
GAGAK	Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst
GAK	Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst
GDO	Genossenschaftsdruckerei Olten
GEK	Kommission für die Gesamtenergiekonzeption
GL	Geschäftsleitung
HSK	Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen
HWV	Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule
IV	Invalidenversicherung
KKG	Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG
KKW	Kernkraftwerk
KSA	Kommission für die Sicherheit der Atomanlagen
LdU	Landesring der Unabhängigen
MW	Megawatt
NAK	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das AKW Kaiseraugst
NOK	Nordostschweizerische Kraftwerke AG
NS	Nationalsozialismus
NWA	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke
Ofelti	Officine Elettriche Ticinese SA
OT	Oltner Tagblatt



POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PS	Parti Socialiste
PSI	Paul Scherrer Institut
Refuna	Regionale Fernwärme unteres Aaretal
RML	Revolutionär-Marxistische Liga
SAG	Schweizerische Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBN	Schweizerische Bund für Naturschutz
SDS	Students for a Democratic Society
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGU	Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz
SKA	Studienkommission für Atomenergie
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter Verband
SN	Solothurner Nachrichten
SP	Sozialdemokratische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SPSO	Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn
SZ	Solothurner Zeitung
UeBA	Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke
VCS	Verkehrsclub der Schweiz
WWF	World Wildlife Fund



*Willi Ritschart, 1963 bis 1973 Regierungsrat des Kantons Solothurn  
und noch als Bundesrat «Übervater» der solothurnischen Sozialdemokratie.*



*Nach dem Rücktritt Ritschards wurde Rudolf Bachmann 1974  
Vizepräsident der Atel.  
Von 1969 bis 1985 wirkte er als Solothurner Regierungsrat.*

# Gottfried Wyss in den Regierungsrat



*Gottfried Wyss wurde 1974 Nachfolger Willi Ritschards im Solothurner Regierungsrat. Er amtierte bis 1988 als Regierungsrat, ab 1985 dabei gegen den Willen des SP-Parteitages vom 21. September 1984.*



*Plakat für die eidgenössischen Parlamentswahlen 1975.*

*Plakat für die eidgenössischen Parlamentswahlen 1987. Auf nach Bern mit neuem Logo und einer neuen Generation.*







*Aufbruch des Demonstrationzugs vom 25. Juni 1977 in Olten in Richtung Gösgen.*

# Einsteigen - Weichen stellen



**Das Versprechen:**  
Schon vor vier Jahren haben wir versprochen:

- Die SP wird sich in der Sozialpolitik mit der grössten Sachkompetenz einsetzen
- Die SP wird Anliegen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am besten und ehrlichsten vertreten
- Die SP wird als einzige grosse Partei die Ideen und Gedanken für eine hartnäckige Umweltpolitik konsequent aufnehmen und durchsetzen
- Die SP wird den Rechtsstaat und die freiheitliche Demokratie am vehementesten verteidigen

Und der Beweis...



**Sozialdemokraten**

*Themen, welche die SP des Kantons Solothurn auch beschäftigt.*

## STOP DER GHÜDERLAWINE

Lösungsvorschläge und Handlungsmöglichkeiten  
zur  
Abfallproblematik



Herausgegeben von der

SP DES KANTONS SOLOTHURN  
Rathausgasse 3 / Postfach 943  
4502 Solothurn 065/22 07 77



**Sozialdemokraten**